

Entwicklungsgeschichtliche Darstellung
der Gebäudebrandversicherung
in der Schweiz

INAUGURAL-DISSERTATION

der hohen Juristischen Fakultät der Universität Bern
zur Erlangung der Würde eines Doktors rerum politicarum

vorgelegt von

HANS SEILER
von Bönigen (Bern)

ARNAUD-DRUCK BERN 1950

ENTWICKLUNGSGESCHICHTLICHE
DARSTELLUNG
DER GEBÄUDEBRANDVERSICHERUNG
IN DER SCHWEIZ

In a u g u r a l - D i s s e r t a t i o n
der
hohen Juristischen Fakultät der Universität Bern
zur Erlangung
der Würde eines Doktors rerum politicarum
vorgelegt
von
HANS SEILER
von Bönigen (Bern)

‘Die Fakultät hat diese Arbeit am 21. Juli 1949 auf Antrag von Prof. Dr. Willy Koenig als Dissertation angenommen, ohne damit zu den darin ausgesprochenen Auffassungen Stellung nehmen zu wollen.’



ARNAUD-DRUCK BERN 1949

I N H A L T S - U E B E R I S C H T

I. Teil: Sinn und Begriff der Versicherung

1. Grundsätzliches	9
2. Der Begriff	11
3. Voraussetzungen der Versicherung	14
4. Gegenstand der Versicherung	16
A. Die versicherten Sachen	17
B. Die versicherten Schäden	18
C. Die versicherten Gefahren	18
5. Grenzen der Versicherung	19
6. Arten der Versicherung	20
A. Die Personenversicherung	20
B. Die Sachschadenversicherung	20
C. Die Vermögensschadenversicherung	21
D. Die Rückversicherung	22
7. Die Organisation des Versicherungsträgers	22
A. Die private Versicherung	22
B. Die öffentliche Versicherung	23
C. Die heutige Organisation der Brandversicherung in der Schweiz	24
a) Die kantonalen Brandversicherungsanstalten	24
b) Die privaten Feuerversicherungsgesellschaften	26

II. Teil: Die Entwicklung der Gebäudebrandversicherung in der Schweiz

1. Allgemeines zur Geschichte der Feuerversicherung	28
2. Die Entwicklung in den einzelnen Staaten	41
A. Deutschland	41
B. Oesterreich	42
C. Frankreich	43
D. England	44
E. Niederlande	44
F. Skandinavien	44
G. Russland	44
3. Die Entwicklung in der Schweiz	45
A. Erste Periode: Vor 1800	46

B. Zweite Periode: Von 1803 - 1821	61
C. Dritte Periode: Von 1821 - 1861	80
D. Vierte Periode: Von 1861 - 1900	85
E. Fünfte Periode: Von 1900 an	97
a) Die Entwicklung der öffentlich-rechtlichen Brandversicherung im 20. Jahrhundert	97
aa) Die Gründung der 'Vereinigung kantonal-schweizerischer Feuerversicherungsanstalten'	97
bb) Die Rückversicherungsfrage und der interkantonale Rückversicherungsverband	105
cc) Die Gründung der kantonalen Brandversicherungsanstalt in Graubünden und die Verstaatlichungsfrage im allgemeinen	118
dd) Die Elementarschadenversicherung für Gebäude bei den kantonalen Anstalten	125
ee) Einflüsse der beiden Weltkriege	130
b) Die Entwicklung der privat organisierten Feuerversicherung im 20. Jahrhundert	136
aa) Neugründungen von privaten Feuerversicherungsgesellschaften in der Schweiz	136
bb) Die Entwicklung der privaten Feuerversicherung in der Schweiz	140
cc) Die Auswirkungen der Kriegszeiten auf das private Feuerversicherungsgewerbe	145
dd) Die Rückversicherung der privaten Feuerversicherungsunternehmungen	147
ee) Die Elementarschadenversicherung bei den privaten Feuerversicherungsgesellschaften	149
4. Schlussbetrachtungen	151
A. Die gegenwärtige Ordnung der Feuerversicherung in der Schweiz	151
B. Die wirtschaftliche Bedeutung der Brandversicherung	153
a) Die Entwicklung der Verhältnisse bei den kantonalen Brandversicherungsanstalten	157
aa) Versicherungsbestände	157
bb) Das Sicherheitsvermögen	157
cc) Die Prämieeneinnahmen	158
dd) Schadensauszahlungen	159
b) Die Entwicklung der Verhältnisse bei den privaten Gesellschaften	160
aa) Versicherungsbestände	160
bb) Prämieeneinnahmen im direkten Schweizer-geschäft	161

cc) Schadensauszahlungen 161

Quellenverzeichnis 166

Tabellenbeilagen

Tabelle I, Die kantonalen Brandversicherungsanstalten

Tabelle II, Die privaten Feuerversicherungsgesellschaften



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548814_0098

V o r w o r t

Die Schweiz, ein kleines Land, mitten im Kontinent gelegen und ohne Berührung mit dem Meer hat sich in der Welt mit seinem Versicherungswesen einen der ersten Plätze errungen. Man hört vielfach unsere Zeit als das Zeitalter der Versicherung bezeichnet und man geht sicher nicht fehl, wenn man annimmt, dass der Stand des Versicherungswesens in einem Lande dessen oekonomisches und soziales Niveau widerspiegelt, ja sogar ein Gradmesser für seine intellektuelle Potenz und die Qualität seiner Kultur ist. Die Entwicklung des Versicherungswesens ist gewissermassen charakteristisch für das Ausstrahlungsvermögen eines Landes und so ist es bezeichnend für die Schweiz, dass ihre wirtschaftliche Fähigkeit (um hier nur auf diese Bezug zu nehmen) sich keineswegs in der Industrie, der Landwirtschaft, dem Fremdenverkehr und dem Bankwesen erschöpft, deren bedeutende Leistungen ja allgemein anerkannt sind, sondern in ganz hervorragendem Masse auch die Versicherung umfasst.

Es soll nun im Folgenden versucht werden, den Umriss der Entwicklung eines der bedeutendsten Versicherungszweige, nämlich der Feuerversicherung in der Schweiz zu zeichnen und ein Bild ihres heutigen Standes zu geben. Da es sich bei einer entwicklungsgeschichtlichen Arbeit in erster Linie darum handelt Tatsachen zu ermitteln und zu erklären, wurde mit Absicht vermieden, irgendwelche hypothetischen Entwicklungstendenzen für die Gegenwart oder die Zukunft zu verfolgen und aufzudecken, da dabei immer Gefahr besteht, von der Objektivität abzuweichen. Der Gegenwartswert zeigt sich jedoch dort, wo gewisse elementare Tatsachen, z.B. das Bedürfnis nach Versicherung überhaupt, aus der Vergangenheit bis in die Gegenwart nachwirken, so dass der Wert einer solchen entwicklungsgeschichtlichen Arbeit nicht umstritten sein kann, ganz abgesehen davon, dass sie einen Einblick in einen wichtigen Zweig unseres Versicherungswesens erlaubt, dem gewaltige Werte unseres Volksvermögens anvertraut sind.

Zur Systematik, die in der vorliegenden Arbeit verfolgt

wurde ist zu bemerken, dass die epocheweise Zusammenfassung charakteristischer Zeitabschnitte die Uebersicht über das Thema besser gestattet, als eine rein chronologische Aneinanderreihung der Geschehnisse. Im Ferneren wurde immer vom Allgemeinen zum speziellen hingearbeitet, jeweilen aber in Form von kurzen Zusammenfassungen und Uebersichten über das Wichtigste einer allzugrossen Aufsplüterung des Stoffes vorgebeugt.

Da die Feuerversicherung ja nur ein Ast des grossen Versicherungsbaumes ist, stellte ich dem Hauptteil der Arbeit eine kurze einleitende Uebersicht über das Versicherungswesen voraus, die Sinn und Begriff der Versicherung im allgemeinen, sowie die einzelnen Versicherungsarten auf die Organisation des Versicherungsträgers erläutern soll. Diese einleitenden paar Seiten erheben keinesfalls Anspruch auf Vollständigkeit, sondern sollen nur dazu dienen, dass sich aus diesem Ueberblick heraus die Stellung der Feuerversicherung und der Gebäudebrandversicherung im speziellen, deren geschichtliche Entwicklung sowie ihre ganz spezifischen Merkmale auf wirtschaftlichem Gebiet umso besser herausheben und verstehen lassen.

I S I N N U N D B E G R I F F D E R

V E R S I C H E R U N G

1. GRUNDSÄTZLICHES

Das Versicherungswesen nimmt auf wirtschaftlichem Gebiet je länger je mehr eine hervorragende Stellung ein. Die beruhigende Atmosphäre, welche zur gedeihlichen Entwicklung des Unternehmiergeistes nötig ist, kann durch die ständige drohende Gefahr unabwendbarer schadenbringender Ereignisse und unberechenbarer Schwankungen in der Konjunktur, selbst bei den mit irdischen Gütern reichlich Gesegneten, nicht aufkommen. Der Mensch ist eben im wirtschaftlichen und privaten Leben den verschiedensten Gefahren und Risiken ausgesetzt. So vorsichtig und überlegt sein Verhalten auch sein mag, die Schadenereignisse vollständig von sich abzuwenden liegt nicht in seiner Macht. Diese Gefahr wirkt aber für den wirtschaftlich Schwachen geradezu niederdrückend, ist sie doch dazu angetan, seine Existenz aufs Spiel zu setzen. Indem die Versicherung diese Gefahr auf die Schultern einer Gemeinschaft von mitbedrohten Personen abwälzt, schaltet sie für den Einzelnen die Folgen des Zufalles weitgehend aus. Dadurch sichert sie nicht nur die ruhige Fortentwicklung der Verkehrs- und Erwerbstätigkeit im allgemeinen, sondern bildet insbesondere für den Unbemittelten den wirksamsten Schutz gegen die ruinösen Folgen schwerer ökonomischer Schädigung.

Dieser Grundgedanke der Versicherung, durch Bildung von Versicherungsgemeinschaften Schäden zu tragen, die den Einzelnen treffen können, war schon in früheren Zeiten bekannt. Seine Keime wurzeln in dem schon in den ältesten Zeiten der Naturalwirtschaft entstandenen Bedürfnis nach gegenseitiger Hilfeleistung, die mit dem Wesen der Versicherung verwandt und aus welchem sie hervorgegangen ist. Das Bedürfnis der gegenseitigen Hilfeleistung entsprang aber schon immer und ganz besonders im grauen Altertum, das noch keine Versicherungsmöglichkeiten im heutigen Sinne kannte, nicht etwa nur dem Mitleid mit dem Unglück des Nächsten, sondern ebenso sehr der

Ueberlegung, dass gelegentlich Gegenhilfe benötigt und für frühere eigene Hilfeleistungen auch beansprucht werden könnte.

Als ursprünglicher Träger der Gefahrengemeinschaft ist wohl die Familie anzusehen, ihr lag von Anfang an die gemeinsame Wirtschaft, die gemeinsame Gefahrenabwehrung und die gemeinsame Vorsorge ob. Spricht man aber von Vorsorge, so drängt sich einem heute unwillkürlich der Begriff 'Versicherung' auf. Es ist dies nicht eine zufällige Erscheinung, sondern ist der Ausfluss einer Entwicklung des Vorsorgegedankens, der eine vielseitige Ausgestaltung in Form der Versicherung gefunden hat. Versicherung im wirtschaftlichen Sinn ist denn auch zum Sammelbegriff mannigfacher Vorkehrungen geworden, die sich gegen mögliche Ereignisse und Störungen des privaten und öffentlichen Lebens aufgedrängt haben.

Diese volkstümliche Auffassung des Begriffes der Versicherung ist eine an sich erfreuliche Erscheinung. Sie ist zum Kennzeichen der heutigen Generation geworden, als Ausdrucksform des Empfindens eines allgemeinen Für- und Vorsorgegedankens, der in wirtschaftlicher und rechtlicher Beziehung vielseitige Formen angenommen hat. Manche Vorkehrungen, die heute getroffen werden, verdienen aber die Bezeichnung Versicherung nicht, so vor allem diejenigen Massnahmen, welche Kaufleute oder Vertreter der öffentlichen Wirtschaft rein bilanzmässig treffen, um Aufwendungen gegen mögliche, in der Tragweite nicht absehbare Ereignisse auszugleichen. Derartige Verhaltensmassregeln, die im allgemeinen Sprachgebrauch die Bezeichnung 'Selbstversicherung' gefunden haben, sind der Wesensart der Versicherung durchaus fremd. Sie können sehr wohl auf ein Bedürfnis nach Vorsorge hinzielen, das an sich in der Regel Gegenstand der Versicherung ist, aber es fehlt die zweckmässige Formgestalt selbst. Damit sei angedeutet, dass nicht allein das Subjekt oder das Objekt zum Kriterium der Versicherung gehören, sondern auch die Form.

2. DER BEGRIFF

Der Begriff 'Versicherung' wird sich wohl kaum je eindeutig umschreiben lassen. Er ist in steter Entwicklung begriffen und nimmt fortlaufend neue Formen und andern Inhalt an, je nach Stand und Bedürfnis von Volk und Wirtschaft. Mit Recht hat daher der Gesetzgeber im In- und Ausland davon Umgang genommen, die Versicherung als solche zu definieren.

Zur Terminologie ist zu sagen, dass namentlich Juristen und Nationalekonomen nicht dasselbe unter dem Begriff der Versicherung verstehen. Da im Rahmen dieser Arbeit die Ansicht der Letzteren mehr im Vordergrund steht, soll nur auf den Begriff in wirtschaftlicher Hinsicht näher eingegangen werden. Denn trotz der scheinbaren Unbegrenztheit gibt es indessen bestimmte Merkmale, welche dem eigentlichen Begriff 'Versicherung' eigen sind.

Bei der Begriffsbestimmung der Versicherung vom wirtschaftlichen Standpunkt aus ist von ihrer wirtschaftlichen Aufgabe auszugehen. Es kann zwischen zwei einzelnen Personen ein Vertragsverhältnis bestehen, das juristisch als Versicherungsvertrag zu betrachten ist, dennoch aber im wirtschaftlichen Sinn keine Versicherung herstellt, weil es eben die wirtschaftlichen Aufgaben einer solchen nicht erfüllt. Eine besondere Schwierigkeit für die Begriffsbestimmung der Versicherung scheint darin zu bestehen, dass die verschiedenen Versicherungsarten oft ganz verschiedene Zwecke verfolgen. Aber diese Verschiedenheiten treten durchaus zurück gegen die besagten gemeinsamen Merkmale, da diese allen Versicherungszweigen eigen sind.

A) Zunächst handelt es sich bei jeder Versicherung um eine Fürsorge für die Zukunft; um den Ersatz eines möglichen künftigen Schadens, um die Erlangung eines gewissen Sparergebnisses in der Zukunft, um die Beschaffung eines gewissen künftigen Einkommens.

B) Ferner ist es aber wesentlich, dass die künftigen Be-

darfsfälle, welche durch die Versicherung gedeckt werden sollen, n i c h t für a l l e Versicherte mit G e w i s s h e i t eintreten, sondern dass sich die Versicherung für viele hinterher als unnötig erweist. Das Ereignis gegen das sich die Versicherten schützen wollen, muss also ein zufälliges, unsicheres sein. Unsicher ist dabei entweder das Ereignis an sich (z.B. Unfall) oder aber der Zeitpunkt seines Eintrittes (z.B. Todesfall)

C) Das dritte Merkmal der Versicherung im wirtschaftlichem Sinn ist: Eine Vielheit von Personen ist unter der Bedingung vereinigt, dass die Belastung eines Teils derselben infolge die Versicherung beanspruchender Ereignisse durch die Gesamtheit getragen wird, indem alle nach bestimmten Normen Beiträge leisten. D.h. das Risiko darf nicht einen Menschen allein treffen, sondern muss mit ihm eine grosse Anzahl anderer Menschen bedrohen. Die Gefahr muss eine M a s s e n g e f a h r sein. Damit ist also der Vertrag eines Einzelnen mit einem anderen ausgeschlossen, nach dem dieser Andere die Deckung der eventuell auftretenden Bedarfsfälle gegen Entgelt übernimmt. Denn unter solchen Verhältnissen besteht keine Versicherung im wirtschaftlichen Sinne, weil keine Verteilung und daher auch keine Milderung der Lasten eintritt.

D) Und viertens ist zu sagen, dass eine wirtschaftliche, berechnete und haltbare Versicherung für eine kleine Zahl von Versicherten gar nicht möglich ist. Denn die Norm für die Verteilung der Last bei Versicherungsansprüchen muss eine solche sein, dass die ausbezahlten Summen in keiner Weise den Charakter von blossen Unterstützungen und die einbezahlten Beiträge ebenso wenig den Charakter von Wohltätigkeitsleistungen haben, sondern dass zwischen den beteiligten Versicherten das Prinzip der Gleichheit von Leistung und Gegenleistung massgebend bleibt. Die Versicherung beruht auf dem Zusammenschluss von Menschen, die dem gleichen Risiko ausgesetzt sind, wobei die eintretenden Schadenfälle aus den Beiträgen aller Versicherten gedeckt werden. Es stehen also die nicht vom Schaden Betroffenen solidarisch für diejenigen ein, die das Unglück erreicht hat. Mit Hilfe der Sta-

tistik und der Wahrscheinlichkeitsrechnung lässt sich annähernd berechnen, wieviele Schadenfälle in einem gewissen Zeitraum eintreten können und welche Beträge von den Versicherten zu ihrer Deckung aufzubringen sind. Aber diese Wahrscheinlichkeitserwartungen werden sich in künftigen Erfahrungen nur bestätigen, wenn sie sich auf eine grosse Zahl von Beobachtungsfällen stützen, d.h. wenn eine grosse Zahl von Versicherten vereinigt ist. Die grosse Zahl der Versicherten ist also nicht nur notwendig zur Erleichterung der Last der Versicherungsansprüche, sondern auch zur rationellen Verteilung dieser Last auf die Gesamtheit der Versicherten. Und umgekehrt ist eine wirtschaftliche, berechnete und haltbare Versicherung für eine kleine Zahl von Beteiligten nicht möglich.

Wenn diese vier angeführten Merkmale für eine wirtschaftliche Organisation zutreffen, so ist sie ein Versicherungsbetrieb. Eine kurzgefasste Definition des wirtschaftlichen Begriffs der Versicherung nach diesen vier Merkmalen würde lauten:

‘Versicherung im wirtschaftlichen Sinne ist die Organisation einer Vielheit von Personen zu dem Zweck rationeller, nach dem tauschwirtschaftlichen Prinzip geregelter, also nicht charitativer Vorsorge für künftige Bedarfsfälle, die mit gewissen, annähernd feststellbaren Wahrscheinlichkeiten eintreten‘ 1).

Zu Vergleichszwecken noch einige Definitionen verschiedener Autoren, die das Wesen der Versicherung zu fassen versucht haben

Adolf Wagner in seinem ‘Versicherungswesen’ in Schönbergs Handbuch der politischen Oekonomie, 13. Auflage, Tübingen 1891 hat eine viel zitierte und mit viel Scharfsinn formulierte Definition gegeben. Leider ist sie in nicht gerade schönem Deutsch abgefasst und schliesst auch die von uns abgelehnte sogenannte Selbstversicherung mit ein. Sie lautet:

1) Vergl. Versicherungslexikon von Manes. Artikel ‘Begriff’.

‘Versicherung im wirtschaftlichen Sinn ist diejenige wirtschaftliche Entwicklung, welche die nachteiligen Folgen einzelner, für den Betroffenen zufälliger, daher auch im einzelnen Falle ihres Eintretens unvorhergesehener Ereignisse für das Vermögen einer Person dadurch beseitigt oder wenigstens vermindert, dass sie dieselben auf eine Reihe von Fällen verteilt, in denen die gleiche Gefahr droht aber nicht (oder wenigstens jetzt nicht oder noch nicht) wirklich eintritt‘

v. Philipovitch im Grundriss der politischen Oekonomie, 1. Band, Tübingen 1897, hat ebenfalls eine beachtenswerte Definition abgefasst, die aber ebenfalls, vielleicht unter dem Einfluss der Wagner'schen Definition, die Selbstversicherung mit einbezieht. Da heisst es:

‘Die Wahrscheinlichkeit dass eine gewisse Schädigung in einem Momente eintreffen wird, die Tatsache dass eine Mehrzahl dieser Gefahr ausgesetzt sind und die Ungewissheit, wen sie treffen wird, sind Elemente der Versicherung. Diese liegt in einer solchen Vereinigung der einer gleichen Gefahr des Vermögensverlustes oder der Lebensbedrohung ausgesetzten Personen, beziehungsweise Wirtschaftseinheiten, durch welche der tatsächlich eintretende Verlust, beziehungsweise die wirtschaftlichen Nachteile der Lebensbedrohung, auf die Gesamtheit der Vereinigten verteilt werden‘.

Aber keine aller bis heute aufgestellten Definitionen hat allgemeine Zustimmung finden können. Darum beschränkt man sich besser auf die Herausarbeitung der Voraussetzungen und Grenzen der Versicherung.

3. VORAUSSETZUNGEN DER VERSICHERUNG

Voraussetzung des Entstehens jeder Versicherung ist das Vorhandensein einer Bevölkerung oder wenigstens einer genügend grossen Bevölkerungsgruppe. Auf Grund bereits vorhandener Arbeitsteilung und Kapitalbildung muss die Möglichkeit und die Absicht bestehen, nicht nur für den gegenwärtigen, sondern auch für den zukünftigen, nicht nur für den sicheren, sondern auch für den wahrscheinlichen Bedarf zu

sorgen Ein weiteres Erfordernis ist die Einsicht, dass eine grosse Anzahl von Wirtschaftsobjekten mit der Möglichkeit derselben Bedarfsfälle zu rechnen hat, ohne dass diese jedoch bei sämtlichen Subjekten eintreten.

Sind diese Voraussetzungen vorhanden, so fragt es sich, für welche Bedarfsfälle eine Versicherung durchführbar ist. Die Auffassungen haben sich im Laufe der Zeiten stark geändert, und zwar ist der Rahmen, innerhalb dessen Versicherungen als durchführbar erscheinen, immer weiter geworden. Die Grenzen der Versicherungsmöglichkeiten haben sich gedehnt. Während man einst nur gegen Elementarereignisse Versicherungsschutz schaffen zu können glaubte, ist die Entwicklung dahin gelangt, selbst Versicherungsschutz bei Bedarfsfällen zu gewähren, welche durch die Fahrlässigkeit, ja selbst durch grobe Nachlässigkeit eines Menschen entstehen (Haftpflicht- und Kaskoversicherung).

Subjektive Voraussetzung der Versicherung scheint die Zahlungsfähigkeit des Versicherten zu sein. Denn jede Versicherung schliesst eine konditionelle Leistungspflicht des Versicherers ein. Bei Eintritt der versicherten Ereignisse, also im Versicherungsfall, hat der Versicherer die übernommene Leistungspflicht zu erfüllen. Je nach Umfang des gewährten Versicherungsschutzes können dadurch ganz beträchtliche Anforderungen an den Versicherer gestellt werden. Die entsprechenden Lasten einschliesslich der aufgewendeten Kosten haben die Gesamtheit der Versicherungsnehmer zu tragen. Dies geschieht durch deren Umlage nach Ablauf einer Versicherungsperiode auf die einzelnen Versicherungsnehmer, oder aber häufiger durch Einforderung einer vorschüssig zahlbaren Prämie, die variabel oder in fester Form vereinbart sein kann. Eine Voraussetzung der Versicherung ist also die Entgeltlichkeit und Zahlungsfähigkeit seitens der Versicherungsnehmer, unbekümmert darum, ob das Versicherungsereignis eintritt oder nicht. Jeder Versicherungsschutz muss somit mit einem gewissen Preis erkaufte werden. Doch da die Person des Versicherten und die Person des Versicherungsnehmers nicht identisch zu sein brauchen, kann auch für Zahlungsunfähige eine Versicherung abgeschlossen werden, wenn näm-

lich andere die Kosten tragen (Sozialversicherung, Militärversicherung).

Da die Versicherung stets die Sicherung eines Vermögensbedarfes zum Zwecke hat, so kann nur derjenige eine Versicherung eingehen, der durch Ereignisse, welche sich an seiner Person, einer Sache oder einem Vermögen betätigen, einen Nachteil erleiden kann. Besteht eine solche Beziehung, so spricht man vom *I n t e r e s s e*, und dieses Interesse ist der Gegenstand jeder Versicherung. Ohne Interesse ist keine Versicherung denkbar und je nach der Verschiedenheit des Interesses ist der Gegenstand der Versicherung ein verschiedener 2).

4. GEGENSTAND DER VERSICHERUNG

Die Versicherung beruht in ihrem Ursprung auf der Erfahrungstatsache, dass zahlreiche Personen und Wirtschaftsgruppen von gleichartigen ungewissen Gefahren bedroht sind, deren Eintritt die Betroffenen im wirtschaftlichen Sinne empfindlich schädigen kann. Zwar werden nicht alle von dem befürchteten Ereignis betroffen, sondern nur wenige Einzelne. Diese erleiden dadurch einen direkten Schaden oder wirtschaftliche Nachteile, die nach Ersatzleistungen verlangen. Unzählige Gefahren dieser Art lassen sich namhaft machen. Man denke nur an solche, die das menschliche Leben bedrohen, schädigen oder auslöschen und an die vielseitigen Ereignisse, welche die Beschädigung, den Verlust oder die Vernichtung von Hab und Gut zur Folge haben.

Die ersterwähnte Gefahrengruppe ist zum Gegenstand der vielf gestaltigen Formen der Personenversicherung geworden, die zudem eine sinnvolle Erweiterung gefunden hat, indem neben der Gefahr selbst die zeitliche Begrenzung ihres Ausbleibens versichert wird (Erlebensfall- und Rentenversicherung).

Sobald die Gefahr selbst sich auf Schädigung von Sachgütern oder verwandten Interessen bezieht, so spricht man von Scha-

2) Manes, Versicherungslexikon, Artikel 'Versicherung'

denversicherung Solche Schadenereignisse können aber nur dann zum Gegenstand einer Versicherung werden, wenn ihr Eintritt ungewissen Charakter trägt. Es können somit Ersatzleistungen, die an sich notwendig, aber zeitlich voraussehbar und berechenbar sind, nicht Gegenstand der Versicherung sein. Damit ist gleichzeitig gesagt, dass beispielsweise Abnutzungsschäden oder solche des Ueberalterns, welche im kaufmännischen Sinne durch Amortisation gedeckt oder durch Bestellung von Erneuerungsfonds gewöhnlich ausgeglichen werden, nicht versicherbar sind. Ebenso wenig wird ein bereits brennendes Haus noch Gegenstand der Feuerversicherung sein können 3).

Die Frage nach dem Gegenstand der Feuerversicherung, die uns ja ganz speziell interessiert, soll an dieser Stelle einlässlicher behandelt werden. Als Sachschadenversicherung deckt die Brandversicherung bestimmte Sachen gegen bestimmte Schäden, die wiederum durch bestimmte Gefahren oder Ereignisse herbeigeführt werden.

A. Die versicherten Sachen

Für die Gebäude-Versicherung gelten in der Schweiz die folgenden wichtigsten Grundsätze:

Jedes Gebäude muss einzeln, d. h. mit einer besonderen Versicherungssumme, versichert sein. Die gruppenweise oder pauschale Versicherung von Gebäuden ist nicht üblich.

Mangels abweichender Vereinbarungen ist in die Gebäudeversicherung eingeschlossen alles, was seiner Natur nach oder nach Ortsgebrauch Bestandteil des versicherten Gebäudes bildet, namentlich was in einem Gebäude niet- und nagelfest ist, sowie mit dem Gebäude fest verbundene Betriebseinrichtungen. Die sonstigen Betriebseinrichtungen jeder Art, insbesondere die Antriebsmaschinen, welche jederzeit demontiert und aus dem Gebäude entfernt werden können, ohne dass dieses eine Beschädigung oder Wertverminderung erleidet, sind dagegen als Fahrhabe und nicht zum Gebäude gehörend anzu-

3) Aeberhard, Allgemeine Versicherungslehre, S. 6/7

sprechen. Dagegen fallen Gegenstände und Einrichtungen, die ohne einen notwendigen Bestandteil des Gebäudes zu bilden, jedoch zu seinem Ausbau gehören, unter die Versicherung.

B. Die versicherten Schäden

Die Feuerversicherung deckt den Substanzschaden, der in der Beschädigung oder Zerstörung versicherter Sachen besteht. Vermögensschäden, welche keine Sachschäden sind, bilden nicht Gegenstand der Feuerversicherung. Versichert sind also nur Schäden, welche auf die unmittelbare Einwirkung eines versicherten Ereignisses oder die Massnahmen zu seiner Bekämpfung zurückzuführen sind. Als Einwirkung im Sinne der Versicherung ist dabei jede an den versicherten Sachen herbeigeführte Veränderung zu betrachten, die auf der elementaren Kraft eines versicherten Ereignisses beruht. Der Einschluss der sogenannten Folgeschäden in die Versicherung bedarf einer besonderen Vereinbarung.

Hingegen ersetzt die Versicherung auch den Wert von Sachen, die bei einem versicherten Ereignis abhanden gekommen sind, wenn das Abhandenkommen die Folge dieses Ereignisses ist; sowie die Aufwendungen für die Minderung des Schadens, d.h. aller zweckdienlicher Massnahmen zur Bekämpfung des versicherten Ereignisses, ohne Rücksicht auf deren Erfolg. Darunter sind aber nicht die Löschkosten zu verstehen, denn die Löschhilfe ist eine auf dem öffentlichen Recht des Gemeinwesens beruhende Verpflichtung, für deren Deckung die Feuerversicherung nicht aufkommen muss.

C. Die versicherten Gefahren und Ereignisse

Die Feuerversicherung deckt Schäden, welche durch Brand, Blitzschlag und Explosion verursacht worden sind. Unter Schadenfeuer oder Brand im Sinne der Feuerversicherung versteht man ein Feuer, das Gegenstände, welche seiner Einwirkung nicht bestimmungsgemäss ausgesetzt wurden, ergreift und sie beschädigt oder zerstört. Ausgeschlossen sind alle Schäden, die bei kriegerischen Ereignissen oder inneren Unruhen, Erdbeben und Vulkanausbrüchen entstehen, sofern der Ver-

sicherungsnehmer nicht nachweisen kann, dass der Schaden mit den betreffenden Ereignissen weder unmittelbar noch mittelbar im Zusammenhang steht In unserem Lande ist die Feuerversicherung auch Träger der Elementarschaden-Versicherung, d h sie bezieht diejenigen Elementarschäden, welche eine direkte Folge von Naturereignissen, wie Felsstürze, Erdbeben, Lawinen, Stein- und Hagelschlag, Sturm Hochwasser und Ueberschwemmungen sind in die Versicherung mit ein, wenn sich die Schäden auf Güter beziehen, die der Feuerversicherung unterstellt sind 4)

5. GRENZEN DER VERSICHERUNG

Die Auffassungen über die Grenzen der Versicherungsmöglichkeit sind ganz verschieden. Einerseits wird ausgeführt, dass eine Grenze der Möglichkeit, eine Versicherung zu betreiben, gar nicht eindeutig besteht, weil die Versicherungsmöglichkeit je nach dem Stand der Wissenschaft und Technik zu verschiedenen Zeiten eine verschiedene sein wird Obwohl eine Versicherungsmöglichkeit theoretisch gegeben sein kann, besteht vielleicht noch gar kein Bedürfnis nach der Organisation einer solchen Versicherung Andererseits kann die Geschäftspraxis die Gelegenheit zur Versicherung bieten, ohne dass vielleicht wissenschaftlich betrachtet die Unterlagen für eine einwandfreie Anwendung des Versicherungsprinzips vorhanden sind Es ergibt sich auch eine verschiedene Beurteilung der Frage nach den Grenzen der Versicherung je nachdem man sich auf den Standpunkt des Versicherungsnehmers oder den des Versicherungsgebers stellt Vom Standpunkt des Letzteren aus kann eine Versicherung, mag sie vom Standpunkt des Ersteren aus noch so zweckmässig erscheinen, doch schwer oder gar undurchführbar sein Denn schliesslich fällt ja dem Versicherer die Aufgabe zu die Versicherungsnehmer und versicherten Personen zu einer Gemeinschaft zusammen zu fassen und alle jene Vorkehrungen zu treffen, damit im Versicherungsfall den Anspruchsberechtigten die zugesicherte Ersatzleistung zukommt Dies bedingt eine Reihe von organisatorischen, versicherungstechnischen und finanziellen

4) Kamer, Sachversicherung, S. 35 ff.

Massnahmen, deren Kenntnis und Beurteilung dem Versicherer die Möglichkeit gibt, eine Grenze zu ziehen 5).

Nachdem nun also in kurzer Zusammenstellung der Sinn der Versicherung, deren Begriff durch Herausarbeitung der Merkmale, deren Umfang durch Voraussetzungen, Gegenstand und Grenzen darzustellen versucht wurde, sei noch in wenigen Zeilen auf die verschiedenen Versicherungsgruppen sowie die Organisation des Versicherungsträgers eingetreten.

6. ARTEN DER VERSICHERUNG

A. Die Personenversicherung

Unter den Begriff der Personenversicherung fallen diejenigen Versicherungsarten, welche das menschliche Leben, die Gesundheit und die Erwerbsfähigkeit zum Gegenstand haben. Die wichtigste Form der Personenversicherung ist die Lebensversicherung mit all ihren Abarten wie Renten-, Alters-, Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Arbeitslosenversicherung. Bei der Personenversicherung und ihren Abarten ist der Versicherungsträger verpflichtet, nach Eintritt des Versicherungsfalles dem Versicherungsnehmer den vereinbarten Betrag an Kapital oder Rente zu zahlen. Eine gewisse Gruppe von Personenversicherungen, so z.B. die Lebensversicherung, wird auch als Summenversicherung bezeichnet, da beim Eintritt des Schadens eine vorher schon bestimmte Summe ausbezahlt wird, im Gegensatz zur Schadenversicherung, wo nur im Falle des Schadens eine Bedarfsdeckung eintritt.

B. Die Sachschadenversicherung

Sie hat den Zweck, das Risiko des unmittelbaren Vermögensverlustes durch Sachschaden zu decken. Je nach Art der Schadensveranlassung unterscheidet man:

- a) Versicherung gegen **E l e m e n t a r s c h ä d e n**. Solche können durch Feuer, Ueberschwennungen, Erdbeben, Hagelschlag, Sturm, Wasserleitungsbruch etc. entstehen.

5) Manes, Versicherungslexikon, Artikel 'Versicherung'

- b) **Versicherung gegen wirtschaftliche Schäden**
 den Hier handelt es sich um Schäden verursacht durch Streik, Boykott, Mietzinsausfall, Zahlungsunfähigkeit des Schuldners, Kursverluste, Prozesskosten, Prozessverluste, Glasbruch, Transportschäden etc
- c) **Versicherung gegen Schäden durch verbrecherische Ereignisse**, wie Einbruch, Diebstahl, Beraubung, Unterschlagung etc.

C. Die Vermögensschadenversicherung

Sie dient der Deckung der Beeinträchtigungen des Vermögens oder von Vermögensteilen des Versicherungsnehmers. Man zählt zu dieser Versicherungsart u.a.:

- a) **Haftpfllichtversicherung**, eine Versicherung gegen Vermögensverminderungen, die dem Versicherten dadurch erwachsen, dass er von Dritten für Schadenersatz belangt wird.
- b) **Kautions- und Garantiever sicherung**, die sich darstellt als Uebernahme der Bürgschaft für Kredite, aber auch als Ersatz für Sicherheitsleistungen z B bei Stundungen von Zoll-, Steuer- und Frachtschulden sowie als Versicherung gegen die Folgen von durch Angestellte begangenen Veruntreuungen und Unterschlagungen.
- c) **Betriebsunterbrechungsversicherung**, deckt den mittelbar entstandenen Vermögensverlust infolge Betriebsunterbrechung

Ueber die Einteilung in Personen-, Sachschaden-, Vermögensschaden- und Rückversicherung kann man vielfach andere Auffassungen antreffen, verwischen sich doch oft die Uebergänge. So zählt z B das Eidg Versicherungsamt in seinen Publikationen die Haftpfllichtversicherung zu der Gruppe der Personenversicherungen, offenbar weil der weitaus grösste Teil der bezahlten Entschädigungen in der Haftpfllichtbranche durch Körperverletzung oder Todesfall verursacht wird. Die

Betriebsunterbrechungsversicherung steht der Gruppe der Sachschadenversicherungen sehr nahe, d. h. sie ergänzt dieselbe, indem sie nicht den Sachschaden an sich, sondern den mittelbar entstandenen Vermögensverlust deckt. Die gleich anschliessend behandelte Rückversicherung endlich wird manchmal auch der Gruppe der Vermögensschadenversicherung untergeordnet, doch rechtfertigt hier die Bedeutung und komplexe Natur dieser Versicherungsart sicherlich eine Einteilung in unserem Sinn.

D. Die Rückversicherung

Bei erhöhten Gefahren oder grossen Versicherungsabschlüssen sucht der Versicherer meist Rückdeckung des übernommenen Risikos. Dies wird erreicht durch Rückversicherung für einen Teil der Versicherungssumme oder des Schadens bei einer anderen Gesellschaft. Die Rückversicherung bewirkt gewissermassen, dass der finanzielle Erfolg oder Misserfolg aus Geschäften auf die Schultern mehrerer Versicherungsträger abgewälzt wird, so dass im Schadensfall keiner für sich allein eine zu grosse Last zu tragen hat. Am häufigsten kommt der Rückversicherungsvertrag in der Lebens-, Transport- und Feuerversicherung zur Anwendung.

7. DIE ORGANISATION DES VERSICHERUNGSTRÄGERS

Eine Versicherung kann entweder privatrechtlich oder öffentlichrechtlich organisiert sein. Demzufolge spaltet sich das gesamte Versicherungswesen nach zwei Hauptrichtungen auf: in die Privatversicherung einerseits und die öffentliche Versicherung andernseits. Obwohl wesentliche Unterscheidungsmerkmale vorhanden sind, überschneidet und konkurrenziert sich die Tätigkeit der beiden Organisationen oftmals.

A. Die private Versicherung

Sie ist einerseits dadurch charakterisiert, dass sie auf freiwillig eingegangenem Vertrag zweier Parteien beruht und andernseits der Versicherungsträger meist eine Privatperson, eine Aktiengesellschaft oder eine Genossenschaft

ist Die Privatversicherungen fussen auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit und der Selbsthilfe; d h das volle Risiko wird aus den Mitteln der Versicherten gedeckt Das private Versicherungsgeschäft wird in der Regel gewerbsmässig betrieben ausgenommen diejenigen Institutionen die im Anschluss an Berufs- Sport oder religiöse Verbände besonderen Versicherungsschutz organisieren Der Privatversicherung ist das Interesse der Einzelwirtschaft anvertraut und sie hat deren vielgestaltigen Wünschen und Bedürfnissen Rechnung zu tragen.

B. Die öffentliche Versicherung

In diesem Falle ist der Versicherungsträger eine öffentlich-rechtliche Körperschaft, also z.B. eine Gemeindekorporation oder der Staat selbst Der Versicherungsträger ist dann ein Glied der öffentlichen Verwaltung mit der er direkt verbunden sein kann oder die als juristische Persönlichkeit unabhängig vom Verwaltungsapparat arbeitet Gegenüber der Privatversicherung kann die öffentlich-rechtliche Versicherung ihren Finanzhaushalt nach anderen Grundsätzen orientieren Da die erstere auf die differenziertesten Wünsche und Bedürfnisse Rücksicht nehmen muss kann und muss sie ein individuelles Prämienmass festsetzen Anders bei der öffentlich-rechtlichen Versicherung die ja meist nicht erwerbsmässig betrieben wird sondern für einen Versicherungsschutz besorgt zu sein hat der sich in den breitesten Volkskreisen geltend machen soll Oft verfügt der Staat gesetzlich eine Versicherungspflicht wie dies bei den sogenannten obligatorischen Versicherungen in Erscheinung tritt Da die Bestrebungen des Staates eine Versicherung selbst zu organisieren nur zweckmässig sind wenn der Einsatz staatlicher Autorität als wünschbar erscheint so besteht bei der obligatorischen Versicherung die Möglichkeit der Mitwirkung eines privatrechtlich organisierten Versicherungsträgers Ist eine solche obligatorische Versicherung ganz unter Ausschuss der Privatversicherung organisiert so beansprucht in diesem Falle der Staat eine Monopolstellung und sein Versicherungsträger wird zur Monopolanstalt Besonders in Gebäudebrandversicherung treffen wir diese Monopolerschei-

nung häufig an 6).

C. Die heutige Organisation der Brandversicherung in der Schweiz

Die historische Entwicklung hat es mit sich gebracht, dass die Feuerversicherung in der Schweiz zur Hauptsache durch zwei Gruppen von Versicherungsträgern ausgeübt wird, die kantonalen Brandversicherungsanstalten einerseits und die privaten Feuerversicherungs-Gesellschaften andernseits. Daneben existieren noch drei lokale Brandkassen, deren Geschäft jedoch nicht von grosser Bedeutung ist.

a) Die kantonalen Brandversicherungs-Anstalten

Die kantonalen Brandversicherungs-Anstalten sind auf Gesetz beruhende, staatliche Einrichtungen. Sie unterstehen dem kantonalen öffentlichen Recht und die Normen des privaten Versicherungsrechts (Aufsichtsgesetz und Versicherungsvertragsgesetz) finden auf sie keine Anwendung. Organisatorisch sind die Anstalten entweder ein Dienstzweig der kantonalen Verwaltung oder selbständige juristische Personen des kantonalen öffentlichen Rechts 7).

Der Grundstein der kantonalen Anstalten ist die G e g e n s e i t i g k e i t. Zwischen den Eigentümern der versicherten Gebäude bestehen gemeinsame Beziehungen, die sich aus dem Betreib der Anstalt ergeben und die in den kantonalen Versicherungsgesetzen ausdrücklich festgelegt sind. Die Risikengemeinschaft, auf der jede Versicherungsunternehmung beruht, wird bei den kantonalen Anstalten unter Mitwirkung und Aufsicht der öffentlichen Behörden verwaltet. Das Fehlen jeglichen Gewinnstrebens bietet Gewähr, dass die durch die Versicherten einbezahlten Prämien ausschliesslich zu deren Gunsten verwendet werden. Eine Garantie des Staates für die von der Anstalt übernommenen Verpflichtungen besteht in den meisten Kantonen aber nicht.

6) Aeberhard, Allgemeine Versicherungslehre, S.14 ff.

7) Vergl. dazu Tabelle 'Kantonale Anstalten', Anhang

Das M o n o p o l p r i n z i p der kantonalen Anstalten äussert sich darin, dass die der Versicherungspflicht unterstellten Objekte bei keiner anderen Versicherungsunternehmung versichert werden dürfen. Jede anderweitige Versicherung hat Bestrafung und Verlust des Entschädigungsanspruches gegenüber der kantonalen Anstalt zur Folge. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus kann über die Zweckmässigkeit des Monopolprinzips diskutiert werden. Betrachtet man indessen rein objektiv die von den kantonalen Anstalten erzielten Resultate, sowie die von ihnen während mehr als hundert Jahren geleisteten Dienste, so muss man auch als Anhänger der Gewerbefreiheit die Gemeinnützigkeit der kantonalen Versicherung auf Gegenseitigkeit anerkennen.

Das O b l i g a t o r i u m andernseits verpflichtet die kantonalen Brandversicherungs-Anstalten, die Versicherung von Gebäuden, die unter das Obligatorium fallen, anzunehmen. Diese Gewissheit, zufolge des Obligatoriums einen Versicherer zu finden, erweitert das Prinzip der Gegenseitigkeit zu Gunsten des schlechten Risikos. Ausgenommen vom Obligatorium sind nur die im Gesetz ausdrücklich erwähnten Objekte. Es handelt sich dabei entweder um besonders schwere Risiken oder solche, an deren Versicherungsschutz kein öffentliches Interesse besteht.

Die Festsetzung der P r ä m i e n ist je nach Kanton verschieden geordnet und variiert von der Einheitsprämie bis zu einer weitgehend entwickelten Klassifizierung und Tarifierung. Die Grundlage für die Prämienfestsetzung bildet die Versicherungssumme des Versicherungsgegenstandes. Nur Zürich, Glarus, Zug und Freiburg haben das System der Einheitsprämie bis heute beibehalten. Bei diesem System zahlen alle Risiken, ohne Rücksicht auf ihre Feuergefährlichkeit, den gleichen Prämiensatz, die übrigen Kantone haben Klassen eingeführt, die je nach Bauart, Bedachung und Zweckbestimmung der Gebäude die Prämienhöhe beeinflussen. Manche Anstalten haben eine feste Prämie, wieder andere sehen eine beschränkte Nachschusspflicht vor und einige bestimmen die Prämie alljährlich auf Grund der Ergebnisse des verflossenen Jahres.

Die S c h a d e n s v e r h ü t u n g und -b e k ä m p f u n g, welche ja grundsätzlich Aufgabe des Staates ist, wurde in den Kantonen, welche staatliche Brandversicherungs-Anstalten besitzen, diesen weitgehend übertragen. Die jährlichen Aufwendungen für die Feuerpolizei und das Löschwesen betragen 6-7 Millionen Franken. Sie werden aus den Prämien der Versicherten, den Löschbeiträgen des Rückversicherungsverbandes der kantonalen Anstalten 8) sowie denjenigen der privaten Feuerversicherungsgesellschaften finanziert 9)

b) Die privaten Feuerversicherungsgesellschaften

Von den 1944 in der Schweiz konzessionierten 24 privaten Feuerversicherungs-Unternehmungen sind zwei Genossenschaften, der Rest Aktiengesellschaften. Diese Gesellschaften versichern, soweit ihre Tätigkeit nicht durch die obligatorische staatliche Brandversicherung eingeschränkt ist, in der ganzen Schweiz, sowohl Fahrhabe als auch Gebäude. Die privaten Gesellschaften unterstehen den Grundsätzen des privaten Versicherungsrechtes, also dem Aufsichtsgesetz und dem Versicherungs-Vertragsrecht.

Da einerseits die Tatsache besteht, dass die Versicherungsunternehmen in der Schweiz bloss in der Form der Aktiengesellschaft oder der Genossenschaft organisiert auftreten und andernseits der Text des Aufsichtsgesetzes auch nur von diesen zwei Gesellschaftsformen spricht, stellt sich die Frage weshalb gerade diese zwei Formen als für Versicherungsgesellschaften geeignet erscheinen. Da der Versicherungsträger gezwungen ist lang dauernde Verpflichtungen einzugehen, darf seine Lebensdauer nicht zeitlich begrenzt sein. Es scheiden aus diesem Grunde vor allem die natürlichen Personen als Versicherungsträger aus. Ferner bildet auch bei der einfachen, der Kollektiv- und Kommanditgesellschaft der Tod normalerweise einen Auflösungsgrund. Auch die persönliche Haftung der Mitglieder, wie sie sich ganz oder abgeschwächt bei der einfachen, der Kollektiv-, der Kommanditgesellschaft und der G m b H vorfindet, wäre im Hinblick

8) Vergl. auch Seite 117

9) Vergl. auch Seite 96 oben

auf die gewaltigen Summen, zu denen sich der Versicherungsträger den Versicherten gegenüber verpflichtet. ungeeignet Da auch der für ideale Zwecke geschaffene Verein und die Form der Stiftung, als ein mit dem Recht der Persönlichkeit ausgestaltetes Zweckvermögen, infolge der rein wirtschaftlichen Zielsetzung des Versicherungsträgers als Gesellschaftsform nicht in Frage kommen, bleiben tatsächlich nur noch die Aktiengesellschaft und die Genossenschaft übrig. Dabei ist noch hinzufügen, dass auch die ausländischen Gesellschaften, welche in der Schweiz den Versicherungsbetrieb aufnehmen wollen, hinsichtlich des juristischen Aufbaues die nämlichen Anforderungen zu erfüllen haben 10).

Nach diesem als Einführung gedachten ersten Teil soll nun im folgendem Hauptteil der Arbeit die geschichtliche Entwicklung der Feuerversicherung gezeigt werden, von deren Anfängen bis zur heutigen Zeit. Es soll versucht werden durch Zusammenstellung aller vorhandenen Aufzeichnungen ein klar umrissenes Bild vom Wesen und der Entwicklungsgeschichte der Feuerversicherung in der Schweiz zu erhalten. Dabei muss darauf hingewiesen werden, dass die historische Durchforschung auf grosse Schwierigkeiten gestossen ist. Weder besteht eine zuverlässige Darstellung der Entwicklung des Versicherungswesens auch nur in einem einzigen Kulturlande, noch eine internationale für einen einzigen bedeutenden Versicherungszweig. Nur besonders markante Einzelheiten sind überliefert worden, welche zu einem lückenlosen Gesamtbild zu vereinen im Rahmen einer Dissertation weit übersteigen würde und beim heutigen Stande der Forschung fast eine Unmöglichkeit ist.

10) Vergl. Kamer, Sachversicherung, S.9 ff.

II. DIE ENTWICKLUNG DER GEBÄUDEBRANDVERSICHERUNG IN DER SCHWEIZ

1. ALLGEMEINES ZUR GESCHICHTE DER FEUERVERSICHERUNG

Eingangs des I. Teiles wurde gesagt, dass wohl als ursprünglicher Träger der Gefahrengemeinschaft die Familie anzusehen sei und dass sich aus diesem Vorsorgegedanken die mannigfachen Formen der Versicherung entwickelt haben. Diese Feststellung ist nicht rein hypothetischer Natur, sondern sie stützt sich auf Beobachtungen der menschlichen Psyche und der ursprünglichen Triebe der gegenseitigen Hilfeleistung in Fällen der Not 11).

Die ersten überprüfbaren Erscheinungen, aus denen sich eine Entstehung des Versicherungsgedankens ableiten lässt, liefert uns die Zeit der Phönizier, und demnach wäre der Versicherungsgedanke bereits 3000 Jahre alt. Es finden sich damals schon Sitten und Gebräuche, welche unverkennbare und verwandtschaftliche Beziehungen zur Versicherung aufweisen. Einige überlieferte Beispiele sollen dies näher illustrieren.

Ein erstes solches Beispiel liefert uns die phönizische Schifffahrt. Ein Darlehensgeber lieh Geld zu hohem Zinsfuss aus, wenn aber das mit seinem Geld verhaftete Schiff auf See verloren ging, verlor er den Anspruch auf Rückzahlung des Kapitals. So trugen damals die Darlehensgeber und -nehmer gemeinsam die Gefahren der Schifffahrt, welche damals allerdings mehr im Piratenunwesen als in Naturereignissen zu liegen pflegten. Die Geschichtsforschung weiss zu berichten, dass der Zinsfuss für Darlehen mit Seegefahr bis zu 20% betragen hat. Wenn nun die durchschnittliche Lebensdauer eines Schiffes, das Piratenrisiko mit in Berücksichtigung gezogen, auf sieben Jahre eingeschätzt wird, so haben wir eine Kalkulation wie sie heute ähnlich bei der Rentenversicherung zu finden ist. Allerdings geniesst ein nach heutigem Tarif

11) Kropotkin. Gegenseitige Hilfe in der Menschen- und Tierwelt

mit derselben mittleren Lebensdauer einegeschätzter Rentner für sein ausgelegtes Geld nicht jenen Zins, den der phönische Kapitalist bezog 12).

Ein anderes Beispiel, diesmal aus Indien. Nach altindischem Recht mussten Schuldner, welche durch einen grossen Wald oder eine andere wilde Gegend reisten, einen doppelt so hohen Zins für Darlehen zahlen, als wenn sie zu Hause geblieben wären. Reisten sie zur See, mussten sie sogar den vierfachen Zinssatz bezahlen. In diesen Anordnungen steckt ein versicherungsähnliches Moment, denn im Grunde verkörpern all diese Mehrforderungen - auf die Versicherung angewandt - nichts anders als eine besondere Prämie für das erhöhte Risiko 13).

Diese Beispiele liessen sich um noch viele vermehren. Im alten Palästina trafen Eseltreiber untereinander das Abkommen, durch Räuber oder wilde Tiere anhanden gekommene Esel sich gegenseitig zu ersetzen. Aehnliche Verabredungen von Karawanenreisenden sind auch aus anderen Gegenden Vorderasiens überliefert. Die sog. 'Voinonia' in Griechenland war nichts anderes, als ein genossenschaftlicher Verband zur gemeinsamen Uebernahme etwaiger Verluste durch die Seeschifffahrt. Und nicht anders verhält es sich mit den Verträgen, die griechische Sklavenbesitzer mit Kaufleuten abschlossen, wonach letzteren beim Entlaufen eines Sklaven eine Ersatzsumme ausbezahlen sei, wogegen sie eine einmalige oder wiederkehrende Prämie leisteten 14).

Alle diese geschichtlichen Ueberlieferungen zeigen, dass der Versicherungsgedanke an sich schon sehr alt und mit dem Handel verbunden ist. Damals bestanden allerdings noch keine Einrichtungen wie wir sie heute besitzen. Zielbewusste Organisation und Technik, derer die Versicherung, wie jeder andere wirtschaftliche Zweig zum Aufschwung benötigt, fehlten damals vollständig. Wenn Handel und Industrie Jahrhunderte brauchten, um ihr heutiges Ansehen und Ausmass zu erreichen,

12) Lanz-Stauffer, Verstaatlichung der Mobiliarvetsicherung, S. 5/6

13) Manes, Versicherungslexikon, Artikel 'Geschichte'

14) Manes, Versicherungslexikon, Artikel 'Geschichte'

so bedurfte der Versicherungsgedanke bis zu seiner auch nur einigermaßen nennenswerten Entwicklung 2700 Jahre!

Dieser Entwicklungsgang lässt sich trotz der spärlichen Aufzeichnungen in fünf Epochen unterteilen. Die e r s t e derselben gehört ins Altertum; ihr gehören die soeben skizzierten Erscheinungen an. Die z w e i t e Epoche beginnt im Mittelalter und reicht bis ungefähr ins 14. Jahrhundert hinauf. In der Zeit zwischen dem 6. und dem 10. Jahrhundert gingen leider alle den Versicherungsgedanken mehr oder weniger klar in sich tragenden Einrichtungen der ersten Epoche zugrunde. Erst die Gilden und Zünfte, die Korporationen Altgermaniens, verhalfen dem Versicherungsgedanken von neuem zum Leben. Eine ganze Reihe von Beispielen sind aus jener Zeit zwischen dem 10. und 13. Jahrhundert überliefert, welche klar zeigen, dass besondere 'Kassen' bestanden, welche den Mitgliedern Ersatz von gestohlenem Vieh, Auslösung aus der Gefangenschaft, Ersatzleistung bei Schiffbruch, Bezahlung von Beerdigungskosten u. a. m. versprochen. Aber das mehr philanthropische Wirken dieses Apparates, der anerkanntswerte Gemeinschaftssinn zu gegenseitiger Hilfeleistung, besass nicht die nötige treibende Kraft. Das blosse Geben ohne Nehmen brachte die Tätigkeit zum Erschlaffen.

Doch änderte sich dies alles, als der Erwerbssinn sich mit der Versicherung zu befassen begann und damit kommen wir zur d r i t t e n Epoche. Sie steht im Zeichen der Entdeckung Amerikas und des Seeweges nach Ostindien sowie der damit verbundenen Umwälzung des ganzen damaligen Weltverkehrs. Es ist deshalb wohl zu verstehen, dass es vorab die Seeversicherung war, die bahnbrechend und vorbildlich den anderen Versicherungszweigen voranschritt. In diese dritte Periode, die bis gegen Ende des 17. Jahrhunderts dauerte, fällt die eigentliche Entstehung der Versicherung im modernen Sinn als selbständiges Gewerbe. Der Einzelversicherer als Unternehmungsform verschwand damit und wir sehen das erste Auftauchen der Versicherungspolice. Mit dem erweiterten Seeverkehr ging bald Hand in Hand eine Ausdehnung des Binnenverkehrs. Wir erleben deshalb in dieser Epoche auch den Ausbau der Binnentransportversicherung und ihr

folgte gegen Ende des 17. Jahrhunderts die Feuer- und die Lebensversicherung. Damit sind wir bei den modernen Versicherungsunternehmungen angelangt und gleichzeitig an die vierte Epoche herangetreten, die bis Mitte des 19. Jahrhunderts reicht. Obwohl nun ein gewisses Interesse und das Bedürfnis nach Versicherungen aller Art vorhanden war, mussten noch viele Schwierigkeiten überwunden werden, bis ihre Stellungen gefestigt waren. Schon die lange Spanne Zeit, die erforderlich war, bis ihr im Welthandel ein gewisser Rang eingeräumt wurde, lässt erkennen, wie dornenvoll der Weg bis zur heutigen Position innerhalb des Weltwirtschaftslebens war. Insbesondere der aufblühenden Seeversicherung wurde lange Zeit hart zugesetzt. Zum Risiko der Korsarenwirtschaft gesellten sich verbrecherische Handlungen seitens einer gewissen Klasse von Versicherungssuchenden, welche in gewinnsüchtiger Absicht vorsätzlich Unfälle, insbesondere Seeunfälle, herbeizuführen trachteten.

Die Versicherungsprämien waren denn auch keine geringen, wie beispielsweise aus einem Voranschlag zu einem Sklavenhandel aus dem Jahre 1782 hervorgeht 15). Es handelte sich darum, ein grosses und ein kleines Schiff nach Guinea zu entsenden und von dort 700 Negerklaven nach den Antillen zu transportieren.

Die vollständige Ausrüstung des grossen Schiffes zu 550 bis 600 Negern berechnet =

600 Tonnen Gehalt, kostete	Livres	150'000
----------------------------	--------	---------

Dasjenige des kleinen Schiffes zu 100 bis 150 Negern berechnet = 150 Tonnen Gehalt, kostete

" "	50'000
-----	--------

Einkauf von 700 Negern zu 300 Livres

" "	210'000
-----	---------

Livres	410'000
--------	---------

Assekuranz für die Hinreise zu 15%

" "	61'500
-----	--------

Besonderer Zuschlag auf der Prämie von 15%

" "	9'225
-----	-------

Livres	480'725
--------	---------

15) Lanz-Stauffer, Verstaatlichung der Mobiliarversicherung. S. 8/9

Verkauf in Westindien:

Von 700 in Afrika eingekauften Negersklaven blieben, nach Abzug einer Sterblichkeitsquote von 5%, noch 665 Neger zum Verkauf in San Domingo übrig.

Verkauft durchschnittlich jeder zu 2000 Livres

	Livres	1'330'000
ab: Kommissionsgebühren an den Schiffskapitän, die Offiziere und die Korrespondenten in Westindien zu 11,5%	Livres 152'950	
Unkosten in Westindien	17'050	170'000
	Livres	1'160'000
Für Wechselagio und Fracht Assekuranz auf der Rückreise zu 15%	Livres 58'000	
	174'000	
	Livres	232'000
	Livres	928'000
Gewinn an den Schiffen für die Dauer der Reise, nach Abzug von 10 monatlichem Müßigliegen	Livres	35'000
	Livres	963'000
Ab: Die Unkosten des Ganzen	Livres	480'725
Gewinn	Livres	482'275

Erst zu Anfang des 19 Jahrhunderts gelang der Versicherung der eigentliche Aufschwung und hier beginnt die fünfte Epoche, welche bis in unsere Zeit hinaufreicht. Diese Periode ist charakterisiert durch die enorme Ausdehnung der Versicherung in allen Ländern, das Entstehen zahlreicher neuer Anstalten, den internationalen Geschäftsbetrieb und vieles andere. Die Ausdehnung, die das Versicherungswesen im Verlauf dieses Zeitraumes annahm, ist wahrhaftig grossartig. Diese Periode ist für die Versicherung das, was für die Griechen das Zeitalter des Perikles gewesen ist. Nicht von selbst ist diese Entwicklung gekommen; jahrhundertlanges Streben ist ihr vorausgegangen, aber stets unentwegt hat

die Versicherung ihr Ziel im Auge behalten und sich so aus sich selbst zu hoher Blüte emporgearbeitet, bis sie zum unentbehrlichen Begleiter der Volkswirtschaft aller Kulturstaaen geworden ist.

Ueberhaupt ist die Entwicklung der Versicherung nur zu begreifen im Zusammenhang mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung. Die herrschenden volkswirtschaftlichen Auffassungen haben naturgemäss auch den Versicherungseinrichtungen ihren Stempel aufgedrückt. So war die Zeit der Merkantilisten die Epoche der Gründung von Witwen- und Waisenkassen, als ein Mittel zur Förderung der Ehen und des Familienzuwachses; während die merkantilistischen Prinzipien der Ausbreitung eines Versicherungsgewerbes im Wege standen. Crosse Gesellschaften konnten sich erst bilden mit dem Verschwinden merkantilistischer Auffassung, durch den Sieg des Individualismus. Die sozialistische Richtung erklärt das Entstehen der Arbeiterversicherung und der Volksversicherung in verschiedenen Ländern.

Die Feuerversicherung ist neben der Seeversicherung der älteste Versicherungszweig. Dies ist leicht erklärlich, waren doch die Verheerungen, welche die entfesselten Elemente Feuer und Wasser anrichten konnten, am auffälligsten. Deshalb entstand auch schon sehr früh das Bedürfnis, gegen die Folgen solcher Elementarereignisse Vorkehren und Fürsorge zu schaffen.

Die ersten Ansätze zu einer Feuerversicherung finden wir in den eidlichen Satzungen der altgermanischen Schutzzgilden, die den Gildebrüdern Unterstützung in den Unglücks- und Wechselfällen des Lebens zusicherten, ihnen aber nach heidnischen Bräuchen auch Beistand in der Ausübung oder Abwehr der Blutrache gewährten. Das Vorhandensein solcher Gilden lässt sich bis in die Zeit der fränkischen Kaiser zurück geschichtlich nachweisen, ebenso dass sie schon damals ziemlich stark verbreitet waren. Dokumentarisch einwandfrei nachweisbar ist das Vorhandensein solcher Gilden durch ein Kapitulare Karls des Grossen aus dem Jahre 779. In diesem Schriftstück, das Ver-

ordnungen in Bezug auf Gesetze der Langobarden enthält, ist bereits von Gilden die Rede, welche die Unterstützung der Gildeangehörigen bei Feuerbrünsten oder Schiffbruch pflegten 16).

Die Feuerversicherung in dieser primitivsten Form war eine rein gemeinnützige Institution. Sie beruhte auf dem Prinzip der gegenseitigen Hilfeleistung und war von der Notwendigkeit diktiert, sich zur wirksamen Abwehr der drohenden Gewalten der Elemente zusammenzuschliessen. Die Erkenntnis, dass 'verbunden auch die Schwachen mächtig' sind, führte zur Bildung der Gemeinschaften, deren Aufgabe es war, die wirtschaftliche Existenz der vom Brande betroffenen Mitglieder durch gemeinsame Hilfeleistung der Verschontgebliebenen zu retten. Es handelte sich dabei zwar nicht um volle Deckung des Schadens, sondern es galt in erster Linie, den Geschädigten vor der nackten Not zu wahren, ihm den Wiederaufbau seines Hauses oder die Weiterführung seines Handwerks oder Gewerbes zu ermöglichen. Die Hilfe bestand in dieser Frühzeit der Feuerversicherung aus Naturalersatz wie Lieferung von Holz, Stroh, Flachs, Leinwand, Hausrat, Werkzeug, Nahrungsmittel, Leistung von Handlangerdiensten, Transporten u. s. w.

Ganz besonders tritt die gegenseitige Hilfeleistung als Gildezweck in den Satzungen der dänischen Schutzgilden des 12. und 13. Jahrhunderts hervor. So bestimmte beispielsweise der Artikel 25 der Statuten der St. Knudsgilde von Malmö vom Jahre 1256 (Malmö stand zu dieser Zeit unter dänischer Herrschaft): 'Ein Gildebruder aber, dessen Vorderhaus, nämlich entweder Küche, oder Wohnstube, oder Speicher mit dem Getreide in dem Hause, das zu seinem Hof gehört, in dem er wohnt, abgebrannt ist, dann sollen ihm alle Gildebrüder Ersatz geben, nämlich 3 Denarios' 17).

-
- 16) Schaefer, Urkundliche Beiträge und Forschungen zur Geschichte der Feuerversicherung in Deutschland, Bd. I. S. 4
17) Helmer, Die Geschichte der privaten Feuerversicherung in den Herzogtümern Schleswig und Holstein, Bd. I, S. 107

Noch ausgeprägter als bei den alten dänischen Schutzgilden ist der Versicherungsgedanke bei den i s l ä n d i s c h e n 'H r e p p s' zu erkennen. Die Organisation der Hrepps beruhte auf der isländischen Staatsverfassung vom Jahre 1118. 'Graugans' geheissen. Ein Gesetz dieser Graugans verpflichtete die Gemeinden, ihren Angehörigen im Falle eines Brandes die Hälfte des entstandenen Schadens zu ersetzen. Zu diesem Zwecke wurden von allen Gemeindegliedern Beiträge erhoben. Die ganze Insel war in kleine Bezirke (Hrepps) eingeteilt und jedem dieser Bezirke gehörten mindestens zwanzig benachbarte Bauerngehöfte an. Die Hrepps bildeten nicht nur die Versicherungsvereinigungen gegen Viehsterben, Viehdiebstahl und Brandschaden, sondern besorgten auch die bäuerliche Polizei und die Armenversorgung. Bezüglich der Brandschadenversicherung galt folgende Satzung: 'Die Brandversicherung der Hreppsgenossen ersetzt 3 Häuser (Gemächer von jedes Mannes Wohnung), die Stube, das Feuerhaus und die Vorratskammer in welcher die Frauen die Speisen anrichten. Hat einer dazu auch noch eine Schlafkammer, so soll er auf den Frühlingsting angeben, ob er das Wohnhaus oder die Schlafkammer versichern will. Wenn zu jemand's Wohnung auch viertens ein Bethaus oder eine Küche gehört, so sollen auch diese gesetzlich versichert seyn. Bei dem Hausbrand wird zugleich der Verlust an täglichen Kleidern und an Nahrungsvorräthen ersetzt, nichts von Waaren und Schmuck. Beim Kirchenbrand werden auch die an den Wänden aufgehängten Teppiche, das Chor (saunghus) und die beste Glocke ersetzt. Alles zur Hälfte und die Hreppsgenossen sind nicht gehalten, demselben Manne dreimal Ersatz zu leisten' (18).;

Bei diesen eben erwähnten Schutzgilden war die Versicherung gegen Brandschäden nur einer der vielen Zwecke, die sie verfolgten. In diesem Gildenwesen lag der Keim, aber noch nicht eine eigentliche Versicherung im wirtschaftlichen Sinn, denn der Rechtsanspruch auf vollen Schadenersatz fehlte noch. Die Gilden mochten sich denn auch auf die Dauer nicht zu halten und verschwanden fast alle im Laufe des 15. Jahrhunderts.

18) Dahlmann, Geschichte von Dänemark, Bd. II., S. 282

Die Verwirklichung des Feuerversicherungsgedankens erlitt aber nur einen Unterbruch und kam im 16. Jahrhundert neuerdings und erstarkt zum Ausdruck. Es fand dabei eine Anlehnung an Städte- oder ganze Bezirksverwaltungen statt. Die seit Mitte des 16. Jahrhunderts in Deutschland errichteten speziellen **B r a n d g i l d e n** bezweckten eine wirkliche Versicherung beim Eintritt von Feuerschäden an Gebäuden, zunächst durch Gewährung von Naturalersatz und Dienstleistungen, später von Geld. Diese Brandgilden oder Brandgenossenschaften, wie sie zuerst in Schleswig und in Holstein auftraten, verbreiteten sich so rasch, dass bereits für das Jahr 1591 die Existenz von rund sechzig solcher Brandgenossenschaften festgestellt werden konnte 19). Unter den so neu erstandenen Brandgilden ist die 1691 gegründete Schleswig-Holsteinische adelige Brandgilde die bemerkenswerteste. Getreu der Erfüllung ihrer Aufgabe, dem Wohl der Nächstenliebe in selbstloser Hingebung obzuliegen, kommt denn der christliche Sinn auch bei all diesen Gilden zum Ausdruck. So lautet beispielsweise die Stiftungsurkunde für die Feuerordnung der Städte Danzig und Elbling wörtlich: 'Der liebe Gott helfe, dass diese aufgerichtete Ordnung zu seines heiligen Namens Ehre und zu unseres Nächsten Beihilfe und Besten möge angefangen werden, und dass wir es auch zu unser allen Seelenheil und Seligkeit vollbringen mögen, das wünschen wir einem jedweden, der es von Gott bittet und begehrt von Grund seines Herzens.- Amen' 20).

Da auch die Institution der Brandgilden nicht leistungsfähig genug war, um bei grösseren Brandunglücken in vollem Umfang Schadenersatz zu gewährleisten, versuchten die Staatsregierungen durch landesherrliche Geschenke, Vorschüsse und Steuernachlässe zu helfen. Besonders erwähnenswert ist dabei die Einrichtung der sogenannten **B r a n d b r i e f e**. So nannte man nämlich damals die obrigkeitliche Ermächtigung der Abgebrannten zum Betteln (Brandbettel). Mit solchen von der Ortsvorsteherschaft oder dem Geistlichen ausgestellten Brandbriefen, in welchen sie der Mildtätigkeit der Mit-

19) Helmer, Die Geschichte der privaten Feuerversicherung in den Herzogtümern Schleswig und Holstein, Bd I., S. 379

20) Lanz-Stauffer, Verstaatlichung der Mobiliarversicherung S. 10/11

menschen empfohlen wurden. zogen die Brandgeschädigten Gaben sammelnd durch das Land. Besonders nach dem dreissig-jährigen Krieg artete dieser Brandbettel zu einer wahren Landplage aus. Mittelst gefälschter, gekaufter oder entwendeter Brandbriefe zogen Legionen entlassener Söldner und professioneller Bettler, in frecher Weise die Mildtätigkeit ihrer Mitbürger betrügend, durch das Land, so dass die Behörden einschreiten mussten. Wo sich die Einführung von Brandgilden als unmöglich erwies, versuchte man durch Erhebung von Brandsteuern und durch Veranstaltung durch Kollekten und Lotterien die Mittel zum Schadenersatz aufzubringen. Bei der Brandsteuer wurden die Schäden eines Jahres einfach auf alle Gebäudebesitzer verteilt und in Form einer Prämie eingezogen 21).

Eine andere genossenschaftliche Organisation zur Unterstützung in Brandfällen bestand auch in den sogenannten **H a m b u r g e r F e u e r k o n t r a k t e n**, deren Entstehung gegen Ende des 16. Jahrhunderts festzulegen ist. Diese Feuerkontrakte waren Statuten von freien Vereinigungen, welche sich zur Unterstützung ihrer Mitglieder in Brandfällen zusammentaten. Als älteste dieser Vereinigungen ist diejenige von 100 Brauhausbesitzern bekannt, welche am 3. Dezember 1591 einen solchen Kontrakt zu gegenseitiger Hilfeleistung abschlossen 22).

Diese Feuerkontrakte, deren in der Folge eine ganze Anzahl entstanden, regelten nicht nur das Mass von Leistung und Gegenleistung, sondern enthielten auch Vorschriften zur Sicherung der Hypothekargläubiger und über die Vermeidung von Brandfällen. Für die Beiträge an die Kasse hafteten neben den Eigentümern auch die versicherten Gebäude. Die Entschädigung durfte nur zur Wiederherstellung des abgebrannten Gebäudes, bzw. zur Befriedigung der Hypothekargläubiger

21) Manes, Versicherungslexikon, Artikel 'Entwicklung der Feuerversicherung'.

22) Riebessel, Geschichte der Hamburger Feuerkasse 1676 bis 1926, S. 11. (Dass es sich gerade um Brauhausbesitzer und in dieser verhältnismässig grossen Zahl handelt, erklärt Riebessel damit, dass die Bierbrauerei in Hamburg vom 14. bis 16. Jahrhundert das Hauptgewerbe bildete.)

verwendet werden. Es herrschte als Wiederaufbauzwang mit vorgesehenem Verlust der Unterstützung im Falle des Nichtwiederaufbaues.

Als ein Seitenstück zu den Hamburger Feuerkontrakten darf wohl auch die von Kaufleuten und Malzenbräuern gegründete *B r a n d k o n v e n t i o n* (Brandsteuerordnung) der *Z ü n f t e* von Königsberg vom 22. November 1627 betrachtet werden 23).

Für die Entwicklung der Feuerversicherung von grösster Bedeutung war der riesige Brand von London des Jahres 1666, durch welchen über 13'000 Gebäude zerstört und 20'000 Personen obdachlos wurden. Dieser Brand hatte unter anderem zur Folge, dass kapitalkräftige englische Unternehmer den für sie günstigen Zeitpunkt des allgemeinen Entsetzens und der Angst benützten, um die erste Feuerversicherungsanstalt als Erwerbsunternehmen zu gründen, welcher innert kurzer Zeit weitere Gründungen der gleichen Art folgten.

Während aber der Brand von London in England den Anstoss zur Gründung privater Feuerversicherungsunternehmungen gab 24), löste das nämliche Ereignis auf dem Kontinent die Errichtung der *e r s t e n ö f f e n t l i c h e n* Feuerversicherungsanstalt aus, indem am 30. November 1676 die Gründung der 'General-Feuer-Kasse der Stadt Hamburg' erfolgte, in welcher die damals bestehenden ca. fünfzig privaten Feuerkontrakte von Gesetzes wegen aufgingen. Dem Norden war es also vorbehalten, mit der staatlichen Regelung der Gebäudebrandversicherung den Anfang zu machen. Diese Hamburger Generalfeuerkasse kann wohl als die erste öffentlich-rechtliche Feuerversicherungsanstalt in der ganzen Welt angesprochen werden 25).

Die Einrichtung dieser Kasse war allerdings noch sehr ein-

23) Schickert, Ostpreussens Feuersozietäten im Wandel zweier Jahrhunderte, S.2

24) Siehe auch unter 'England', S.44

25) Eggenberger, Geschichte der Brandversicherungsanstalt des Kantons St. Gallen, S.3/4

fach, aber es wurden immerhin schon damals die noch heute geltenden wichtigsten Grundsätze der Immobilien - Feuerversicherung richtig erfasst. Der Beitritt zur Generalfeuerkasse war für die damaligen Gebäudeeigentümer noch freiwillig, wer aber nach Gründung der Kasse ein Gebäude erwarb, erbte oder neu erstellte, war verpflichtet, derselben beizutreten. Ein Austritt aus der Gemeinschaft war nicht mehr möglich. Jeder Gebäudebesitzer hatte mindestens für 25 Prozent des Gebäudewertes Selbstversicherer zu bleiben, im übrigen durften die Häuser nur auf eine bestimmte Summe versichert werden, deren Höchstbetrag für Wohnhäuser auf 15'000 Mark (damaliger Währung) festgesetzt war. An Prämien wurden erhoben im ersten Jahr für je 1000 Mark Versicherungssumme 1 Mark, in den folgenden Jahren je 4 Schilling. Grundsätzlich sollten die Entschädigungsgelder aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden, doch war für eine stärkere Inanspruchnahme der Kasse eine Nachschusspflicht der Mitglieder vorgesehen. Diese betrug je nach dem Bedarfsfall vier, acht, zwölf oder mehr Schilling. Die Entschädigung durfte nur zum Wiederaufbau des abgebrannten Gebäudes verwendet werden. Beim Löschen verunglückte Personen wurden auf Kosten der Kasse ärztlich behandelt und solange sie arbeitsunfähig waren durch eine Rente unterstützt, bei dauerndem Schaden sogar auf Lebenszeit. Verunglückte jemand tödlich bei den Löscharbeiten, so sollte ihm ein ehrliches Begräbnis und falls er Frau und Kinder hinterliess, diesen ein Recompens ausbezahlt werden. Für diejenigen, welche beim Feuerlöschen tüchtig geholfen hatten, waren Geldbelohnungen ausgesetzt 26).

Die Errichtung der Hamburger Feuerkasse hat den Auftakt zur Gründung einer ganzen Reihe von öffentlichen Feuerversicherungsanstalten - teils für Immobilien und Mobilien, teils nur für Immobilien - gegeben. So wurde ebenfalls in Hamburg 1765 die erste Mobiliarversicherungskompanie auf dem Kontinent errichtet. In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts entstanden dann in Norddeutschland, vornehmlich in Preussen, eine ganze Anzahl von sogenannten Städte- und Länder- So-

26) Schaefer, Urkundliche Beiträge und Forschungen zur Geschichte der Feuerversicherung in Deutschland, Bd. I. S. 4

zietäten und um die Mitte desselben Jahrhunderts fasste die öffentliche Feuerversicherung auch in Mittel- und Süddeutschland Fuss. Diese Feuersozietäten waren öffentliche rechtliche Versicherungsanstalten, die zunächst nur die Gebäudeversicherung betrieben. Von 1718 bis 1836 sind über fünfzig solcher Sozietäten entstanden. Das 1799 erlassene Sozietätenreglement hat in seinen wesentlichen Punkten bis ins 20. Jahrhundert hinein Geltung behalten 27).

Eines der ausführlichsten Gründungsgesetze besass die Brandversicherungsanstalt der Marktgrafschaft B a d e n - D u r l a c h, errichtet 1778. Die gesetzlichen Grundlagen dieser Anstalt dürften auch bei der Errichtung der ersten kantonalen Brandversicherungsanstalten in der Schweiz als Vorbild gedient haben, weshalb es sich wohl lohnt und rechtfertigt, hier etwas näher auf dieselben einzutreten.

Die Baden - Durlach'sche Anstalt besass von Anfang an den Versicherungszwang, doch waren gewisse Objekte wie Pulverhäuser und -mühlen, Schmelzwerke, Ziegelhütten und Hafnerwerkstätten wegen zu grosser Feuersgefahr von der Aufnahme ausgeschlossen. Vom Versicherungszwange waren ausgenommen die marktgräflichen Gebäude, die Gebäude von Klöstern und 'auswertigen Herrschaften'. Bei den Gebäuden der Bäcker, Feuerwerker, Bierbrauer, Färber, Schmiede, Schlosser, Gieser u. a. wurde der erhöhten Feuersgefahr wegen und als Ersatz für die noch mangelnde Prämienabstufung nach Risiko, auf die Einschätzungssumme ohne Rücksicht auf deren Höhe ein Zuschlag von 150 Gulden gemacht. Dies galt aber nur für die Erhebung der Beiträge; der Schaden wurde nach Massgabe der Schätzung ohne Zuschlag vergütet. Der Versicherungsbeitrag haftete als Realbeschwerde auf dem Gebäude. Die Entschädigung wurde im Brandfalle auf dem Umlageweg aufgebracht, doch durfte die Höchstbelastung im Jahre 1% der Versicherungssumme nicht übersteigen. Wenn die Schäden eines Jahres mit diesem Maximalbeitrag nicht gedeckt werden konnten, so musste der Rest im nächsten, eventuell übernächsten Jahre bezahlt werden. Die Schadensvergütung durfte nur zum Wieder-

27) Kamer, Sachversicherung, S. 3

aufbau verwendet werden. Die Kriegsbrandschäden waren in der Ersatzpflicht der Anstalt mit eingeschlossen 28)

Obwohl sich der grosse Kurfürst und Friedrich I von Preussen sehr für die Verbreitung der Feuersozietaeten einsetzten, mussten die ersten Institutionen dieser Art doch wieder aufgelöst werden, wegen des Widerspruchs der für den Versicherungsgedanken noch nicht genügend gereiften Bevölkerung. Erst allmählich gelang in Preussen im Laufe des 18. Jahrhunderts die Bildung kleinerer Sozietäten, zuerst 1718 in Berlin, später auch in anderen Städten und zuletzt und langsamer auf dem Lande.

Die staatliche Regelung der Gebäudebrandversicherung hatte nun endgültig Fuss gefasst und nachdem sich diese Bewegung vom Norden Deutschlands zu den südlichen Staatswesen ausgebreitet hatte, griff sie Ende des 18. Jahrhunderts und Anfang des 19. Jahrhunderts auch auf die S c h w e i z über.

Nachdem wir nun in chronologischer Reihenfolge die Entwicklung der Feuerversicherung von ihren allerersten Anfängen bis zum Eingreifen der Staatsgewalt in einem Querschnitt durch die verschiedenen Jahrhunderte, Völker und Länder verfolgt haben, bleibt uns noch übrig, kurz die Entwicklung der Gebäudebrandversicherung in den einzelnen Staaten selbst zur Darstellung zu bringen, wobei die in versicherungsgeschichtlicher Beziehung interessanten Nachbarn der Schweiz sowie weitere Staaten behandelt werden sollen.

2. DIE ENTWICKLUNG IN DEN EINZELNEN STAATEN

A. Deutschland

Die Entwicklung der Feuerversicherung in Deutschland ist im vorausgegangenen Kapitel über die allgemeine Feuerversicherungs-Geschichte mit so mannigfachen Beispielen

28) Hahn, Geschichte der grossherzoglich-badischen Gebäudebrandversicherungsanstalt, S.19

aus allen Epochen belegt und dargestellt worden, dass sich eine weitere Behandlung an dieser Stelle erübrigt.

B. Oesterreich

In der Doppelmonarchie Oesterreich - Ungarn nahm die Entwicklung einen ähnlichen Verlauf wie in Deutschland. Die Anfänge der Feuerversicherung sind (wie bei den schleswig-holsteinischen Brandgilden) in kleinen Ortsverbänden, in den sogenannten Bauern - Assekuranzen zu suchen, die am zahlreichsten in Oberoesterreich vertreten waren. Wo diese genossenschaftliche Hilfe nicht ausreichte und eine grundherrschaftliche Hilfe auch nicht eingriff, machte sich wie in Deutschland der Brandbettel breit. Die Versuche zur Gründung eigentlicher Versicherungsanstalten nach deutschem Muster begannen erst unter der Regierung der Kaiserin Maria-Theresia. Leider hatten diese Versuche einen auffälligen Hintergrund fiskalischer Natur, um nämlich die Bevölkerung dauernd steuerpflichtig zu erhalten. Die meisten Stände verhielten sich demgemäss den diesbezüglichen Bestrebungen der Regierung gegenüber ablehnend und misstrauisch. Bürger und Bauern, geistig und wirtschaftlich heruntergekommen und träge, befürchteten in der Gründung einer solchen Versicherungsanstalt allgemein nur die verkappte Einführung eines neuen *modus contribuendi*. Die Versicherungsexperimente der thesesianischen Zeit waren sämtlich von dem Gedanken beherrscht, dass es ausschliesslich Staatssache sei, die Feuerschäden zu decken, so dass der Zwangscharakter der Feuerversicherung selbstverständlich schien. So kam einzig in den oesterreichischen Vorlanden (bestehend aus dem Breisgau, Schwäbisch-Oesterreich und Vorarlberg) eine öffentliche Brandversicherungsanstalt zu Stande. Das bezügliche Gesetz vom Jahre 1764 lehnte sich in seinen Hauptbestimmungen fast wörtlich an diejenigen der Baden - Durlach'schen Anstalt an. Bemerkenswert ist dabei die Abweichung, dass die eingeschossigen Gebäude nur nach dem halben Einschätzungswert beitragspflichtig waren, während die Schadensvergütung nach der vollen Schätzungssumme zu erfolgen hatte 29).

29) Leimdorfer, Entwicklung und Organisation der Brandschadenversicherung in Oesterreich 1700-1848, S. 232 ff

In den übrigen Ländern der ehemaligen Oesterreichisch - Ungarischen Monarchie sind öffentliche Feuerversicherungsanstalten erst viel später entstanden, nämlich von 1819 ab 30) Die liberalen Ideen dieser Zeit konnten die thesianische Auffassung von der Notwendigkeit eines Versicherungsmonopols verdrängen. Der freie Wettbewerb siegte und die Resolution vom 4. September 1819 überlässt die Gestaltung des Versicherungswesens der freien Entschliessung der Privaten. Immerhin suchte doch der Staat die Versicherung zu fördern durch Verleihung von Privilegien, Unterstützung der Anstalten durch Behörden und dergleichen mehr. Heute teilen sich in Oesterreich Aktiengesellschaften, Gegenseitigkeitsvereine und Landesanstalten privaten Charakters, jedoch mit staatlicher Bevorzugung in das Geschäft der Brandversicherung.

C. Frankreich

Bei unserem westlichen Nachbarn finden wir zuerst ebenfalls private Unternehmungen und erst später folgen die öffentlichen Feuerversicherungsanstalten, die sich in Frankreich allerdings besser durchzusetzen vermochten. 1745 wurde in Paris eine Immobilienversicherungskasse ins Leben gerufen. Die erste öffentliche Assekuranzanstalt ist die Departementalkasse gegen Brandschäden des Marne-Departementes, gegründet 1774. Die öffentliche Feuerversicherung konnte in der Folge nur noch in drei weiteren Departementen Frankreichs Fuss fassen, nämlich 1779 im Ardennen-Departement, 1805 im Maas-Departement und 1819 im Somme-Departement. Die privaten Versicherungsgesellschaften sind entweder Aktiengesellschaften oder sogenannte Hilfskassen (Sociétés de secours mutuels). Die ersten Aktiengesellschaften, welche die Feuerversicherung betrieben, sind die Compagnies d'Assurances Générales und die Compagnie Française du Phénix, beide 1819 in Paris gegründet. Im Gegensatz zu der Entwicklung in Deutschland blieb das Brandversicherungswesen in Frankreich auch bis heute zum grössten Teil in den Händen privater Unternehmungen 31).

30) Manes, Versicherungslexikon, Artikel 'Entwicklung der Feuerversicherung in Oesterreich'.

31) Goetze, Französische öffentliche Feuerversicherungsan-

D. England

Nachdem auch hier die Gilden, die sich ursprünglich der Aufgabe der Feuerversicherung gewidmet hatten, zerfallen waren, grassierte der Brandbettel wie in Deutschland. 1680 erfolgte nach dem grossen Brand von London (1666) die Gründung der Aktiengesellschaft 'Fire Office' und 1696 diejenige der Gegenseitigkeitsgesellschaft 'Hand in Hand'. England war das erste Land, das - ebenfalls schon im 17. Jahrhundert - die Mobiliarversicherung einführte. Die öffentliche Versicherung vermochte in England nicht Fuss fassen; die Aktiengesellschaft bildet dort heute die Hauptform der privaten Feuerversicherung 32).

E. Niederlande

In Belgien und Holland wird die Feuerversicherung ausschliesslich von privaten Unternehmungen betrieben. Die älteste niederländische Gesellschaft besteht seit 1771 in Amsterdam.

F. Skandinavien

In den nordischen Ländern arbeiten seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts private und öffentliche Brandversicherungs - Unternehmungen, zum Teil in freiem Wettbewerb, nebeneinander. Im 18. Jahrhundert wurden folgende vier öffentliche Feuerversicherungsanstalten gegründet: 1731 Stadt Kopenhagen; 1761 Dänemark; 1767 Norwegen, 1789 Schweden 33).

G. Russland

Dort bestanden vor dem ersten Weltkrieg 144 private und öffentlich-rechtliche Feuerversicherungsanstalten. Unter dem Sowjetregime wurden sie samt und sonders aufgehoben. Heute ist das gesamte Versicherungswesen der Sowjetunion im

stalten, in 'Wirtschaft und Recht der Versicherung', Jahrg. 1915

32) Kamer, Sachversicherung, S. 2

33) Brämer H. u. K., Das Versicherungswesen, S. 248

In den übrigen europäischen Staaten kam es zur Errichtung öffentlicher Brandversicherungsanstalten bis zur Wende des 18. Jahrhunderts überhaupt nicht. Damit ist das Bild der Entwicklung der Feuerversicherung in Europa in seinen größten Umrissen gezeichnet. Aber es ist ja nicht die eigentliche Aufgabe dieser Arbeit, die europäische Feuerversicherungsgeschichte darzustellen, sondern der Zweck des Bisherigen war lediglich, die allgemeinen Tendenzen aus der Geschichte der einzelnen Staaten herauszuarbeiten und die markantesten Punkten hervorzuheben. Wir werden jetzt dann im Folgenden sehen, welche Einflüsse diese allgemeine Entwicklung von der privaten Unternehmung zur öffentlich-rechtlich organisierten Brandversicherung auf die Schweiz gehabt hat. Und damit kommen wir nun zum Hauptteil dieser Arbeit.

3. DIE ENTWICKLUNG IN DER SCHWEIZ

Auf dem Gebiete der Immobilienversicherung gegen Feuer-schaden bot die Schweiz von jeher ein buntes Bild von teilweise zwerghaften Einrichtungen, in enge Grenzen zusammengedrängt, entsprechend der bis ins kleinliche gehenden politischen Gliederung des Landes. Doch so verschieden die Bedingungen waren, unter denen die Entwicklung der Versicherung sich vollziehen musste, so hat doch im Kampf um die Freigebung einerseits und Verstaatlichung andernseits in der Gebäudebrandversicherung die letztere beinahe auf der ganzen Linie die Oberhand behalten. Nicht weniger als 18 Kantone und Halbkantone haben gegenwärtig die Gebäudebrandversicherung unter Ausschluss der Privatunternehmungen staatlich organisiert. Die staatliche, d. h. kantonale, öffentlich-rechtliche Anstalt kann daher als Typus der schweizerischen Einrichtungen auf diesem Versicherungsgebiet gelten. Demzufolge werden wir der Behandlung der öffentlich-rechtlichen Gebäude-Brandversicherung und den Fragen, die mit dem Verstaatlichungsproblem zusammenhängen,

34) Kamer, Sachversicherung, S. 3

mehr Aufmerksamkeit zu widmen haben, als den Privatunternehmungen. Vorher soll aber gesamtschweizerisch betrachtet werden, wie die Feuerversicherung in der Schweiz Fuss fassen konnte und von welchen ausländischen Einflüssen sie berührt wurde. Wie dann im Laufe der Arbeit gezeigt werden wird, zeichnete die historische Entwicklung in der Schweiz eine zweigliederige Organisation des Versicherungswesens vor, die ihm noch heute charakteristisch ist. Privatwirtschaftliche und öffentlich-rechtliche Versicherungsträger teilen sich in die verschiedenen Arbeitsbereiche, die zwar nicht eindeutig abgegrenzt sind, ja sogar oft ineinander übergreifen. Nach dem Ueberblick über die gesamtschweizerische Entwicklung werden wir dann also zwei Spuren zu folgen haben, wovon die eine uns die Entwicklungsgeschichte der öffentlich-rechtlichen Brandversicherungen zeigen wird und die andere die der privaten Feuerversicherungsunternehmungen.

A. Erste Periode: Vor 1800

Bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts kam in der Schweiz einzig die öffentliche Wohltätigkeit den Brandgeschädigten zur Hilfe, obwohl Brandkatastrophen, welche die durch mehrere Generationen gesammelten Ersparnisse zerstörten, in einem Lande, wo vielerorts Holzbauten sich vorfinden und wo Ansiedlungen in Dörfern und Weilern vorherrschen, keine Seltenheit waren. Von gewissen Ortschaften, besonders solchen in der Föhnzone, wird überliefert, dass sie mehrmals eingeäschert worden sind. So zum Beispiel Glarus in den Jahren 1299, 1337, 1477 und zuletzt 1861. Indessen berichten die Chroniken von Kollekten, die die Freigebigkeit dartun, welche damals unter der Bevölkerung geherrscht hat. Ein anderer Umstand, der die oekonomischen Folgen der Brandschäden etwas milderte, war der grosse und ausgedehnte Waldbesitz einiger Gemeinden, die das zum Wiederaufbau benötigte Holz unter Umständen gratis überliessen 35).

Aber während, wie vorgängig dargestellt wurde, in Deutsch-

35) Separatabdruck der 'Mitteilungen der Vereinigung kantonalschweizerischer Feuerversicherungsanstalten', Jahrg. 1926, S. 5

land schon im 15. Jahrhundert besonders: Brandkassen oder Feuergilden auf genossenschaftlicher Grundlage bestanden. Entbehrte unser Staatswesen dieser privaten Tätigkeit. Und auch der Staat als solcher wagte sich noch nicht weiter, als bei Feuersgefahr einzugreifen und diesbezüglich zahlreiche Vorschriften zu erlassen.

Eine versicherungsgeschichtlich äusserst interessante Bestimmung, die ungefähr aus der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts stammen dürfte, zeugt aber davon, dass sich das Staatswesen ausnahmsweise schon damals mit diesen Fragen beschäftigte. Eine der ältesten Satzungen des früheren luzernischen Stadtrechtes nimmt ausdrücklich Bezug auf den wirtschaftlichen und finanziellen Schutz des Gebäudeeigentümers bei Brandfällen. Das 'Aelteste Rathsbüchlein', eine aus dem 14. Jahrhundert stammende Sammlung amtlicher Ratsentscheide, führte nämlich in einer seiner Satzungen (Nr.204) folgendes aus:

'Die burger sint ouch über ein komen gemeinlich riche und arme, swer ein l i p g e d i n g e hat, das nu leider verbrunnen ist, so vil so des lipgedinges ist, dass er das zem drittenteile soll helfen wider buwen. wil er das nüt tuan, und wil von sim lipgedinge gan, so soll im der, des dü erbschaft ist, den dritten phenning geben, als das geschetzet wird, das er niessen soll ane geverde. Will er dera enweders tuan, so soll man schetzen, was dü hofstat nu jerlich gelten moechte, und so vil er denne jerlich an der hofstat niessen sol, so vil soll auch im der geben, des dü erbschaft ist, und nüt me, und soll er buwen, als im fueget.'

Dieser Bestimmung lag also offenbar der Gedanke zugrunde, an den Kosten für den Wiederaufbau eines Brandobjektes neben dem Gebäudeeigentümer auch den mitinteressierten Hypothekargläubiger, den 'Leibgedings', partizipieren zu lassen! 36).

36) Die 'Leibgedinge', auch 'Leibdinge', waren Haus- und Grunddienstbarkeiten, bestellt an Erbschaften zugunsten von Ehegatten, Geschwistern, etc.. Personalservitute zur Sicherung eines Niessbrauches. (Segesser, Rechtsgeschichte, Bd.II., Seiten 487/488).

Die Baukosten sollten in diesem Fall bis zum dritten Teil der Leibgedingsansprachen dem Inhaber der letzteren zu Last fallen. Wollte der Hypothekargläubiger das nicht tun und baute der Eigentümer sein Haus selbst auf, so ging der erstere sogar bis zur Hälfte seines auf dem abgebrannten Hause liegenden Kapitals verlustig. Wollte indes auch der geschädigte Eigentümer nicht zum Wiederaufbau schreiten, so trat in dessen Rechte der Inhaber der letzten Hypothek ('des dü erbschaft ist'), falls nicht Eigentümer und Hypothekaran- sprecher zusammen überhaupt es vorzogen, das Grundstück zu verkaufen und sich aus dessen Erlös zu befriedigen.

Der wirtschaftspolitische Erfolg dieser Regelung war ohne Zweifel der, die finanzielle Stellung des geschädigten Gebäudeeigentümers im Brandfalle wesentlich zu verbessern und dessen Ersatzleistung zum Wiederaufbau seines Hauses zu teilen und abzuschwächen. Insofern genügte diese Bestimmung bereits dem Hauptzweck unserer heutigen Gebäudeversicherung, die ja in erster Linie Schutz des Gebäudeeigentümers bezweckt. Dieser Erfolg wurde allerdings damals nur zum Teil erreicht und dies nur auf Kosten eines zweiten Zweckes der Brandversicherung, des Hypothekarschutzes. Dennoch lag der Vorzug dieser Regelung auch für den Hypothekargläubiger darin, dass er nunmehr, an Stelle weiterer Kapitalzugaten zur Erhaltung seiner Ansprüche, die Arbeitsleistung anbieten konnte. Es bestand somit für ihn eine Tauschmöglichkeit im Produktionsfaktor zugunsten desjenigen, der für ihn leichter beschaffbar war.

Die vorgenannte Bestimmung, die ehemals nur für die eigentlichen Leibgedinge Anwendung fand, wurde in der Folge der stadtrechtlichen Revisionen (1588, 1640, 1705, 1765) auch auf Gülten und die eigentlichen Hypothekarinstrumente ausgedehnt. Sie blieb aber auf jeden Fall auf den blossen Bürgerbann der Stadt Luzern anwendbar, auch da, wo das Luzerner Stadtrecht, wie zum Teil auf der Landschaft, sekundäre Geltung fand. In dieser Beschränkung hielt sie sich jedoch durch volle fünf Jahrhunderte hindurch aufrecht, bis zur Gründung der heutigen Kantonalanstalt, wo sie, weil mit einigen Satzungen derselben zusammenfallend, ausdrücklich

ausser Kraft gesetzt werden musste. Ein Beweis dafür, welcher richtiger wirtschafts- und sozialpolitischer Gedanke derselben innewohnte. Der Ausbau dieses Gedankens zu einer eigentlichen Versicherung, wie er heute ist, ist einleitend definierten, auch für den Stadtbereich von Luzern ist aber trotz der fast Jahrzehnt für Jahrzehnt hereinbrechenden Grossbrände nie versucht worden. Denn die besprochene Baukostenvergütung kann auf keinen Fall als Versicherung in unserem Sinne gelten, da eine eigentliche Kasse oder eine Organisation dafür nachweisbar nie bestanden. Es bleibt also Tatsache, dass der Staat selbst im Gebiet der Eidgenossenschaft nicht aktiv eingriff, um den Brandgeschädigten durch Versicherung zu helfen, sondern nur die Feuersgefahr bekämpfte und diesbezügliche Vorschriften erliess 37).

So datieren beispielsweise die ältesten Feuerordnungen die sich im zürcherischen Staatsarchiv vorfinden, aus dem Jahre 1535. Die Sturm- und Feuerordnung der Saffranzunft aus dem Jahre 1541 hat folgenden Wortlaut:

‘Unser herren Burgermeister und Gross Rat so man nennt die zweihundert der Stadt Zürich, habent angesägen allenthalben zu der Constafel und den Zünften zu verkünden zu allen halbe Jahren, so man meistert, wo zun der Stadt, es werde Tags oder Nachts, so sich ein Sturm und glöuf erhöbe darob uns wolle Gott behüten dass alsdann jedermann mit Harnasch und Owehr uff sei und männiglich an die art und end, dahin ein jeder verordnet und bescheiden wird, laufft und daselbst helfen soll.’

Ein anderes Verbot vom Februar 1708 lautet:

‘Das Vögelschiessen an gefährlichen Orten ist zu unterlassen, ebenso das unnütze Tabackrauchen und andere feuergefährliche Sachen.’ 38)

Neben diesen Verordnungen und Verboten verausgabte die Be-

37) Helfenstein, Die Gebäudebrandversicherung des Kts Luzern, S. 12/13

38) Schibler, Die Brandversicherungsanstalt des Kts. Zürich, S. 1/2

hörde oftmals auch Brandbriefe um damit die Abgebrannten zum Brandbettel zu legitimieren. Bei den häufigen Brandunglücken wurde der Wohltätigkeitssinn stark beansprucht und es ist begreiflich, dass die Liebesgaben manchmal spärlich flossen. Weder durch Natural- noch Geldgaben fanden die Brandgeschädigten vollen Ersatz des wirklich verloren gegangenen Wertes. Die Wohltätigkeit allein ist eben nicht ausreichend, um die schlimmen Folgen der Brandschäden wirksam zu mildern.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts nimmt das Interesse an national-oekonomischen Problemen zu und der Versicherungsgedanke, welcher wie wir gesehen haben, im Ausland bereits namhafte Resultate erzielt hatte, beginnt gegen Ende des 18. Jahrhunderts auch in der Schweiz Fuss zu fassen. Die erste Anregung zur Errichtung einer öffentlichen Feuerversicherung wurde durch einen Vortrag von Johann, Rudolf Hofmeister in Zürich an einer Tagung der Saffran-Zunft im Jahre 1765 gemacht (39). Auf Ersuchen seiner Zunftgenossen arbeitete in der Folge Hofmeister ein Memorial zur Gründung einer städtischen Feuerassekuranz aus, das er den Räten unterbreitete mit der Bitte um Errichtung einer freiwilligen Hausprotokollierung und Gründung einer freiwilligen Feuerassekuranz.

In seinem Memorial, das Hofmeister am 17. Januar 1765 dem Amtsbürgermeister Leu vorlegte, machte er folgende Vorschläge: Die Obrigkeit erlässt die Feuerassekuranz betreffende Gesetze. Jeder Teilhaber leistet einen Beitrag an eine Kasse und daraus wird der Brandschaden vergütet. Er kann sein Haus selbst einschätzen, aber etwas unter dem wirklichen Verkaufswert. Anfangs wäre der jährliche Beitrag 1 Promille, würde dann vermindert und hörte schliesslich vielleicht ganz auf. Der Eintritt in die Brandkasse sollte freiwillig sein. Diese soll ihre Tätigkeit beginnen, wenn hundert Bürger beigetreten sind; bei jedem Brandfall würde nach der Ursache geforscht, der Brandschaden durch bausachver-

39) Loosli, Zur Geschichte des Immobiliarkreditwesens der Stadt und des Kantons Zürich, S. 37

ständige herren abgeschätzt und sofort ausbezahlt werden 40)

Der ganze Vorschlag beruhte auf folgender Beobachtung Hofmeisters Es wurde der Feuerschaden für die ganze Stadt Zürich in der Zeit vom Jahre 1701 bis zum Jahre 1764 auf 60'000 Gulden veranschlagt. Wäre 1701 auf gleicher Grundlage in Zürich eine solche Kasse gegründet worden, so hätten die Prämien, verzinnt zu 3% bis 1764 314'955 Gulden (rund Fr. 735'000) ergeben. Den Feuerschaden abgerechnet, müsste also ein Fonds von wenigstens 250'000 Gulden vorhanden sein. 'Welchen Dank würden wir also unseren seligen Vätern nicht wissen, wenn sie zu ihrem und unserem Besten ein so heilsames und nützliches Werk eingeführt hätten! Also lasst uns nicht schläfrig sein! Lasst uns vielmehr zu unserem und unserer Nachkommen Besten, Trost und Sicherheit ein solch nützliches Werk mit Freuden unternehmen und fortsetzen!' 41).

Als das Projekt Hofmeisters 1765 vor die Räte kam, wurde ihm entgegengehalten, dass die Einführung einer Feuerassekuranz nur eine neue Abgabenlast bedeute, Brandgeschädigte seien auch sonst noch immer irgendwie getröstet worden. Ausserdem reize eine Brandkasse zur Brandstiftung auf, in der Hoffnung nachher schönere Häuser bauen zu können. Sie untergrabe auch die Wohltätigkeitsbestrebungen der Bürger und zudem sei Zürich zu klein und zu schwach für eine solche Unternehmung. Obwohl Hofmeister alle Einwendungen sachlich und gründlich zu widerlegen wusste, wurde sein Vorschlag von den Räten ad acta gelegt 42).

Hofmeisters Idee wurde aber vom Schriftsteller, National-ökonom und ehemaligen Pfarrer J. H. W a s e r in Zürich wieder aufgegriffen, der seine Vorschläge in einem im Jahre 1778 erschienenen Buche niederlegte und durch seine Schrift anregend und in einem für die Förderung und Gründung einer städtischen Feuerkasse günstigen Sinne wirkte

40) Schibler, Die Brandversicherungsanstalt des Kts. Zürich S. 4

41) Schibler. Die Brandversicherungsanstalt des Kts. Zurich S. 5

42) Eggenberger, Die Geschichte der Brandversicherungsanstalt des Kts. St. Gallen, S. 6

In diesem Buche 'Betrachtungen über die zürcherischen Wohnhäuser, vornehmlich in Absicht auf die Brandkassen und Bürgerprotokolle, samt einigen anderen dahin einschlagenden oekonomisch-politischen Bemerkungen' schreibt Waser unter anderem: 'Eine Feuer- oder Brandkasse ist ein öffentliches, unter landesherrlichem Schutz niedergelegtes Kapital, das aus den Beiträgen der Eigentümer der Gebäude erwachsen und bestimmt ist, den von Zeit zu Zeit durch Feuer an den versicherten Gebäuden verursachten Schaden zu vergüten' 43). Auf diese Nützlichkeit der Feuerkassen für Staat und Bürger hinweisend fährt Waser fort: 'Bei uns zwar, da man sich aus einer ausserordentlichen Barmherzigkeit ein Verdienst macht, oder wohl gar durch Almosen Gott seine Sündenschulden abzahlen will, hat es bei denjenigen Unglücksfällen bis dahin niemals an mildreicher Unterstützung gefehlt und die öffentlichen Kirchensteuern haben dasjenige geleistet was eine Brandkasse hätte tun sollen. Meines Bedünkens aber ist es weder dem Wohlstand noch der Gerechtigkeit gemäss, wenn man das, was eine gute Polizeianstalt tun sollte, verabsäumen und dann die nötige Schadloshaltung von der christlichen Barmherzigkeit abwarten oder vielmehr oft mit ziemlichem Ungestüm erbetteln will' 44).

Eine Brandkasse hält Waser auch für das beste Mittel, den Kredit zu heben. Er führt darüber aus: 'Ein Haus ist eine Handvoll Asche, darauf wagen sorgfältige Kapitalisten keine Darlehnung. Ein assekuriertes Haus aber ist so viel wie bares Geld und jeder Bürger, der auf sein Haus Geld zu entlehnen nötig hat, wird um den geringen Zins von $3\frac{1}{2}\%$ leicht so viel Geld zu borgen finden, als er nach einer billigen Schätzung seines Wertes assekuriert ist' 45).

Waser kombinierte Assekuranzschein und Schuldschein miteinander, vom Gedanken ausgehend, dass durch Eintragung grundpfandlicher Forderungen in den Versicherungsschein diese Forderungen geschützt und der Zinsfuss für Anleihen auf solche Hypotheken reduziert werde. 'Jeder Bürger, der

43) Waser, 'a. a. O.', S. 3

44) Waser, 'a. a. O.', S. 4

45) Waser, 'a. a. O.', S. 5

an der Feuerkasse teilnimmt bekäme für einen billigen Pfennig einen mit äusserster unnachahmlicher Sorgfalt verfertigten Schein, dass er sein Haus und Gebäude so und so habe assekurieren lassen. Das wäre, wie man zu reden pflegt *carte blanche* und so gut als ein silbernes Unterpfand weil kein Haus teurer in die Brandkasse angenommen wird als es wirklich wert ist. Nun bedürfte es nichts weiteres als eines Gesetzes, welches unserem Stadtrechte einverleibt werden müsste. Jede Anforderung auf ein Wohnhaus oder Gebäude in Zürich, welche nicht in chronologischer Ordnung unter gehöriger Nummer in dem Assekuranzschein eingetragen ist soll eine laufende, unversicherte Schuld heissen und sein. So würde jedem Kreditor daran gelegen sein seine Anforderung in gebührender Ordnung in den Assekuranzschein einzutragen, folglich würde der auf jedem Haus haftende Schuldschein denjenigen, die es zu wissen nötig haben, bekannt werden, allen andern aber selbst auch dem ersten Kreditoren und dem Brandassekuranzverwalter, wenigstens bis zu einem sich unglücklich ergebenden Fall vollkommen unbekannt bleiben 46).

Wasers Gedanken und deren Darstellung sind überzeugend und sachlich aber seine Berechnungen über die Solidität und Fortdauer der Brandkasse scheinen doch reichlich optimistisch zu sein. Er machte darüber nämlich folgende Angaben: 1189 Häuser zu 6 162 350 Gulden gewertet, ergeben zu $\frac{1}{2}$ Promille einen Einstand von 3081 Gulden. Dazu käme ein jährlicher Zuschuss von $\frac{1}{4}$ Promille der 1540 Gulden brächte. Abgerechnet die Besoldung des Verwalters bliebe ein jährlicher Zuschuss von 1000 Gulden. In Annahme, es verbrenne alle zehn Jahre ein Haus das vergütet würde mit dem Durchschnittswert von 5000 Gulden und das Geld zu 3% an Zins gelegt, so ergäbe sich ein Kassabestand von 4881 Gulden. Nach 15 Jahren betrüge er schon, nach Vergütung des zweiten Brandschadens 13 023 Gulden und nach 25 Jahren 23 965 Gulden. Dies wäre schon ein recht ansehnlicher Fonds 47).

46) Waser, a. a. O., Seiten 12/13

47) Zitiert nach Schibler, Die Brandversicherungsanstalt des Kts. Zürich, S. 9

Obwohl es Waser, der wegen Hochverrats am 27. Mai 1780 hingerichtet wurde, selbst nicht mehr vergönnt war, die Frucht seiner Bemühungen zu erleben, so gebührt ihm doch die Anerkennung, dass er durch seine Schrift anregend und auf die angebahnten Bestrebungen fördernd gewirkt hatte. Der Initiative von Hofmeister und Waser ist es zu verdanken, dass die Stadt Zürich als erste die Errichtung einer privaten Feuerversicherungsanstalt am 6. März 1782 beschloss. Diese war eine sog. städtische Feuerkasse in Form einer freien, privaten Vereinigung unter dem Patronat der Obrigkeit. Der Kasse traten in der Folge fast alle Hausbesitzer der Stadt Zürich bei. Obwohl dann im Jahre 1808 eine kantonale öffentliche Brandversicherung als Monopolanstalt für den Kanton Zürich errichtet wurde, bestand diese erste städtische Feuerkasse doch noch bis zum Jahre 1845 weiter. Selbständige Versicherungen durfte sie allerdings nach der Gründung der kantonalen Anstalt keine mehr abschliessen, sondern sie diente nur noch dem Verkehr zwischen ihren Mitgliedern und der kantonalen Brandversicherung, indem sie die Beiträge an diese für ihre Mitglieder ablieferte und im übrigen den bestehenden Fonds verwaltete, der im Jahre 1845 liquidiert und unter die noch vorhandenen Mitglieder verteilt wurde 48).

Nachdem und anhand von geschichtlichen Daten die Vorgeschichte der öffentlich-rechtlichen Brandversicherung eines ostschweizerischen Kantons dargestellt wurde, soll mittelst ähnlichem Unterlagenmaterial noch die allgemeine Entwicklung in einem zentralschweizerischen Kanton (Bern) und einem westschweizerischen Kanton (Neuenburg) gezeigt werden, um ein möglichst vollständiges Bild dieser ersten Epoche vor 1800 zu erhalten.

Im Stände B e r n bestand vor 1806 keine gesetzlich selbständige Organisation zum Ersatz des durch Brand entstandenen Schadens. Die Regierung richtete zwar an die vom Brandunglück Heimgesuchten bescheidene direkte Unterstützungen aus, welche 3 Kronen und 6 Mäss Getreide bei geringer Beschädigung von Mobiliar, Produkten usw., oder bei Hausbrand das Doppelte betrug. Bei grossen Brandkatastrophen wurde

48) Schibler, Die Brandversicherung des Kts Zürich, S. 16

die Erhebung einer speziellen Kirchensteuer in den Bezirken, Landesteilen oder dem ganzen Kanton verordnet. Allein auch eine solche allgemeine Steuer vermochte meistens nur einen kleinen Bruchteil und nur ausnahmsweise mehr als etwa ein Viertel des Totalschadens zu decken. Angesichts dieser Umstände wandte endlich der Kleine Rat (d.h. die Regierung) der Brandversicherung von Gebäuden seine Aufmerksamkeit zu 49).

Auf Antrag des Oberstlieutenants Gabriel Mutach, die Möglichkeit der Errichtung einer Brandkasse zu untersuchen, beauftragte der Kleine Rat am 10. Januar 1788 die bernische oekonomische Gesellschaft, welche 1759 gegründet worden war, eine Preisaufgabe auszuschreiben unter gleichzeitiger zur Verfügungstellung eines Preises von 100 Talern. Die Preisfrage lautete: 'Ist eine Feuerassekuranz im Kanton Bern ratsam und aus welchen Gründen? Und welches wäre dann nach der Beschaffenheit und den Umständen des Kantons die beste und zweckmässigste Einrichtung einer solchen Anstalt?' 50).

Unter den eingegangenen 17 Lösungen verdienen es besonders zwei, hervorgehoben zu werden. Die Abhandlung des J.A. Brückner, Hofmeister bei dem Herrn St. George - Marsais zu Chardonnay, welche mit grossem Geschick den Standpunkt einer auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit beruhenden staatlichen Anstalt vertrat und den ausgesetzten Preis errang. Die andere Arbeit stammte vom späteren Kanzler der Akademie, F.A. Mutach. Sie stellte sich auf den Boden der von Wasser verfochtenen Idee einer fakultativen Versicherung mit Einkauf 51).

Nebst dieser letzteren Preisschrift waren unter den 17 eingegangenen Lösungen nur noch drei, welche Berner zu Verfassern hatten. Diese drei wollten ihre Stellungnahme gegen die Gründung einer Brandversicherungsanstalt als patrioti-

49) Festschrift der Brandversicherungsanstalt des Kts. Bern 1807 - 1906, S. 6

50) Festschrift der Brandversicherungsanstalt des Kts. Bern 1807 - 1906, S. 7

51) Beide Arbeiten abgedruckt in 'Neueste Sammlung von Abhandlungen und Beobachtungen', Band I, herausgegeben von der oekonomischen Gesellschaft in Bern.

sche Tat aufgefasst wissen, indem sie der Regierung indirekt vorwarfen, dass sie sich vom Ausland her, wo die Bedürfnisse des Kantons nicht bekannt seien, Belege zu der von ihr vertretenen Ansicht verschaffen wolle 52)

Die eingelangten Arbeiten sollten der Landesoeconomiekommission 'zur beliebigen Erdauerung und Benützung' zugestellt werden, aber ob dies getan wurde und wie die Arbeiten verwendet wurden, darüber schweigt die Geschichte, denn die für Bern schweren, verhängnisvollen Zeiten, welche 1798 den Uebergang an die Franzosen zur Folge hatten, liessen jene Aufgabe der Vergessenheit anheimfallen. Die französische Revolution und ein Machtspruch des grossen Eroberers liessen die kantonale Herrlichkeit von der Bildfläche verschwinden und schufen den Einheitsstaat (1798). Die bewegte Zeit der 'Einen und unteilbaren helvetischen Republik' war zur Lösung volkswirtschaftlicher Fragen auch nicht sehr geeignet. Mit Datum vom 29. August 1798 erschien zwar ein Dekret der gesetzgebenden Räte der Helvetik, welches das Direktorium einlud, dafür besorgt zu sein, dass der Minister des Innern dem Grossen Rat den Vorschlag zur Errichtung einer allgemeinen Brandkasse für ganz Helvetien einreiche. Vermutlich angeregt durch diesen amtlichen Vorstoss trat ungefähr ein Jahr später der Bürger J. G. Dorner, Lehrer der Mathematik an der Literarschule in Bern, mit einem 'Entwurf einer zu errichtenden Brandassekuranz in Helvetien' an die Oeffentlichkeit, mit einer Nachschrift eines gewissen Dr. Robert Höpfner versehen 53). Beide Autoren hatten sich die Idee Brückners zu eigen gemacht. Das Direktorium zog es aber vor, ruhigere Zeiten abzuwarten und verhielt sich vorläufig diesen neuen Anregungen gegenüber ablehnend. Erst nachdem die Mediation die Souveränität der Kantone wieder hergestellt hatte und die durch die politischen Wirren hervorgerufene Aufregung ruhigerem Denken und Handeln gewichen war, führte das Bedürfnis einer Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zur Wiederaufnahme der alten Brandver-

52) Festschrift der Brandversicherungsanstalt des Kts. Bern, S. 7.

53) Beide Arbeiten erschienen in 'Helvetische Monatsschrift', Heft II., 1799, S. 13-25 und 26-53, herausgegeben von Dr. A. Höpfner.

sicherungsprojekte im Kanton Bern 54)).

Auch die Vorgeschichte der Feuerversicherung im Staate N e u e n b u r g entbehrt nicht an Daten von besonderem historischen Interesse. Am 5. Mai 1794 wurde La Chaux-de-Fonds von einer grossen Brandkatastrophe heimgesucht, wobei 52 Wohnhäuser, zwei Kirchen und ein Pfarrhaus ein Raub der Flammen wurden. Der geschätzte Schaden soll 1 389 333 Livres betragen haben. Rund 100'000 Livres konnten durch private kollekten innerhalb des Fürstentums und der Eidgenossenschaft aufgebracht werden. Neuenburg, das bekanntlich zu jener Zeit noch preussisches Besitztum war, wandte sich nun an den damaligen König Friedrich Wilhelm II. mit der Bitte um eine angemessene Spende zur Unterstützung der Brandgeschädigten. Der Erfolg blieb nicht aus, König Friedrich Wilhelm von Preussen sandte 24'000 Livres. Aber kaum hatten sich die Gemüter von der schrecklichen Katastrophe erholt, erfolgte eine neue Heimsuchung. Am 15. April 1796 brannten 22 Häuser des Dorfes St. Martin vollständig nieder. Der Schaden von 131'350 Livres musste wegen Fehlens jeglicher versicherungsähnlicher Institution wiederum durch Sammlungen und Betteleien zu decken versucht werden. Eine erneute Kirchenkollekte ergab nur noch 16'080 Livres und so beschloss man sich ein zweites Mal an den Preussenkönig in Berlin zu wenden, dem man zu verstehen gab, dass eine Unterstützung, wenn sie im Verhältnis zu der früheren ausfallen sollte, mindestens 4000 Livres betragen müsse 55). Die Antwort des Monarchen ist sicherlich interessant genug, dass es sich lohnt, sie in extenso wiederzugeben:

Du 3 août 1796

Lu en Conseil le 1-er septembre

F R E D E R I C - G U I L L A U M E

par la grâce de Dieu, Roi de Prusse, etc., etc.

'Amés et Féaux! C'est avec peine que j'ai appris par votre

54) Festschrift der Brandversicherungsanstalt des Kts. Bern, S. 7/8

55) La Chambre d'Assurance de la République et Canton de Neuchâtel, 1810 - 1910, S. 9/10

raport du 14 m.p. la nouvelle de l'incendie arrivé le 15 avril dernier à St. Martin, village du Val-de-Ruz rière la juridiction de Valangin. Quant aux moyens de réparer ce désastre, je dois toutefois vous faire observer que les secours accordés dans un cas pareil aux habitants de La Chaux-de-fonds, ne sauroient servir de norme pour déterminer ceux qui doivent être assignés à l'occasion d'autres incendies, attendu que sans considérer, que de semblables secours dépendent uniquement et dans chaque cas particulier de ma munificence Royale il est encore à remarquer qu'il faut surtout avoir égard aux circonstances particulières qui accompagnent chaque incendie. Parmi les vingt-deux incendiés à St. Martin il y aura probablement plusieurs intéressés dans une situation assez aisée pour pouvoir reconstruire leurs maisons sans aucun secours étranger et de leurs propres deniers, supposition qui acquiert un haut degré de vraisemblance par la considération qui d'après votre exposé la plupart sont voués à l'agriculture. Hors de là, il s'en trouvera quelques-uns, qui à l'instar des habitants de La Chaux-de-fonds, renonceront de leur propre mouvement à prendre part à la collecte qui a eu lieu, ainsi qu'aux secours qui pourroient être accordés de ma part. Avant de vous faire connoître mes intentions à cet égard, j'attends en conséquence votre rapport ultérieur sur le nombre des incendiés, qui peuvent être rangés dans l'une ou l'autre des deux classes susdites et considérant que de cette manière il ne pourra dorénavant être question que des propriétaires, hors d'état de rebâtir leurs habitations de leurs propres deniers, il est à supposer que la somme à accorder à ceux-ci n'aura pas besoin d'être portée à celle des 4000 Livres par vous proposée.

'Du reste je vous charge de prendre en considération s'il ne seroit pas convenable d'établir dans ma principauté de Neuchâtel une Société pour les incendies en laissant cependant à chaque habitant la liberté d'y entrer ou non. L'utilité d'un pareil établissement reconnue presque dans tout les pays de l'Europe, me donne lieu d'espérer, que chez vous, vous trouverez aussi une assez grand nombre

d'intéressés, pour établir une société dont le but est si bienfaisant. Sur ce je prie Dieu qu'il vous ait dans sa sainte et digne garde.

Fait à Berlin, le 3 août 1796.

Par ordre exprès du Roi:

Blumenthal, Bn. de Heinitz, de Verder 56).

Dies ist das früheste Dokument, das über eine Gebäudeversicherungsanstalt in westschweizerischen Canton Neuenburg etwas aussagt. Die neuenburgische Regierung befasste sich eingehend mit dieser Frage und in der Folge entstand ein reger diesbezüglicher Notenaustausch mit dem König. So erkundigte sich Friedrich-Wilhelm am 23. November 1796, nachdem er die 4000 Livres Unterstützung bewilligt hatte, weshalb die Regierung Stillschweigen zu der von ihm aufgeworfenen Frage bewahre. Die Neuenburger antworteten am 2. Dezember 1796:

'Si nous avons jusque ici gardé le silence relativement au projet de l'établissement d'une société d'assurance pour les incendies, duquel Votre Majesté nous a ardonné de nous occuper, ce n'est pas, Sire, que nous ayons négligé cet objet, mais nous avons cru ne pouvoir mieux répondre aux vues de Votre Majesté qu'en chargeant la Société d'émulation patriotique établie dans ce pays sous Vos auspices de nous présenter ses idées à cette égard et dès que cette Société se sera exécutée, ce qui ne peut être éloigné, nous ne manquerons pas d'adresser à ce sujet notre très humble raport à Votre Majesté

Postwendend antwortete der König, dass er dieses Vorgehen billige, und zur Auffassung gekommen sei, dass die Einführung einer Gebäudebrandversicherung nicht länger aufgeschoben werden sollte. Unter anderem schrieb er

'... persuadé que vous ne prendrez pas de vue un objet d'une importance aussi majeure pour le pays, j'attends votre rapport ultérieur, et me borne à vous avertir qu'au cas de

56) La Chambre d'Assurance de la République et Canton de Neuchâtel. 1810 - 1910, S.10/11

l'établissement effectif d'une pareille Société, je me propose d'y faire inscrire mes propres bâtiments de là-bas, d'après leur taxe et de fournir ma part aux dommages causés par des futures incendies' (57).

Am 16. November 1797 starb Friedrich-Wilhelm von Preussen. Aber auch dessen Nachfolger, Friedrich-Wilhelm III erinnerte die Neuenburger immer wieder an das Projekt einer Feuerversicherung, zu dem sein Vater den Anstoss gegeben hatte. Am 10. Mai 1798 baten die Neuenburger ihren König um einen Zuschuss von 500 Livres zwecks Unterstützung von Brandgeschädigten des Dorfes Brot. In seiner Antwort erinnerte der Monarch an die 'rescrits des 3 aout et 23 novembre 1796, relatifs au projet de l'établissement d'une société pour les incendiés'. Die Neuenburger antworteten darauf 'que la Société d'émulation patriotique s'occupe du projet de la dite Chambre d'assurance, et ne tardera pas à faire rapport du résultat de son travail' (58).

Doch gingen diese Studien nur sehr langsam vor sich und so kam es, dass Neuenburg an Frankreich überging (59), ohne dass König Friedrich-Wilhelm III von Preussen das Versicherungswerk unter seinen Auspizien erstehen sah. Die Unterhandlungen mussten dann mit dem französischen Marschall Alexandre Berthier, welcher das Fürstentum Neuenburg von Napoleon I. am 30. März 1806 zum Geschenk erhalten hatte, bzw. mit dem von Berthier eingesetzten Statthalter Lespérut wieder aufgenommen werden.

Mit diesem letztgenannten Datum sind wir aber bereits in die Epoche der Restauration und Mediation vorgedrungen, die Gegenstand unserer Betrachtungen im nächsten Abschnitt sein wird. Rückblickend auf die soeben behandelte erste Periode vor 1800 und der Helvetischen Republik kann gesagt

57) La Chambre d'Assurance de la République et Canton de Neuchâtel, 1810 - 1910, S. 12

58) La Chambre d'Assurance de la République et Canton de Neuchâtel, 1810 - 1910, S. 13

59) Durch den Vertrag von Schönbrunn, vom 15. Dezember 1805 und den Vertrag von Paris, vom 15. Februar 1806

werden, dass zahlreiche Studien und Anregungen in der Ost-, Zentral- und Westschweiz auf den allgemeinen Wunsch hinweisen, aus der Aera der Unterstützungen herauszukommen und in die der Vorsorge hinüberzustreben

B. Zweite Periode: Von 1803 - 1821

Mit der politischen Restauration von 1803 erwachte das wirtschaftliche Leben wiederum. Die Kantone begannen auf sich selbst Bedacht zu nehmen und schufen eine Reihe gemeinnütziger Institutionen, unter denen auch die öffentlich-rechtlich organisierten Brandversicherungsanstalten figurierten. Die Mehrzahl der bestehenden kantonalen Feuerversicherungsanstalten ist während der Mediationsperiode des letzten Jahrhunderts entstanden, in jener jugendfrischen Epoche, in welcher die verjüngt und reformiert wiedererstehenden Kantone unter dem Schutze der Neutralität und durch Wettstreit im gemeinnützigen Wirken die Probe ihrer Lebensfähigkeit und Existenzberechtigung von neuem ablegten. Die Gebäudebrandversicherung war eine der ersten Schöpfungen dieses gemeinnützigen Strebens. Sie geschah nicht bloss in der Absicht, das Vermögen der Bürger soviel als möglich zu erhalten und sie vor Verarmung zu bewahren, sondern auch, weil durch eine solche Versicherung die Häuser und Gebäude zu einer Realhypothek erhoben wurden und dadurch der öffentliche Kredit befestigt und der Reichtum jedes einzelnen Bürgers und folglich auch des ganzen Kantons vergrössert wurden.

Von den in der Mediationsperiode errichteten staatlichen Gebäudebrandversicherungsanstalten ist als älteste und erste diejenige des Kantons Aargau zu erwähnen. Deren Gründung ist auf folgende Umstände zurückzuführen

Das Fricktal stand bis zum Jahre 1801 als Bestandteil des Breisgau's unter oesterreichischer Herrschaft, obwohl es schon durch den Friedensvertrag von Campo Formio vom 18. Oktober 1797 an Frankreich gefallen war, das aber von seinem Gebietszuwachs noch nicht Besitz ergriffen hatte. Durch den Frieden von Lunéville vom 9. Februar 1801 sollte das Fricktal von Frankreich der Einen und unteilbaren Helvetischen

Republik' zu fallen. Eine förmliche Abtretung erfolgte aber nie. Durch das Mediationswerk Napoleons wurde dann das Fricktal im Jahre 1803 dem Kanton Aargau einverleibt. Die Trennung von seinem bisherigen Landesverband zog aber für Fricktal auch die Loslösung von der seit dem Jahre 1764 bestehenden Brandversicherungsanstalt des Breisgaues nach sich. Denn wie wir früheren Ortes darlegten, hatten sich in Oesterreich, ähnlich wie im Deutschen Reich, namentlich im 18. Jahrhundert die sogenannten Sozietäten, Anstalten für grössere Territorien, ganze Landesteile, Provinzen oder grosse Städte gebildet, da sich die früher bestehenden kleinen Lokalorganisationen ihrer Aufgabe nicht gewachsen zeigten. Eine derartige öffentliche Brandversicherungsanstalt besass auch das oesterreichische Breisgau, zu dem das Fricktal vor seiner Einverleibung in den Kanton Aargau gehörte. Einen Ersatz dafür fand das Fricktal beim Kanton Aargau leider nicht, und der Verlust machte sich im Fricktal in recht unliebsamer Weise bemerkbar. Hypothekargläubiger, welche unter den früheren oesterreichischen Verhältnissen Geld auf Gebäude geliehen hatten, wurden um ihre Guthaben besorgt, so dass manche zur Kündigung derselben schritten und damit Fallimente verursachten. Die Fricktaler wandten sich daher an die aargauische Regierung mit einer dringenden Eingabe um Erhaltung oder richtiger Wiederherstellung ihrer Brandversicherungskasse. Mit Begleitschreiben vom 15. November 1803 hatten 'Präsident und Verordnete des Breisgau-landständischen Konsesses dem hochlöblichen Kleinen Kantonsrat einen das Fricktal betreffenden Auszug aus dem Feuersozietäts-Kataster des Breisgaus übermittelt, so dass der Gründung einer eigenen Versicherungsanstalt in einem wichtigen Punkt schon vorgearbeitet war. Schon am 14. Mai 1804 erliess der Grosse Rat ein Gesetz, welches den Fortbestand der fricktalischen Brandversicherungsanstalt dekretierte 60). Bei der Behandlung des erwähnten Gesetzes wurde aber im Grossen Rat allgemein dem Wunsche Ausdruck gegeben, es möchte ohne Zögern die Wohltat einer Brandversicherungsanstalt für Gebäude dem ganzen Kantonsgebiet zuteil werden.

60) Festschrift: Die Aargauische Brandversicherungs-Anstalt, 1806 - 1906, S. 4

Der Kleine Rat machte sich denn auch sofort an die Arbeit und schon am 17. April 1805 legte der damalige Vorsteher des Polizeidepartementes, Herr Regierungsrat Fetzter, einen 'Gesetzesvorschlag zur Errichtung einer allgemeinen Feuer-Assekuranz-Gesellschaft für den Kanton Aargau' vor. Da die Motive, die zur Gründung der ersten kantonalen Anstalt führten, im Prinzip noch heute das Programm der staatlichen Immobilienversicherung enthalten, auf die man sich in der Folge bei Anlass der Gründung anderer kantonalen Anstalten immer wieder berufen hat, seien sie hier auszugsweise wiedergegeben. Der Bericht, welchen Regierungsrat Fetzter dem Kleinen Rat unterbreitete, wird mit folgenden Worten eingeleitet:

'Der stets regen Sorgsamkeit, womit Sie die allgemeine Wohlfahrt unseres Kantons immer mehr und mehr zu erhöhen und festzugründen sich unablässig bemühten, konnte auch der wichtige Gegenstand einer wohltätigen Feuerassekuranzanstalt nicht lange entgehen, und dies um so weniger, als Sie in der wirklich im Fricktal, einem Teil unseres Kantons bestehenden Feuer-Societät ein probhaltiges und nachahmungswürdiges Beispiel fanden und eben diese Societät in der vorjährigen Grossen Ratsversammlung mit vielem Beifall und unter der laut geäusserten Wünschen gesetzlich bestätigt wurde, dass eine ähnliche Assekuranz-Gesellschaft für den ganzen Kanton errichtet werden möchte.

'Der Nutzen einer zweckmässigen Feuer-Assekuranz-Gesellschaft ist so merklich und in die Augen fallend, dass es sehr wenig Raisonement, aber desto mehr Worte bedarf, um die vielfältigen Vorteile herzuzählen, so aus dieser Polizeianstalt fliessen' 61).

In näheren Ausführungen wird dann wesentlich folgendes angeführt: Jeder Mensch suche sein Vermögen so weit als möglich sicher zu stellen und sei daher leichter bereit, seine Kapitalien dahin in Verzinsung zu geben, wo er nicht risikiere, sie zu verlieren. Demzufolge werde ein vernünftiger Kapitalbesitzer einem, der ausser seinem Haus nichts im

61) Zitiert nach Festschrift: Die Aargauische Brandversicherungs-Anstalt 1806 - 1906, S. 5

Vermögen habe nicht mehr darleihen, als die Baustelle mit den damit verbundenen Rechten wert sei. Das Haus selber könne keine Hypothek abgeben, da ein Zufall es in Asche verwandeln könne. Sei hingegen das Gebäude brandversichert, so könne der Gläubiger keine Gefahr mehr laufen und der Eigentümer erhalte auf den Kredit der Feuerrassekuranz hin das Geld, welches er benötige. Anderseits werde kein Geld mehr, wie das manchmal zum Schaden von Witwen und Waisen, Kirchen und Stiftungen der Fall gewesen sei, aus Mangel sicherer Anlagemöglichkeiten zinslos liegen bleiben. So werde jeder, auch wenn er nicht Mitgenosse der Feuersozietaät sei, den durch sie befestigten Hypothekarkredit benützen, der umso fester und grösser sein müsse, als er auf den allgemeinen Kredit des ganzen Landes begründet sei. Aus den gleichen Gründen müsse eine solche Assekuranz den Wert der Häuser überhaupt und absolut erhöhen, indem das assekurierte Gebäude vor jedem Verlust durch Feuer sichergestellt sei. Der bemittelte Bürger werde leichter zum Bau oder Kauf eines Hauses sich entschliessen, wenn er nicht fürchten müsse, dass das dazu verwendete Kapital ein Raub der Flammen werden könnte. Durch die Feuerrassekuranz flosse aber auch dem Gemeinwesen ein grosser Gewinn zu. Die allgemeine Vergrösserung des Wertes der Häuser, die dadurch bedingte Vermehrung des effektiven Reichtums und des öffentlichen Kredits, die geförderte Zirkulation solider Pfand- und Gültbriefe und die bessere Benützung des Geldes müsse dem gesamten Publikum zum besten gereichen. Die Sicherheit, welche die Feuersozietaät den Gebäuden verschaffe und welche den Privatkredit der Eigentümer vermehre, müsse notwendigerweise geringere und billigere Zinsen nach sich ziehen und eben dadurch das Entstehen der Manufakturen und Fabriken sowie das Gedeihen des gesamten Erwerbsstandes fördern. Das Publikum habe nicht mehr zu befürchten, dass derjenige Bürger, welcher durch den Verlust seines Hauses zugleich alle seine Habseligkeiten verloren habe, dem Gemeinwesen zur Last falle, dieser andernseits sei nicht mehr genötigt, an die Mildtätigkeit seiner Mitbürger zu appellieren.

Ueber die Frage, ob der Beitritt zur Sozietaät allgemein verbindlich oder fakultativ zu erklären sei, spricht sich der Bericht Fetzers folgendermassen aus:

‘Wenn ich bei Entwerfung des in Beratung liegenden Vorschla-
ges die zu errichtende Assekuranz-Sozietät zum Gegenstand
eines allgemein verbindlichen Gesetzes gemacht habe, so
werden Sie die Gründe hiefür in unserer gegenwärtigen
Staatsverfassung selbst, teils aber auch in der Ueberzeu-
gung finden, dass ohne diese Mittel, wie uns das Beispiel
einiger anderer kleiner Staaten lehrt, in unserem Kanton
keine Feuerassekuranz zustande kommen würde; dass diese An-
stalt mit der allgemeinen Wohlfahrt des Landes viel zu ge-
nau verbunden sei, als dass sie der Willkür der Bürger
preisgegeben werden könne; dass die Regierung die geringere
Einsicht und den unüberlegten, unverständigen Eigennutz
der grössern Volksklasse nicht zur Richtschnur ihrer Poli-
zei- und Sicherheits- und ihrer Wohlfahrtsanstalten dienen
lassen dürfe, dass es endlich die Pflicht der Regenten sei,
bei Anstalten die das allgemeine Wohl bezwecken, diejenigen,
die ihr wahres Bestes nicht einsehen, nicht einsehen wollen,
auch wider ihren Willen dazu anzuhalten, sowie der besorgte
Vater sein krankes Kind die bittere, aber heilende Arznei
auch wider Willen zu nehmen mit wohlmeinendem Ernste nötigt.
Ohne allgemeine Verbindlichkeit würde, ich bin überzeugt,
die Errichtung einer Brandassekuranz in unserem Kanton noch
lange ein frommer Wunsch der verständigen Bürgerzahl blei-
ben. Wie kann in einem kleinen Freistaate, wie der unsrige
so eine gesellschaftliche Anstalt gedeihen, wenn nicht alle
Bürger sich brüderlich die Hand reichen zum gemeinnützigen
Bunde?’ 62).

Allfälligen Bedenken wegen zu befürchtenden Spekulations-
bränden wird mit folgenden Erwägungen begegnet

‘Sowie man einerseits dem freien Willen der Gesellschafts-
genossen einigen Spielraum verschaffen wollte (durch Ge-
währung der Möglichkeit, ein Gebäude unter dem Schatzwert
zu versichern), so mussten anderseits dem zu gefährlichen
Spekulationsgeiste Schranken gesetzt werden und durch die
Bestimmung, dass keine Gebäude über ihren anerkannten
wahren Wert assekuriert werden können, jedem bösgesinnten
Sozietätsmitglied die sträfliche Lust benommen werden, sein
Haus etwa selbst anzuzünden, um durch die gesellschaftliche

Unterstützung ein neues und besseres aufbauen zu können, wie man allenfalls von der Bosheit eigennütziger und verworfener Menschen befürchten dürfte.⁶

Der Bericht konstatiert sodann noch ausdrücklich, dass wenn sich auch die vorgeschlagene Assekuranzeinrichtung nur auf den an Häusern erlittenen Brandschaden beschränke, es nicht weniger gemeinnützig und wünschbar wäre, dieselbe auch auf den Verlust und Schaden auszudehnen, den man durch Windstösse und Ueberschwemmungen an Gebäuden, oder durch Feuer an Hausgeräten und fahrender Habe oder durch Gewitter an den Feldfrüchten erleide. Aber - wird weiter gesagt - die Ausführung solcher Versicherungsanstalten sei mit weit mehr Schwierigkeiten als die vorliegende Brandassekuranz verbunden und gerade das mache es ratsamer, für einmal sich nur auf die wichtigere, dringendere und weniger schwierige Gebäudeversicherungsanstalt zu beschränken. Doch sei zu hoffen, dass der wohltätige Erfolg und die glückliche Ausführung des gegenwärtigen Entwurfes für die Erweiterung und Vermehrung solcher Assekurationen den Weg bahnen werde 63)

Kurz zusammengefasst kann also gesagt werden, dass die Dringlichkeit einer staatlichen Brandversicherungsanstalt mit folgenden Motiven begründet wurde:

- 1 Sicherung des Privatvermögens und Schutz vor Armut.
- 2 Aufrechterhaltung des Hypothekarkredites und des öffentlichen Kredites im allgemeinen.
- 3 Förderung der Bautätigkeit und damit der Entwicklung von Handel und besonders Industrie.

Eine Ausdehnung der Versicherung auf Mobilien und auf Elementarschaden anderer Natur als Feuer wurde vorläufig abgelehnt, obwohl deren Bedeutung anerkannt worden

Der angeführte Bericht datiert, wie schon erwähnt, vom 17. April 1805; am 7. Mai beschloss der Grosse Rat die Drucklegung desselben und des beigegebenen Gesetzesentwurfes und schon am 16. Mai 1805 erhob die gesetzgebende Behörde diesen zum Gesetz - die erste staatliche Brandversicherungsanstalt der Schweiz war gegründet worden!

63) Festschrift Die Aargauische Brandversicherungsanstalt 1806-1906. Seite 7

Wenn an früherer Stelle gesagt wurde, dass man die Entstehung der ersten kantonalen Feuerversicherungsanstalten in der Schweiz zu Anfang des 19. Jahrhunderts in Zusammenhang zu bringen habe mit der Ausbreitung der staatlichen Regelung vom Norden Deutschlands gegen die südlichen Staatswesen, so finden wir diese Ansicht in der Gründungsgeschichte der aargauischen Anstalt bestätigt.

Die junge Brandversicherungsanstalt hatte anfänglich schwer zu kämpfen, infolge von zahlreichen und grossen Brandfällen. Es ist hier nicht der Ort, näher darauf einzutreten, denn die weitere Entwicklung wird Gegenstand eines späteren Abschnittes sein; aber ein Auszug aus dem amtlichen Bericht über den am 15. Oktober 1814 stattgefundenen grossen Brand von Gansingen möge, seines originellen Inhaltes wegen, erwähnt sein. Das betreffende Bezirksamt schrieb wörtlich: „An Rettung der in fürchterlichen Flammen stehenden Bauernhäuser, der darin liegenden Früchte, Heu, Stroh, der Mobilien, war gar nicht zu denken und ich und jedermann richtete sein Augenmerk nur dahin, den Wein im Keller des Herrn Pfarrers zu retten 64).“

In diese hier zu betrachtende zweite Periode von 1803 bis 1821 fallen noch vierzehn weitere Gründungen, die in chronologischer Reihenfolge kurz zu betrachten sind, soweit wir besonders erwähnenswerte geschichtliche Daten besitzen. Nachdem der Kanton Aargau durch einen ursprünglich ausländischen Anstoss mit dem guten Beispiel vorangegangen war, erfasste die Bewegung rasch eine Anzahl anderer Kantone in nachstehender Reihenfolge:

Bern und Thurgau 1806; Baselstadt und St. Gallen 1807; Zürich 1808; Solothurn und Schaffhausen 1809; Luzern, Neuenburg, Glarus und Freiburg 1810; Waadt 1811; Zug 1812; Genf 1821.

Was B e r n anbetrifft, so haben wir die geschichtliche Entwicklung bis zum Preisausschreiben von 1788 verfolgt und festgestellt, dass über die Verwendung der eingegangenen

64) Lanz-Stauffer. Die Verstaatlichung der Mobiliarversicherung in der Schweiz, Seite 12.

Lösungen nichts bekannt ist, da die Franzosenzeit dazwischen kam. Erst 1805 wurde im Stände Bern die Frage der Gebäudeversicherung wiederum aufgegriffen. Ein Initiativbegehren, unterzeichnet von den Herren F.S. von Frischung, Franz Thor- mann, Friedrich von Tschanner, R. von Diesbach, Ludwig Friedrich Schmied und F. Mutach, verlangte am 15. Juni 1805 den staatlichen Eingriff und die Gründung einer kantonalen Brandversicherungsanstalt. Die Eingabe war in Form eines Gesetzesentwurfes abgefasst und war im Prinzip auf den Ideen des Zürchers Waser aufgebaut. So sah sie einen Einkauf in die Versicherung vor, der als Kapitalvermögen mit seinem Zinsertrag die Ausgaben der Anstalt, Brandschadenvergütungen und Verwaltungskosten decken sollte. Die Versicherungsnehmer hätten jedoch ihre Einschüsse nicht in bar zu leisten, sondern zugunsten der Anstalt eine 'hypothecaire Verschreibung' zu machen gehabt. Die Anstalt hätte dabei ihren Versicherten gegenüber die Stellung eines Gläubigers eingenommen 65).

Dieser erste Versuch wurde vom bernischen Kleinen Rat abgewiesen, nachdem die Landesökonomie-Kommission in ablehnendem Sinne geurteilt hatte. Aber eine zweite, weniger unbestimmt gehaltene Eingabe hatte mehr Erfolg. Leider wurden, nach der öffentlichen Ankündigung der Vorlage, nur Gebäude im Werte von 4'556'687 Livres 66) zur Versicherung angemeldet. Den Initianten kam es als Wagnis vor, auf dieser beschränkten Grundlage eine Anstalt zu errichten und nahmen deshalb (wie beim Kanton Aargau) zum Versicherungszwang die Zuflucht. Ueberhaupt diente das aargauische Gesetz diesem dritten bernischen Gesetzesentwurf in vielen Teilen als Unterlage und als Muster, weshalb an früherer Stelle auch ausführlich darüber berichtet wurde.

Dieser neue Entwurf mit Versicherungszwang wurde vom Kleinen Rat angenommen und ging im Mai 1806 an den Grossen Rat. Der Versicherungszwang wurde mit 70 gegen 36 Stimmen verworfen, dafür aber der freiwillige Beitritt für eine Probezeit

65) Festschrift der Brandversicherungsanstalt des Kts. Bern, S. 8

66) Entspricht ca. Fr. 6'610'000

von 25 Jahren verbindlich erklärt. Aehnlich wie im Kanton Aargau wurde eine staatliche Mobiliarversicherung vorläufig abgelehnt. Die Errichtung der Anstalt wurde von einer genügenden Beteiligung abhängig gemacht. Am 28. Mai 1806 wurde dieser Gesetzesentwurf angenommen unter dem Titel: 'Verordnung zur Errichtung einer allgemeinen Brandversicherungsanstalt für den Kanton Bern', de dato 28. Mai 1806 67).

Mit diesem Akt war auch der Kanton Bern zu seiner Gebäudefeuerversicherung auf staatlicher Grundlage gekommen.

Der junge Kanton T h u r g a u war fest entschlossen, nicht mehr in die alten Zustände der Brandsteuer und des Brandbettels, wie sie vor der Helvetik geherrscht hatten, zurückzufallen. So gab z.B. im April 1803 die neue thurgauische Regierung diesen Willen unzweideutig kund, als sie ein von einem Statthalter ausgestelltes 'Steuerbüchlein', wonach es dem betreffenden Brandgeschädigten erlaubt gewesen wäre bis nach Schaffhausen hinab Brandsteuern zu sammeln, annullierte. Obwohl die Helvetik selbst keine Lösung für eine staatliche Feuerassekuranz finden konnte, so hatten ihre Bestrebungen auf diesem Gebiet doch Nachwirkungen gezeitigt, indem verschiedene Kantone an der helvetischen Tendenz festhielten, dass die Unterstützung der Brandgeschädigten eine staatliche Angelegenheit sei. Der Kanton Thurgau versuchte nun erst einmal das Brandsteuerwesen neu zu ordnen, hatte aber damit keinen Erfolg, denn, 'wenn das Geld nach Frauenfeld geht, zahlen wir nicht' war die Antwort der Thurgauer. Da fasste der Kleine Rat am 6. Juli 1804 folgenden Entschluss:

'Aus Veranlassung der schon mehrmals gemachten und hier wiederholten Bemerkung, dass die bisher gewohnten Kirchensteuern zur Unterstützung der Brandverunglückten je länger je weiter von ihrem Zweck abweichen, und dass desnahen die Menschlichkeit befiehlt, auf angemessene Mittel zum Besten solcher Hilfsbedürftigen zu denken - wurde gutgefunden: in den Bürgern Regierungsräthen Rogg und Freyenmuth eine besondere Commission mit dem Auftrag niederzusetzen, sich

67) Festschrift der Brandversicherungsanstalt des Kts. Bern, S. 9

über einen Brand-Assekuranz-Plan für den Kanton (s. auch S. 11) zu berathen und dem Kleinen Rath ihr Gutachten darüber zu eröffnen 68).

Zwecks Sammlung von Unterlagen wurde nun an die Gemeinden ein Fragebogen versandt, der Auskunft über Anzahl, Art, Zeitpunkt, Ursache und Schadensausmass der einzelnen Brandfälle geben sollte. Die Absicht der Regierung, eine Brandversicherungsanstalt ins Leben zu rufen, scheint bei den Gemeinden auf keinen Widerstand gestossen zu sein. Denn so berichtet z.B. der Präsident des Distriktes Weinfelden bei der Rücksendung des Fragebogens an die Kommission am 5. Januar 1805: 'Noch muss ich Ihnen melden, dass die einzuführende Brand-Assekuranzanstalt in unserem Distrikt mit Vergnügen aufgenommen wird' 69).

Im Jahre 1805 ereignete sich im ganzen Kantonsgebiet kein einziger Brandfall. Vielleicht wurde aus diesem Grunde das Projekt einer Brandversicherungsanstalt von der Regierung vorläufig nicht weiter gefördert. Da brannten aber im Januar 1806 in Meien bei Matzingen 8 Häuser nieder. Bereits am 8. Februar legte darauf die Kommission ein Projekt einer 'Brandsteuer-Versicherungsanstalt' dem Kleinen Räte vor. Am 4. März 1806 genehmigte der Kleine Rat diesen Entwurf mit geringfügigen Abänderungen und stellte ihn dem Grossen Räte zu. Am 12. März wurde der Entwurf mit einer Nachtragsbotschaft ohne weitere Diskussion 'zum wirklichen Gesetz' erhoben und 'der Kleine Rat unter Verdankung der auf jenen gemeinwichtigen Gegenstand gerichteten sorgfältigen Aufmerksamkeit' mit dessen Vollziehung beauftragt. Das Gesetz trat rückwirkend auf den 1. Januar 1806 in Kraft, womit der Kanton Thurgau ebenfalls zu seiner Brandversicherungsanstalt gekommen war 70).

Im Kanton B a s e l, der damals noch nicht in Basel-Stadt und Landschaft aufgespalten war, wurde 1807 die allgemeine staatliche Brandversicherung für Gebäude eingeführt. Die

68) Die Thurgauische Brandversicherungsanstalt für Gebäude, S. 14/15

69) Die Thurgauische Brandversicherungsanstalt für Gebäude S. 15

70) Die Thurgauische Brandversicherungsanstalt für Gebäude S. 17/18

Errichtung dieser Anstalt wurde, wie es in dem bezüglichen Erlasse von Bürgermeister und Rat vom 14. Februar 1807 heisst, nach dem Beispiel miteidgenössischer Kantone beschlossen, in Betrachtung der traurigen Folgen, welche durch Brandschäden für ganze Familien entstanden und in der Absicht, das Vermögen und den Wohlstand der Kantonseinwohner desto mehr zu sichern 71).

Ueber die Gründung der Brandversicherungsanstalt des Kantons St. Gallen besitzen wir wie bei Basel keine besonders interessanten Einzelheiten, so dass wir uns begnügen können, darauf hinzuweisen, dass diese Anstalt am 9. Mai 1807 gegründet worden ist und ihre Tätigkeit am 1. Oktober des selben Jahre aufgenommen hat.

Bei Zürich haben wir am Ende der Betrachtungen über die erste Periode vor 1800 gesehen, dass dort aus privater Initiative heraus 1782 die 'Freiwillige Feuerkasse der Stadt Zürich' entstanden ist. An jener Stelle wurde auch schon kurz auf die Gründung der staatlichen Brandversicherungsanstalt und auf das Verhältnis zwischen den beiden Einrichtungen hingewiesen. Was nun die Gründung der kantonalen Anstalt anbelangt, so ist darüber noch folgendes zu erwähnen:

Die Ideen Hofmeisters und Wasers hatten die städtische Feuerkasse begründet und diese wurde nun ihrerseits zur Wegbereiterin für eine kantonale Anstalt. In der Sitzung vom 23. Juli 1806 befasste sich die Kommission des Innern mit dem Antrag des Kleinen Rates, in nähere Beratung einzutreten, ob und auf welche Weise im hiesigen Kanton eine allgemeine Feuerassekuranz errichtet werden könnte. Diese Kommission sprach sich in ihrem diesbezüglichen Gutachten dahin aus, dass die Errichtung einer solchen Feuerassekuranz trotz den bestehenden Schwierigkeiten für den Kanton Zürich zu begrüßen wäre. Am 18. September 1806 legte dann der Kleine Rat ein Gutachten vor, in dem als Hauptgrundsätze festgehalten wurden, dass die zu schaffende Anstalt obligatorisch sein und nur Immobilien umfassen solle, ferner

71) Mitteilungen kantonal-schweizerischer Feuerversicherungsanstalten; Heft 2/1933, Separatabdruck, S. 3

dass die Stadt Zürich trotz der bestehenden städtischen Feuerkasse der neuen Assekuranz beizutreten habe.

Die städtische Feuerkasse wehrte sich aber gegen eine Vereinigung mit einer zu schaffenden kantonalen Brandversicherungsanstalt und deshalb wurde die schon erwähnte Kommission des Innern erneut mit einer Begutachtung beauftragt, ob und wie allenfalls eine Brandassekuranz für den übrigen Kantons-
teil unter Ausnahme der Stadt Zürich zu errichten oder ob eine solche Anstalt mit der für das Stadtgebiet bereits bestehenden Feuerkasse zu verbinden wäre. Die Kommission fand nun, es sei vorderhand am zweckmässigsten, einmal einen Entwurf für das Projekt zu erstellen. Den Auftrag zu einem solchen erhielt die Steuersektion. Diese arbeitete in der Folge ein Projekt aus; aber daneben gingen aus vielen Gemeinden Anregungen und Aeusserungen zuhanden der physikalischen Gesellschaft ein; ja es wurden in mehreren Gemeinden sogar partielle Entwürfe herumgeboten.

Am 14. September 1808 wurde dem Kleinen Rat ein endgültiger Entwurf vorgelegt. In diesem hatte man die Verordnungen anderer eidgenössischer Stände, die schon ihre Brandversicherungsanstalt hatten, zu Rate gezogen. Ueber den Wert der Anstalt überhaupt war man allerdings innerhalb der Kommission immer noch geteilter Meinung. Die einen fanden, eine solche Anstalt für den ganzen Kanton sei keine Notwendigkeit, da ja die Brandgeschädigten noch immer genug durch Liebesgaben erhalten hätten, sogar manchmal mehr, als verloren gegangen sei. Das Kreditwesen gewinne allerdings, die Häuser bekämen dadurch einen sichern Wert, aber der Schuldner komme dadurch in Versuchung, noch mehr Geld aufzunehmen. Andere Kommissionsmitglieder wiederum lehnten den Versicherungszwang ab. Nachdem das Projekt aber zur Einsicht für die Ratsmitglieder aufgelegt worden war, ging der Kleine Rat am 8. Oktober 1808 zur artikelweisen Beratung der Vorlage über und genehmigte den Entwurf nach einigen Modifikationen, nachdem man sich geeinigt hatte, dass die Brandversicherung allgemein, Stadt und Land umfassend und obligatorisch sein solle. Am 10. Dezember erhielt der Grosse Rat den Gesetzesvorschlag und nach erneuter Prüfung dessel

ben erklärte er am 16. Dezember 1808 den Entwurf zum Gesetz 72).

Nach Zürich erschien 1809 der Kanton S o l o t h u r n auf der Bildfläche. Im Schosse der Regierung war die Frage der Gebäude-Brandversicherung allerdings schon am 24. September 1783 zum ersten Male erwähnt worden. Veranlassung dazu hatte ein Schreiben von einem gewissen Johann Jakob Fezer, Licentiat der Rechte, gegeben. Als Beilage übermachte er dem Stande Solothurn eine von ihm verfasste Druckschrift über 'Brandschadens-Versicherungsanstalten' 73). Fezers Schreiben fand jedoch beim Kleinen Rate von Solothurn keine günstige Aufnahme. Auf eine Anfrage des Standes Freiburg, welchem Fezer ebenfalls ein Exemplar seines Werkes gesandt hatte, was Solothurn in dieser Sache zu tun gedenke, antwortete die solothurnische Staatskanzlei: '...dass diese unförmliche und ohne vorher beschechene geziemende Anfragethane Zueignung eines unbekannten Werks von Seiten eines gleichfalls unbekannten Verfassers, welche sonder Zweifel auf eine ziemlich neue und habsüchtige Weise wenigstens an den übrigen hochlöblichen Katholischen Ständen gleichfalls versucht worden, keineswegs vor bekannt angenommen worden, folglich unbeantwortet und lediglichen dahingestellt verbleiben werde' 74).

Erst das Beispiel der Nachbarkantone Aargau und Bern mag die Regierung von Solothurn bewogen haben, ebenfalls die Gründung einer eigenen kantonalen Brandversicherungsanstalt in die Wege zu leiten. Am 22. April 1808 fasste sie in der Sache folgenden Beschluss: 'Ob im hiessigen Kanton nicht auch eine Brand-Assecuranz, und welche, könnte aufgestellt werden, wird der Finanz-Rath erdauern'. Zu diesem Beschlusse trug unzweifelhaft auch der vorausgegangene, verhältnismässig schwere Brand vom 8. April 1808 in Engistein und Ehrli

72) Schibler, Die Brandversicherungsanstalt des Kts. Zürich S. 18/19 und 20

73) 'Über Brandschadens-Versicherungsanstalten, ein patriotischer Vorschlag eines Reichstädters. Gedruckt auf Kosten des Verfassers, Reutlingen und Tübingen, 1783. Vergl. auch 'Die Gebäude-Brandversicherungs-Anstalt des Kts. Solothurn 1810-1910', Seite 8

74) Festschrift Die Gebäude-Brandversicherungs-Anstalt des Kantons Solothurn, Seite 8

(Gemeinde Hauenstein-Ifenthal) bei 75). Ueber jenes Brandunglück selbst lassen wir am besten den von der Regierung am gleichen Tage (22. April), an welchem die Einführung einer Brandassekuranz vom Rate angeregt wurde, ausgestellten Steuerbrief reden. Damit ist an dieser Stelle auch gerade die Gelegenheit geboten, einen der schon so oft erwähnten Steuerbriefe inhaltlich wiederzugeben.

S T E Ü R - B R I E F

WIR SCHULTHEISS und RATH des KANTONS SOLOTHURN

'La durch Göttliche Zulassung am Freytag den 8. April letzt Verflossen bey dem unerhörten heftigen Sturm-Winde Nachmittags um halb Zwey Uhr das Haus- die Scheune- und Stahlung der Kinder des Josef Studer selig in Engistein und auch jenes des Viktor Studer aus dem Engistein im Ehrli auf eine so schnelle Art eingäschert wurden, dass gar keine Hilfe zur Rettung derselben hat angewendet werden können, und alles darinn befindliche ein Raub der Flammen geworden, welche Verluste sowohl in Gebäuden- Kleidungsstücken und Geräthschaften als hauptsächlich in 21 Stück Horn-Waare, 36 Klafter Heu etc. bestehend nach vorgegangener Schätzung der Ortsvorgesetzten auf 6261 Franken 5 Bz. erachtet wurden, so haben wir dem Jakob Bitterli von Ifenthal als Vogt der verunglückten Kinder des Josef Studer sel. nebst den übrigen Brunst-Geschädigten - Viktor Studer im Ehrli - Jakob Studer Haus - Viktor Studer, Ursen sel. Sohn - Klaus Kamber im Rumpel - Josef Studer auf der Burg, und der Dienstmagd, die Bewilligung erteilt, im ganzen Kantone nach gewöhnlicher Art Steür zu sammeln, wobei Wir die bekannte Wohltätigkeit unserer Kantonsangehörigen zu einer so edlen Handlung angesprochen haben wollen.

Wöchte der Allgütige von solchen verheerenden Unglücken alle unsere Kantonsangehörigen in Zukunft gnädigst verwahren 76).'

75) Festschrift, Die Gebäude-Brandversicherungs-Anstalt des Kantons Solothurn, Seiten 8/9

76) Festschrift, Die Gebäude-Brandversicherungs-Anstalt des Kantons Solothurn, Seite 10

Schon in der Sitzung vom 11. Mai des gleichen Jahres befasste sich der Finanzrat mit dem vom Kleinen Rate erhaltenen Auftrag. Er fand, 'dass die Aufstellung einer Brandversicherungsanstalt sehr nothwendig sey'. Man gelangte in der Folge dann an den Kanton Aargau mit dem Gesuch um Ueberlassung von diesbezüglichem Unterlagenmaterial. Nach eingehendem Studium dieser vom Kanton Aargau überlassenen Aktenstücke setzte der solothurnische Finanzrat am 15. November 1808, zu Händen des Kleinen Rates seinen Bericht und Antrag, betreffend Einführung einer allgemeinen Brandversicherungsanstalt, fest.

Die Nützlichkeit und Dringlichkeit einer solchen Institution schien über alle Zweifel erhaben zu sein, dagegen gab es Diskussionen über die Fragen des Versicherungszwanges und des Prämienbezugsverfahrens. Zur ersten Frage argumentierte der Bericht ähnlich wie seinerzeit im Kanton Aargau: 'So wenig eine Regierung es zulassen darf, dass ein unhaushälterischer Bürger sein Vermögen zum Schaden seiner Familie und zum Nachtheil des Staates verschwende, kann sie auch nicht gleichgültig zusehen, dass ein particular es unterlasse, nicht nur seine Gebäude vor Feuersgefahr, sondern auch sein im Gebäude bestehendes Vermögen vor dem aus einem Brand entstehenden Verlust zu sichern 77).

Was die zweite Frage anbelangt, so kam der Bericht zum Schluss, dass es vorzuziehen wäre, anstatt einer jährlichen fixen Prämie, eine dem Schadensausmass verhältnismässig entsprechende Prämie nach dem Umlageverfahren auf die einzelnen Versicherungsobjekte zu erheben.

Nachdem der Kleine Rat den Bericht mit unwesentlichen Abänderungen gutgeheissen hatte, wurde der Gesetzesvorschlag am 13. Januar 1809 durch den Grossen Rat zum Gesetz erhoben 78), so dass nun auch der Kanton Solothurn eine staatliche Brandversicherungsanstalt besass.

77) Festschrift Die Gebäudebrandversicherungs Anstalt des Kantons Solothurn, S. 1.
78) Festschrift Die Gebäudebrandversicherungs Anstalt des Kantons Solothurn, Seiten 10/11

Ebenfalls 1809 wurde mit Gesetz vom 11. September im Kanton S c h a f f h a u s e n eine kantonale Feuerassekuranz für Gebäude gegründet, welche ihre Tätigkeit am 1. Januar 1810 begonnen hat. Ins Jahr 1810 fallen nicht weniger als vier weitere Gründungen, nämlich diejenigen von G l a r u s, L u z e r n, N e u e n b u r g und F r e i b u r g.

Die Entwicklung in N e u e n b u r g haben wir bis um 1800 bereits verfolgt. Es bleibt hier nur noch nachzutragen, wie die mit Statthalter Lespérute eingeleiteten Unterhandlungen endeten. Die 'Société du Jeudi' 79) arbeitete durch die Herren de Sandoz-Rollin und Frédéric de Chambrier ein Projekt für eine Brandversicherungsanstalt aus, das am 26. Februar 1810 der Regierung unterbreitet wurde. Am 5. März 1810 billigte der Staatsrat dieses Projekt und liess den Gesetzesentwurf drucken und veröffentlichen 80). Als am 11. Juli der Versicherungswert der angemeldeten Gebäude die Summe von 13'406'964 Livres ergab und somit die Basis für das Funktionieren der geplanten nicht obligatorischen Anstalt als breit genug erschien, wurde dem Prinzen Alexander (General Berthier), der sich ja nie selbst in seinem Fürstentum aufgehalten hatte, von der Existenz der Brandversicherungsanstalt Mitteilung gemacht und ihm nahegelegt, seine eigenen Besitztümer ebenfalls gegen Feuer zu versichern 81). Prinz Alexander gab Gouverneur Lespérut gegenüber seinem Erstaunen Ausdruck, dass ohne sein Wissen in seinem Fürstentum eine Brandversicherung zu funktionieren begonnen hatte. Nachdem Lespérut den aufgebrachten Fürsten mit einem Antwortschreiben 82) etwas beruhigt hatte und ihm die Nützlichkeit einer solchen Feuerassekuranz, besonders in Hinsicht auf die zu erwartende finanzielle Entlastung des fürstlichen Staatsschatzes, vor Augen geführt hatte, antwortete Alexander Berthier am 31. Juli 1810:

'J'approuve l'établissement d'une chambre d'assurance pour les incendies. Le zèle qui a porté Mon Conseil d'Etat à

79) Eine gemeinnützige Gesellschaft

80) La Chambre d'Assurance de la République et Canton de Neuchâtel, 1810-1910, Seiten 16-19

81) La Chambre d'Assurance de la République et Canton de Neuchâtel, 1810-1910, Seiten 19/20

82) La Chambre d'Assurance de la République et Canton de Neuchâtel, 1810-1910, Seiten 20-22

s'occuper de cet objet d'utilité publique mérite des éloges; mais j'improve la forme qu'il a suivie' 83).

Der Briefwechsel zwischen Neuenburg und Paris zog sich bis in den Herbst des Jahres 1810 hin und es entstand die eigenartige Situation, dass die Brandversicherungsanstalt praktisch schon längst zu arbeiten begonnen hatte, während Votre Altesse Sérénissime, Alexandre, par la grâce de Dieu, Prince et Luc de Neuchâtel immer noch über die Kompetenzen-übertretung verstimmt war und an dem Projekt herumkritisierete. Aber die Tatsache blieb bestehen, dass im Jahre 1810 auch Neuenburg seine staatliche - allerdings nicht obligatorische - Immobilierversicherung erhalten hatte.

Für das Gebiet des heutigen Kantons L u z e r n waren noch unmittelbar vor 1800 nicht die geringsten Anzeichen einer beginnenden Versicherungsorganisation festzustellen. Dies ist umso auffallender, wenn man bedenkt, dass auch in Luzern die straffe Gewerbeorganisation der städtischen Zünfte, als Träger fast aller wichtigeren wirtschaftlichen Funktionen, durch das ganze Mittelalter hindurch geherrscht hatte. Während manche ausgesprochen wirtschafts- und sozialpolitischen Institutionen dem Gemeinschafts- und Genossenschaftsgedanken der Zünfte ihre Entstehung und ihr Dasein zu verdanken hatten, ist auf dem Gebiet des Versicherungsschutzes und der Brandversicherung nichts vorgekehrt worden. Ein behördliches Eingreifen gegenüber den wirtschaftlichen Schädigungen des Brandfalles erfolgte bloss in der Form des behördlich geregelten Brandbettels; was nicht als Versicherung gewertet werden kann. Luzern erhielt, wie Solothurn, ebenfalls die Schrift des schon erwähnten J.J. Fezers, jedoch ist heute nicht mehr ersichtlich, welche Behandlung diese Denkschrift durch den Rat von Luzern erfuhr. Da indes die spätere Gründung der luzernischen Brandversicherungsanstalt auf dem Prinzip des Umlageverfahrens erfolgte, so kann wohl über die Gegensätzlichkeit der damaligen behördlichen Auffassung zur Fezer'schen Idee der versicherungstechnischen Unterbilanz und ihrer sofortigen, vorgängig des Anstalts-

83) La Chambre d'Assurance de la République et Canton de Neuchâtel, 1810-1910, Seite 22

beginns aufzubringenden Kapitaldeckung, kaum noch ein Zweifel bestehen. Als Anregung zu der nun bald eingesetzten Gründungsfrage der Brandversicherungsanstalt mag sie gleichwohl von Wert gewesen sein 84).

Die Entstehung einer Gebäudeversicherung für den Kanton Luzern war, wie auch andernorts, eng verknüpft mit der schon erfolgten Gründung gleichartiger Institute in den Nachbarkantonen. So wurde denn auch im Hinblick auf die günstige Entwicklung der ersterfolgten Anstaltsgründungen in der Sitzung des luzernischen Grossen Rates vom 15. Oktober 1808 der Antrag zu Protokoll gegeben 'es möchte der Kleine Rath auf eine künftige ordentliche Sitzung einen Gesetzesvorschlag zu einer Brand-Assecuranz für den Kanton Luzern nach dem Muster der in mehreren Kantonen bereits eingeführten derartigen Anstalten vorlegen.' Am 28. September 1809 unterbreitete der Kleine Rat den von der Justizkammer ausgearbeiteten Gesetzesvorschlag 'die Aufstellung einer Brand-Versicherungs-Anstalt verordnend' dem Grossen Rat. Dieser verlangte aber, dass der gemachte Gesetzesvorschlag in mehreren Partien abzuändern und zu vereinfachen sei, um der vollziehenden Gewalt einen ausgedehnteren Spielraum zu geben. Angesichts dieser Sachlage reichte der Kleine Rat am 3. Oktober 1810 eine neue Vorlage samt Botschaft an den Grossen Rat ein. Am 6. Oktober 1810 wurde dann dieser neue kleinrätliche Gesetzesentwurf zum Gesetz erhoben, so dass dies das Gründungsdatum der Luzerner Brandversicherungsanstalt ist, während die Geschäftstätigkeit erst mit dem Jahre 1811 aufgenommen wurde 85).

Ueber die bereits kurz erwähnten Gründungen öffentlich-rechtlicher Brandversicherungsanstalten in den Kantonen G l a r u s und F r e i b u r g ist weiter nichts entwicklungsgeschichtlich Interessantes auszusagen. Die glarnerische Anstalt - von der übrigens später noch die Rede sein wird - wurde durch Gesetz vom 17. Mai 1810 gegründet und die freiburgische kantonale Anstalt folgte am 20. Novem-

84) Helfenstein, Die Gebäude-Brandversicherung des Kantons Luzern, Seiten 12/13/15

85) Helfenstein, Die Gebäude-Brandversicherung des Kantons Luzern, S. 16/17

ber des selben Jahres.

Das Jahr 1811 erweiterte den Reigen der staatlichen Gebäudeversicherungen wieder um ein Glied durch die Schaffung der w a a d t l ä n d i s c h e n Anstalt am 28. Mai 1811. Dem Beispiel folgte 1812 der Kanton Z u g. Dann verging eine geraume Zeit, bis 1821 G e n è v sich anschloss, dessen staatliche Anstalt allerdings heute nicht mehr besteht, wie noch gezeigt werden wird.

Rückblickend auf diese zweite Periode kann gesagt werden, dass die 15 kantonalen Anstalten in den ersten Jahren ihres Bestehens lediglich eine Art Kassen waren, welche die Schäden im Verhältnis zu den versicherten Werten verteilten. Die Prämienfestsetzung beruhte entweder auf dem Umlageverfahren und die Beiträge wurden nur soweit als notwendig eingezogen, oder es kam das System einer jährlich zu erhebenden Einheitsprämie zur Anwendung, die bestimmt war durch die Höhe der Brandschäden und Unkosten des Vorjahres. Das Gegenseitigkeitsprinzip fand uneingeschränkte Anwendung und man kann sich nur schwer eine Institution vorstellen, bei welcher dieses Prinzip besser entwickelt gewesen wäre.

Die Versicherung war in all diesen Kantonen obligatorisch, bloss einige gefährlichen Risiken (z B Pulverhäuser) blieben ausgenommen. Nur Bern und Neuenburg sahen anfänglich fakultative Versicherung vor, gingen aber nach einer Reihe von Jahren im Revisionsverfahren ebenfalls zum Versicherungszwang über.

Die meisten der Anstalten versicherten im allgemeinen den vollen Wert und akzeptierten die durch die Gebäudeeigentümer oder die Gemeinde erfolgten Bewertungen. Basel immerhin beschränkte den Anteil der Anstalt während einiger Zeit auf Fr. 50'000.- pro Gebäude 86).

Zusammenfassend kann über diese Gründungsperiode gesagt

86) Separatabdruck aus den 'Mitteilungen kantonal-schweizerischer Feuerversicherungsanstalten', 1926, S. 7

werden, dass sie durch einen stark entwickelten Solidaritäts-Gedanken, durch grosse Einfachheit in der Organisation und eine weitherzige Schadensvergütung charakterisiert wird.

C. Dritte Periode: Von 1821 - 1861

Die Gründer der Versicherungsanstalten hatten aber jedenfalls zu ideale Prinzipien adoptiert und so sehrwahrscheinlich der Gleichgültigkeit und Fahrlässigkeit, die das Publikum hinsichtlich der Brandgefahr an den Tag legte, Vorschub geleistet. Andernseits schuf die damals aufblühende Industrie zahlreiche Brandgefahren, die umso eher ins Gewicht fielen, als um jene Zeit hauptsächlich noch Gebäude mit weicher Bedachung, d.h. Stroh, Schindeln etc., in Frage kamen. Tatsache jedenfalls ist, dass die Brandfälle immer zahlreicher und bedeutender wurden, was bei den Regierungen eine gewisse Beunruhigung an Stelle der früheren sorglosen Zuversicht schuf.

Einschränkungen aller Art wurden nun vorgenommen: Die Anstalten gestatteten mit wenigen Ausnahmen, die Versicherung nur noch bis zu einem Bruchteil des Katasterwertes der Gebäude, der Doppelversicherung in den Kantonen ohne Monopolanstalt wurde Einhalt geboten. Diese Massnahmen erfolgten in der dann leider getäuschten Hoffnung, eine Verbesserung der oben erwähnten Missständen zu erzielen.

Der Ausschluss von Gebäuden aus dem Versicherungsobligatorium wurde immer häufiger gehandhabt und gewisse Gefahren, welche ursprünglich gedeckt wurden, blieben nun unversichert. Die Bewertung der Gebäude und die Abschätzung der Brandschäden wurden nicht mehr dem Gebäudeeigentümer überlassen, sondern erfolgte nach strengeren Normen und durch besondere, von den kantonalen Regierungen bestellte Kommissionen. Einzelne Anstalten führten auch eine allerdings elementare Klassifizierung der Risiken ein, um so ihre finanzielle Lage zu festigen und eine Abnahme der Brandgefahr herbeizuführen. Im Zuge dieser Massnahmen wurde auch der Feuerpolizei vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt und seit

1835 Beiträge an die Kosten der Umänderung der weichen Bedachung in harte (Ziegel etc.) gewährt 87) Nach und nach zeigte sich aber die absolute Notwendigkeit der Schaffung eines regulären Abwehrdienstes, einer wirksamen Schadenverhütung durch eine ausgedehnte Feuerwehrorganisation

Neben diesen teils technischen, teils organisatorischen Schwierigkeiten hatten verschiedene der jungen Brandversicherungsanstalten oft noch gegen eine Opposition aus dem Volke anzukämpfen. Speziell die Landbevölkerung war in ihren breiten Schichten nicht immer für dieselben eingenommen. Die Beziehungen zwischen ihr und den regierenden Kreisen scheinen manchmal nicht von jenem gegenseitigen Vertrauen beseelt gewesen zu sein, welches allein eine erspriessliche Zusammenarbeit zur Lösung grosser und schwieriger Aufgaben ermöglicht. Zur Illustration der Stimmung in ländlichen Kreisen sei ein Bericht der bernischen Brandassekuranzkammer an den Staatsrat wiedergegeben. 'Zwar schien anfänglich der überhaupt neuerungsscheue Landmann fast durchgehends ein Vorurteil gegen diese Anstalt gefasst zu haben. Er glaubte dahinter eigennützige Absichten von seiten der Regierung zu entdecken und befürchtete die Verwendung der einzuziehenden Beiträge zu andern Zwecken; anderer Besorgnisse nur nicht zu gedenken, die ihrer Natur nach keiner Widerlegung bedürfen und daher hier auch nicht angeführt werden' 88)

Die Opposition im Volke galt nicht der zeitgemässen Organisation der gegenseitigen Unterstützung in Brandfällen, sondern dem staatlichen Hineinregieren, der Einschränkung der freien Selbstbestimmung. So ging denn auch die Gegenströmung nicht etwa auf Beibehaltung des status quo ante, sondern setzte sich die Verbesserung der Zustände auf dem Boden der rein privaten Selbsthilfe zum Ziel, unter Ausschluss der staatlichen Einmischung. Wir begegnen denn auch in mehreren Kantonen Petitionen, welche eine Aufhebung der kantonalen Anstalten verlangen, wie z B in St. Gallen im

87) Separatabdruck aus den 'Mitteilungen der kantonal-schweizerischen Feuerversicherungsanstalten', 1926, S. 7

88) Festschrift der Brandversicherungsanstalt des Kts. Bern, S. 13

Jahre 1850. Im Kanton Bern, der ja anfänglich das Obligatorium für seine Feuerversicherungsanstalt nicht eingeführt hatte, entstanden in der Folge Verbände, welche neben der kantonalen Anstalt sich die Gebäudeversicherung für engere Kreise zur Aufgabe machten und so mit jener in Konkurrenz traten. Diese Verbände gingen zum Teil aber nicht über den Rahmen der Gemeinden hinaus.

Grössere Bedeutung als diesen Miniatur-Versicherungen kommt in der geschichtlichen Entwicklung der sogenannten Bauern-Assekuranz zu, mit der sich der Kanton Bern und zum Teil auch Solothurn zu beschäftigen hatten. Der Anstoss zu diesem Verband war von der bernischen Gemeinde Attiswyl ausgegangen und breitete sich dann in der Folge über die Amtsbezirke Wangen, Aarwangen und Nidau sowie Teile des angrenzenden Kantons Solothurn aus. Die 'Bauern-Assekuranz' wich von der staatlichen Anstalt darin ab, dass mit der Gebäudeversicherung auch die Mobiliarversicherung verbunden wurde, der Austritt auf Ende jedes Kalenderjahres möglich war und die Beiträge in Natura (Holz, Stroh und andere Baumaterialien) geleistet werden konnten.

Diese 'Bauern-Assekuranz' wurde von den staatlichen Behörden mit Misstrauen betrachtet, umso mehr als sie auf breiter Grundlage aufgebaut war und Gelegenheit zu gegenseitiger Annäherung der Teilnehmer bot, an deren Spitze 'gefährliche Leute standen, welche keine Gelegenheit versäumten, die Verfügungen der Regierung zu verlästern'. Ja man ging so weit, die Sache als imperium in imperio, als politisch gefährliches Unternehmen zu bezeichnen und schliesslich erliess der Schultheiss und Rat von Bern ein 'Verbot von Privatbrandversicherungsanstalten'. Mit diesem Erlass hatte die gefürchtete Bauern-Assekuranz ein plötzliches Ende gefunden 89).

Auch Stimmen für die Errichtung einer gesamtschweizerischen Gebäudeassekuranzanstalt wurden in jener dritten Periode geäussert. Doch musste sie damals in der Zeit vor 1848

89) Festschrift der Brandversicherungsanstalt des Kts. Bern, S. 13-15

eine unerreichbare Sache bleiben da dies zum vornherein eine gleichartige Hypothekar . Feuerpolizei . Bau und Strafgesetzgebung erforderte Ausserdem hätten sich jene Anstalten, die finanziell gut standen, kaum für die Aufgabe ihrer Selbständigkeit gewinnen lassen 90).

Neben der Forderungen um die Freigabe der Brandversicherung, Zulassung der Privatversicherung und Gründung einer eidgenössischen Anstalt tauchte auch die Frage der Rückversicherung zur Stützung der gefährdeten Anstalten erstmals ernsthaft auf. Leider fehlte um diese Zeit in der Schweiz der Träger für eine solche Rückversicherung; man behelf sich damit, dass die Versicherungsunternehmungen (Direktversicherer) sich gegenseitig nach Bedarf Rückdeckung gewährten. Erkundigungen, die betreffs einer Rückversicherung unter anderem bei der französischen 'Phoenix'-Gesellschaft in Paris, bei der 'Compagnie Royal' in Paris, beim Phönix in London, bei der Aachener und Münchner Feuerversicherung und bei der 'Acciendia Assicuratrice' in Triest eingebracht wurden, endeten indessen mit einem negativen Bescheid, da auf Grund der statistischen Angaben diese Gesellschaften das Gefahrenverhältnis als zu hoch betrachteten, um eine Rückversicherung übernehmen zu können 91) Mithin einzig Basel und St. Gallen, welche Bestimmungen, die jedoch lediglich theoretischer Natur waren.

Während dieser Periode zwischen 1821 und 1861 haben sich die 15 bestehenden kantonalen Brandversicherungsanstalten bezüglich des technischen Aufbaues nicht zu eigentlichen Versicherungs-Unternehmen aufschwingen können. 1861 bestanden sozusagen noch keine finanziellen Reserven, alles in allem zirka 1,5 Millionen Franken, bei etwa 1,5 Milliarden Franken Versicherungskapital 92). Mit einem Wort: Die Organisation der Versicherungsanstalten hätte in Zeiten

90) Tagsatzungsabschiede, Bd. IV, Seiten 137-139

91) Eggenberger, Geschichte der Brandversicherungsanstalt des Kantons St. Gallen, Seite 120

92) Separatabdruck aus den 'Mitteilungen kantonal-schweizerischer Feuerversicherungsanstalten', 1926, S. 8

normaler Schadensfälle genügt, doch war sie nicht vorbereitet, auch katastrophalen Ereignissen ohne Gefährdung zu begegnen.

Trotz der zum Teil schwierigen Lage der bestehenden Anstalten erfolgten in dieser Periode weitere Neugründungen: B a s e l - L a n d im Jahre 1833, nach der Trennung beider Basel. Hier lagen die Verhältnisse ähnlich wie bei Aargau, bezw. Fricktal. Basel-Land war schon unter dem alten Kantonsstatut, d.h. vor der Trennung zwischen Stadt und Landschaft, der Wohltat der staatlichen Gebäudeversicherung teilhaftig gewesen. Man zögerte denn hier auch nicht mit der Gründung einer eigenen Anstalt, und noch bevor zwischen den Ausschüssen des Kantons Basel-Stadt und des Kantons Basel-Land die auf den 26. August 1833 festgesetzte Uebereinkunft der Totaltrennung zustande gekommen war, hatte der neue Kanton bereits ein Gesetz, das die Brandversicherungsanstalt Basel-Landschaft dekretierte. Der Kanton T e s s i n beschloss im Jahre 1853 die Errichtung eines Monopols, dessen Ausnützung aber an eine italienische Versicherungsgesellschaft abgetreten wurde 93).

1826 nahm die p r i v a t e F e u e r v e r s i c h e r u n g mit der Gründung der 'Schweizerischen Mobiliar-Versicherungs-Gesellschaft' in Bern ihren Anfang. Dieses auf Gegenseitigkeit beruhende Unternehmen war auf Anregung der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft ins Leben gerufen worden. Damit war die bereits erwähnte zweigliedrige Organisation in der Feuerversicherung für die Zukunft festgelegt. Nachdem schon früher die Gothaer-Feuerversicherungsbank und die französische Feuerversicherungsgesellschaft 'Phoenix' in der Schweiz gearbeitet hatten, liessen sich nach und nach noch andere ausländische Privatgesellschaften in unserem Lande nieder. Die Schweizerische Mobiliar-Versicherungs-Gesellschaft befand sich zu Beginn ihrer Tätigkeit und vor 1861 in derselben Lage, wie sie für die öffentlich-rechtlichen Anstalten jener Zeit geschildert wurde, hatte sie sich doch in den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens nur

93) Schweizerische Statistik, Mitteilungen über das Brandversicherungswesen in der Schweiz.

langsam entwickelt und erreichte im Rechnungsjahr 1861/62 erst eine Prämieneinnahme von rund einer halben Million Franken 94) Allerdings besass sie eine gewisse technische Ueberlegenheit, die sie ihrem räumlich ausgedehnteren Tätigkeitsgebiet zu verdanken hatte und der damit zusammenhängenden günstigeren Risikoverteilung

D. Vierte Periode: Von 1861 - 1900

Das Jahr 1861 sollte beinahe ein Schicksalsjahr für die kantonalen Brandversicherungsanstalten werden. In der Nacht vom 10. auf den 11. Mai 1861 zerstörte eine gewaltige Brandkatastrophe den grössten Teil von Glarus und zerstörte damit, wie es scheinen wollte, mit einem einzigen Schlage auch die ganze bisher geleistete Aufbauarbeit der Brandversicherungsanstalten. Nahezu für 9 Millionen Franken Werte an Gebäuden und Mobiliar waren dem Feuer zum Opfer gefallen. Davon waren der Gebäudeschaden von Fr. 2 648 740 - und der Mobiliarschaden im Betrage von Fr. 1 403 260 - durch Versicherung gedeckt 95). Obwohl die glarner Brandversicherungsanstalt gerade eine der vorsichtigeren gewesen war und für die Begriffe der damaligen Zeit namhafte Reserven geöffnet hatte 96), gestattete ihr die durch die Kleinheit des Kantonsgebietes bedingte Risikenanhäufung doch nicht, ihren Verpflichtungen nachzukommen, ohne vorübergehend die Hilfe des Staates in Anspruch zu nehmen. Aus ihrem Reservefonds entnahm die kantonale Anstalt Fr. 250 000, den Rest trug der Kanton Glarus, der dafür ein Anleihen auflegte, an dessen Amortisation die Versicherten und Steuerpflichtigen noch bis ins Jahr 1881 beizutragen hatten, unter anderem in Form einer Erhöhung des Salzpreises 97).

Aber auch die schon erwähnte 1826 gegründete private Schweizerische Mobiliar-Versicherungs-Gesellschaft war gezwungen, von ihren Mitgliedern eine Nachschussprämie

94) Festschrift: '75 Jahre Helvetia-Feuer', Seite 8

95) Die Schadenssumme nicht versicherter Werte betrug Fr. 4 592 000

96) Die Reserven betrugen damals Fr. 544 726 = 27% des Versicherungskapitals

97) Mitteilungen der Vereinigung kantonal-schweizerischer Feuerversicherungsanstalten, 1926, Seite 19

von 100% zu erheben und ein Darlehen von Fr. 300'000.- aufzunehmen 98). Mit einem Schlage war das Brandversicherungs-
wesen nun der Gegenstand allgemeiner erregter Diskussionen.

Die unmittelbaren Auswirkungen des Brandes von Glarus waren ein Sturmangriff der Verstaatlichungsgegner auf sämtliche kantonale Brandversicherungsanstalten, demzufolge G e n f unterlag, indem über diese Anstalt 1864, nach 43 jährigem Bestehen, die Aufhebung beschlossen wurde. Aber auch in anderen Kantonen rief das Brandunglück von 1861 ernsthafte Bedenken wach gegen die Solidität der kantonalen Brandassuranzurzen. Es kam allenthalben zu lebhaften Erörterungen und der Wunsch nach Verstärkung des Versicherungsschutzes rief verschiedene Sanierungsvorschläge auf den Plan. Staatsmänner und einsichtige Bürger appellierten an die Solidarität der Eidgenossen, aber ein unter der Aegide der eidgenössischen Behörde im September 1861 ausgearbeitetes Projekt eines Konkordates, d.h. einer Verbindung der kantonalen Anstalten auf Grundlage der Gegenseitigkeit, fand keinen Anklang und ist dem damals recht ausgeprägten Kantönlicheist zum Opfer gefallen 99). Zwei weitere Vorschläge schienen dann zuerst mehr Aussicht auf Erfolg zu haben. Der eine zielte auf Auflösung der Monopolanstalten und Freigabe der Gebäudeversicherung an die Privatgesellschaften ab, während der andere verlangte, dass die kantonalen Anstalten bei der Privatversicherung Rückdeckung nehmen sollten.

Zum ersten Vorschlag ist zu sagen, dass der Brand von Glarus gleich einem Fanal zur Gründung mehrerer schweizerischer Privat-Versicherungsgesellschaften geführt hatte. Diese Erscheinung steht allerdings nicht vereinzelt da, denn wie erinnerlich wurde schon an früherer Stelle darauf hingewiesen, dass auch in vergangenen Jahrhunderten katastrophale Ortsbrände (z.B. Hamburg, London) zu Versicherungsgründungen den Anstoss gegeben haben. Ueberdies fand der Brand von Glarus in einer Periode industrieller Blüte statt; Kapital war genügend vorhanden, und die wirtschaftlichen Theorien

98) Geschichte der Schweizerischen Mobiliarversicherungs-
Gesellschaft, Seite 64

99) Vergleiche auch Seiten 99 und 111

der klassischen liberalen Schule hatten allgemein Gültigkeit. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn als weitere Reaktion auf den Glarnerbrand die Industriekreise die Gründung privater Aktiengesellschaften veranlassten, um ihre Versicherungsbedürfnisse zu befriedigen, da das Zutrauen in die kantonalen Anstalten erschüttert worden war. So entstanden auf dem Gebiete des Feuerversicherungswesens und der Rückversicherung drei Gesellschaften, die heute internationale Bedeutung erlangt haben: 'Helvetia' Feuerversicherung, gegründet 1861, 'Basler Versicherungsgesellschaft gegen Feuerschaden', gegründet 1863, und die 'Schweizerische Rückversicherungsgesellschaft', gegründet 1863. Neben der bereits bestehenden 'Schweizerischen Mobiliar-Versicherungsgesellschaft', welche die Gebäudeversicherung aber erst ab 1911 betreibt, waren also jetzt zwei neue schweizerische Privat-Feuerversicherungsgesellschaften auf den Plan getreten, welche mit 7 deutschen, 4 englischen, 11 französischen, 1 italienischen und 2 österreichischen Gesellschaften, also total 27 Unternehmungen, den 17 bestehenden kantonalen Immobilienassekuranzen gegenüberstanden (100).

Zwar hat schon der Bundesrat selbst in seinem vorgängig erwähnten Programm für die Verhandlungen über die Errichtung eines Konkordates zwischen den Kantonen vom September 1861 als möglichen Weg zu einer Reorganisation des Brandversicherungswesens die Auflösung der kantonalen Assekuranzanstalten erwähnt. Aber bereits die Eintretensdebatte der Konferenz zeigte, dass die Mehrheit der Stände an der Aufrechterhaltung ihrer Anstalten festhalten wollte (101). Dennoch gelangte mit einem vom 1. Oktober 1861 datierten, gedruckten Zirkular der Verwaltungsrat der 'Helvetia' an die Kantonsregierungen, indem er für die Reform des Gebäudeversicherungswesens empfahl, die obligatorischen Brandassekuranzvereine (gemeint waren die auf Gegenseitigkeit beruhenden Kantonalanstalten) aufzuheben und die Versicherung der Gebäude bei Aktiengesellschaften, die beim Staate konzessioniert seien, unter bestimmten Bedingungen, welche

100) Basler Versicherungsgesellschaft gegen Feuerschaden 1863-1938, Festschrift, Seiten 21 und 31

101) Bundesblatt 1861, Bd. II, S. 646. Vergl. auch Kapitel Rückversicherung, Seiten 110-112

im Zirkular angeführt waren, zu gestatten. Der Staat hätte dabei das Gebäudeversicherungswesen nach bestimmten Richtungen zu beaufsichtigen (richtige Taxation der in Versicherung gegebenen Gebäude, Schutz der Hypothekarinteressen, etc.).

Als Gründe für die Freigabe der Immobilien-Assekuranz wurden im Zirkular der 'Helvetia' angeführt:

a) Die Unbilligkeit, welche darin liege, dass man bei den kantonalen Gegenseitigkeitsanstalten die Gebäudebesitzer zum Eintritt in dieselben zwingt, ohne ihnen gleichzeitig die notwendige Sicherung ihrer Interessen garantieren zu können;

b) die mehrere Sicherheit für die Versicherten bei den Privatgesellschaften, die in einer besseren Risikenmischung derselben und im Vorhandensein eines Aktienkapitals als Garantie zugunsten der Versicherten liege;

c) der Vorteil der festen Prämie, bei welcher Nachzahlungen wie sie beim Umlageverfahren vorkommen, ausgeschlossen seien;

d) die durch die Konkurrenz bedingten niedrigen Prämien-sätze 102).

Vereinzelt waren solche Bestrebungen auf Freigabe der Gebäudeversicherung schon seit 1830 aufgetaucht. Sie entsprangen teils dem Bedürfnis, die Gebäude zu einem die staatliche Taxation übersteigenden Werte versichern zu können (Thurgau); teils wurde die Forderung von städtischen Hausbesitzern als Protest gegen die Einheitsprämie und den Mangel einer Gebäudeklassifizierung erhoben (Luzern); teils fürchtete man, die kantonale Anstalt biete wegen ihres zu unausgeglichene Risikobestandes nicht genügend Gewähr, ihren Verpflichtungen immer nachkommen zu können; es sei dies einer auf ausgedehnterem Gebiete arbeitenden Privatversicherungsgesellschaft eher möglich (St. Gallen)

So wurden auch jetzt wieder neben diesem Vorstoss der direkt interessierten Privatversicherungskreise von Bürgern, gemeinnützigen Vereinen u. s. w. Petitionen an die Kantons-

102) Eggenberger, Geschichte der Brandversicherungsanstalt des Kantons St. Gallen, S. 38

regierungen eingereicht, die auf Freigabe der Gebäudeversicherung hinzielten. Jetzt, nach dem angeblichen Zusammenbruch der glarnerischen Anstalt, glaubten die Gegner der staatlichen Versicherung zu einem Angriff gegen die Kantonalanstalten übergehen zu können. 'Die Freigabe der Versicherung', so schrieb die Redaktion des Archivs für Schweizerische Statistik, 'hat unsere meisten Sympathien, weil wir prinzipienreiterlich die Freiheit mit allen möglichen Uebeln dem weitesten Gesetze vorzuziehen geneigt sind' (103). Am 24. Mai 1861 reichte die Feuerkommission Rorschach eine diesbezügliche Eingabe an den St. Gallischen Grossen Rat ein. Im November 1864 verlangte der 'Toggenburgische Unterhaltungsverein in Flawil' in einer ähnlichen Petition ebenfalls die Freigabe der Gebäudeversicherung. Am 26. Mai 1865 wurde von 334 Bürgern eine ähnliche Petition wiederum an den Grossen Rat von St. Gallen eingereicht (104).

Diese wenigen Beispiele zeigen, wie allgemein und umfassend sich das ganze Volk und alle Kreise mit der Frage des Brandversicherungswesens befassten. Im allgemeinen stützten sich all diese Petitionen inhaltlich auf die bereits im Zirkular der 'Helvetia' vom 1. Oktober 1861 enthaltenen Ausführungen, wonach kein Grund mehr bestehe, das Institut der staatlichen Anstalt beizubehalten, weil dessen Zweck auch auf anderem Wege ebenso gut erreicht werden könne und weil mit ihm immerhin die Gefahr für den Kanton verbunden sei, sich bei grösseren Brandfällen der Mittel zu berauben, die ihm zur Erfüllung seiner anderweitigen Verpflichtungen im öffentlichen Interesse unentbehrlich seien. Das Institut begünstige aber auch eine Gefährdung der einzelnen Bürger, indem bei einem grossen Brandunglück entweder die Leistungen an die Abgebrannten gekürzt oder von den Versicherten auf Jahre hinaus übermässige Prämien gefordert werden müssten. Man berief sich dabei auf die Feststellungen, dass nicht bloss in Glarus, sondern auch andernorts und früher schon die

103) Darstellung der cantonalen Gebäudeversicherungsanstalten in der Schweiz. Bearbeitet von der Redaktion des Archivs für schweizerische Statistik, Zürich 1861.

104) Eggenberger, Geschichte der Brandversicherungsanstalt des Kantons St. Gallen; Seiten 38/39/40

öffentliche Feuerversicherung den an sie gestellten Aufgaben nicht genügt, ja zum Teil sogar völlig versagt habe und dass diese Erscheinung in den letzten Katastrophenjahren einen unangemessenen Umfang angenommen habe. Als Ursache dessen wurden sowohl versicherungstechnische wie auch wirtschafts- und allgemeinpolitische Gründe genannt. Als die wichtigsten derselben bezeichnete man den durchwegs fühlbaren Mangel einer richtigen Kapitaldeckung für die kantonal eingegangenen Ersatzverpflichtungen, die territoriale Beschränktheit der meisten Versicherungsgebiete und das Fehlen jeder Technik in der Organisation des Versicherungsgedankens.

Die Kantonsregierungen reagierten auf diese Anschuldigungen und Petitionen, indem sie grundsätzlich die Notwendigkeit einer besseren Sicherung sowohl der Anstalten wie der Gebäudeeigentümer zugeben mussten. Diese Einsicht führte dann während der nächsten Jahre (bis 1872) zu Revisionen der Brandversicherungsgesetze bei 12 kantonalen Feuerversicherungsanstalten, mit dem Erfolg einer vermehrten Sicherheit und Anpassung derselben an die Bedürfnisse der Versicherten, wobei im Falle von Genf, wie schon kurz berichtet, ausnahmsweise zur Aufhebung des dortigen Gebäude-Versicherungsinstituts geschritten wurde, so dass die Zahl der 1864 verbleibenden öffentlich-rechtlichen Anstalten noch 16 betrug. Allerdings begegnete fast in jedem Kanton der Grosse Rat der Forderung auf Freigebung der Assekuranz. Freiburg entschied mit nur schwachem Mehr (32:29) für Ablehnung des Antrages, während sich alle andern Volksvertretungen mit überwiegenden Stimmenzahlen für Beibehaltung der staatlichen Einrichtungen aussprachen. Selbst St. Gallen und Basel, die Sitze der 'Helvetia' und der 'Basler', wiesen die Angriffe des Privatkapitals mit grossen Mehrheiten (119:7 in St. Gallen, 64:27 Stimmen in Basel) zurück (105).

Der Kern dieser Gesetzesrevisionen bestand darin, dass man vom Schadenumlageverfahren abging, jährlich feste Prämien zu erheben begann und Reserven anlegte. Die den Hauseigentümern bisher auferlegten Selbstbehalte wurden fallen gelassen

105) Die Freigebung der Gebäudeassekuranz in der Schweiz, III. Auflage, Seite 14

und die Versicherung zum vollen Wert eingeführt, dagegen blieben gefährliche Risiken weiterhin ausgeschlossen, ja man wurde in der Handhabung dieser Massnahme eher strenger und die Haftbarkeit des Versicherers wurde klarer definiert. Die Tätigkeit der kantonalen Anstalten begann sich den hauptsächlichsten Prinzipien der Versicherungstechnik anzupassen. In manchen Kantonen wurde in der Folge eine bessere Klassifikation der Risiken eingeführt. Es wurden Bestimmungen aufgestellt hinsichtlich der Aeufrung von Reserven und als wichtigste Neuerung überall der Rückversicherungsgedanke aufgenommen, der sich bis heute zu einem Eckpfeiler der Versicherung entwickelt hat. Anfangs zeigten öffentliche und private Gegenseitigkeitsanstalten der Rückversicherung gegenüber eine grosse Zurückhaltung, denn man glaubte darin ein Spekulationsgeschäft zu erblicken, aber nach und nach hatte sich diese Einrichtung doch durchzusetzen vermögen. Besonders als 1863 die erste schweizerische Rückversicherungsgesellschaft gegründet worden war, fiel ohne weiteres das Bedenken, ein allfälliger Gewinn wandere ins Ausland ab, das den früheren ausländischen Offerten gegenüber geltend gemacht worden war. Nichts desto weniger hatten mehrere kantonale Brandversicherungen Schwierigkeiten, nach dem Brand von Glarus einen Rückversicherer zu finden, der geneigt war, sich durch annehmbare Prämien und Bedingungen ihrer spezifischen Organisation anzupassen.

Durch diese Reorganisationen war es den öffentlich-rechtlichen Brandassekuranzen gelungen, die sehr ernste Krise nach dem Glarnerbrand zu überwinden. Von den drei Vorschlägen: Eidgenössische Bundesbrandversicherungs-Anstalt; Freigebung der Gebäudeassekuranz an die Privatunternehmen; Sicherung durch Rückversicherung hatte sich also der letztere durchgesetzt. Der Bedeutung des Rückversicherungsgedankens entsprechend wird dieser noch Gegenstand weiterer Betrachtungen an späterer Stelle sein.

Aber auch was die Feuerpolizei, also die vorbeugenden Massnahmen anbelangte, wurde dieser mehr Beachtung geschenkt und den neuen Verhältnissen angepasst. Die kantonalen Anstalten begnügten sich nicht mehr damit, die Schäden auf die

Gemeinschaft zu verteilen. Mit Rücksicht auf ihren Gegenseitigkeits- und Gemeinnützigkeitscharakter hatten sie noch und nach auch die Feuerverhütung und -bekämpfung in ihren Aufgabenkreis mit einbezogen ausgehend von der Erkenntnis dass die verbrannten und durch die Versicherung vergüteten Werte für die Gesamtheit unwiederbringlich verloren sind. Wenn der Aufschwung der Industrie, der vermutlich für das bis 1870 zu beobachtende Ansteigen der Brandassekuranzkurve mitverantwortlich war, so wirkte er nun in der gegenteiligen Richtung. Die Bauweise machte Fortschritte, man erfand Verbesserungen in der Beschaffenheit der Baumaterialien, auf dem Gebiete des Beleuchtungs und Heizungswesens, die Straßen wurden breiter und um die Städte herum, deren Mauern dem modernen Verkehr weichen mussten, entstanden neue Quartiere. Unter dem Einfluss der im Schweizerischen Feuerwehverein⁴ vereinigten Interessenten und dank den Subventionen der Versicherer wurde der Feuerschutz wirksamer. Die Entwicklung dieser Tätigkeit auf einer breiten Stufe hat sich rückblickend nicht nur vom Standpunkt des allgemeinen Interesses aus als nützlich erwiesen, sondern die Erfahrungen zeigten dass die Anstalten die diese Politik am intensivsten betrieben haben die niedrigsten Durchschnitts Schadenziffern verzeichnen. Die kantonalen Anstalten sahen auf Grund der gemachten Erfahrungen immer mehr ein, dass die Schadenverhütung der Schadenvergütung vorzuziehen sei und übernahmen in diesem Sinne eine Aufgabe, welche volkswirtschaftlich betrachtet, höher zu bewerten ist als die ihrem Gründungszweck entsprechende (106)

Nachdem sich das Zutrauen in die kantonalen Anstalten wieder gefestigt hatte, erfolgte auch wiederum eine Neugründung einer solchen, nämlich der von N i d w a l d e n im Jahre 1884. Interessant ist es die Begründungen dazu mit den Argumenten des Zirkulars der Helvetia von 1861 und den Initianten der Petitionen gegen die öffentlich-rechtliche Versicherung der sechziger Jahre zu vergleichen. Als Vorlage für die nidwaldner Landsgemeinde des Jahres 1882 wurde von einer Anzahl der Bürger verschiedener Gemeinden des Kantons ein von Herrn Louis Wyrsh aus Stans entworfener Ge-

106) Mitteilungen kantonal-schweizerischer Feuerversicherungsanstalten; Separatabdruck, 1926, Seiten 9 und 18

setzesvorschlag eingereicht, der die Gründung einer kantonalen Brandversicherungs-Anstalt bezweckte. Die Initianten jenes Vorschlages beabsichtigten damit:

- a) Die allgemeine und obligatorische Brandversicherung der Gebäude des Kantons Nidwalden;
- b) den Uebelständen, die sich aus den rigorosen Bestimmungen der Privatversicherungs-Police bei Brandfällen gewöhnlich ergaben, Abhilfe zu schaffen und
- c) die Anstrengungen, die für die Hebung des Löschwesens seit einigen Jahren gemacht wurden, auch möglichst vollständig den Interessen des eigenen Landes dienstbar zu machen, und endlich
- d) den Nutzen, der den auswärtigen Aktien-Gesellschaften durch Ueberlassung der Brandversicherung bisher zugefallen war, inskünftig den Gebäudebesitzern im Lande zuzuwenden.

Der Landrat prüfte den Vorschlag auf seine verfassungsmässige Zulässigkeit, bat die Initianten aber zugleich, sie möchten den Vorschlag einstweilen zurückziehen, damit diese wichtige Gesetzesmaterie auch in materieller Hinsicht reiflicher geprüft werden könne. Eine eigens dafür eingesetzte Kommission wog nun die Vor- und Nachteile der öffentlichen Brandversicherung und die der privaten Gesellschaften gegeneinander ab. Mit einigen unwesentlichen Abänderungen wurde dann der Vorschlag der Initianten der Landsgemeinde von 1884 unterbreitet, die denselben bei sehr zahlreichem Besuch und reger Diskussion zum Gesetz erhob 107). Noch im selben Jahr ging man an die Erstellung eines Gebäudeverzeichnisses und begann mit den Einschätzungen, so dass der Bestand der kantonalen Brandversicherungsanstalten nun wieder auf 17 angestiegen war, welche Zahl sich bis zur Jahrhundertwende nicht mehr änderte. Das Versicherungskapital war um 1900 auf 6,5 Milliarden Franken und die Reserven waren auf 27 Millionen Franken angestiegen 108).

Bis zur Jahrhundertwende hatten auch die schweizerischen

107) Jahresbericht Nr.1 der kantonalen Brandversicherungs-Anstalt von Nidwalden, Seiten 3/4

108) Bericht des Eidg. Versicherungsamtes vom Jahre 1900, Abschnitt 'Feuerversicherung'.

Privat-Feuerversicherungen ihre Stellung konsolidiert Die Entwicklung der Schweizerischen Mobiliar Versicherungs Gesellschaft bis zum Brand von Glarus ist bereits kurz umrissen worden. Durch Einziehen einer Nachschussprämie und Aufnahme eines Darlehens konnte die Mobiliar damals ihren Verpflichtungen aus dem Glarnerbrand nachkommen. Die Prämieeneinnahmen konnten in der Folge von rund einer halben Million Franken im Rechnungsjahr 1861/62 auf über zweieinhalb Millionen Franken im Rechnungsjahr 1899/1900 gebracht werden, wobei nicht ausser acht gelassen werden darf, dass diese Gesellschaft bis zum Jahr 1911 vorläufig nur in der Mobiliarbranche tätig war. Trotz dieser positiven Entwicklung hat die Glarner Katastrophe gezeigt, dass es an der Zeit war, dass die private Feuerversicherung eine Stärkung erfuhr und die schon erwähnten Gründungen der 'Helvetia' und der 'Basler' trugen dazu wesentlich bei.

Die 'Helvetia' in St. Gallen war seit den ersten Jahren ihrer Tätigkeit bestrebt gewesen, ihr Geschäft auf eine breite Basis zu stellen, indem sie es auf das Ausland ausdehnte und zwar nicht nur auf kontinentale, sondern auch auf überseeische Gebiete, unter geschickter Benützung angesehener schweizerischer Handelsniederlassungen. Sie brachte es nach und nach zu einem ansehnlichen Versicherungsbestand, so dass sie bereits 25 Jahre nach ihrer Gründung eine Prämieeneinnahme von fast 5 Millionen Franken ausweisen konnte und damit in die Reihe der grossen Feuerversicherungsgesellschaften trat. Ihre Hauptgebiete waren ausser der Schweiz, Deutschland, Belgien, die Levante, Aegypten und Mexiko sowie die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Am Ende der hier zu betrachtenden Periode, im Jahre 1900 näherte sich die Prämieeneinnahme der neunten Million Franken 109).

Die 'Basler Versicherungsgesellschaft gegen Feuerschaden' war wie die 'Helvetia' bemüht, ihr Geschäft auch ausserhalb der Schweiz in verschiedenen europäischen Staaten und überseeischen Gebieten zu entwickeln. So brachte sie es z.B.

109) Festschrift '75 Jahre Helvetia Feuer', Seite 11 ff. und Tabelle auf Seite 41

in Deutschland zu der ersten Stellung unter den ausländischen Feuerversicherungs Gesellschaften Auch in Belgien, Frankreich Italien, Spanien und in Skandinavien baute sie ein bedeutendes Geschäft auf. Um 1900 beliefen sich die Prämieinnahmen der Basler gegen acht Millionen Franken (110). Neben diesen zwei aufstrebenden Aktiengesellschaften hatte sich noch eine neue Gegenseitigkeitsgesellschaft konsolidiert. In Zäziwil war nämlich 1874 die 'Emmentalische-Mobiliar-Versicherungs-Gesellschaft' gegründet worden.

Einen Markstein in der Entwicklung des Schweizer Geschäfts bildete die Einführung des Bundesgesetzes betreffend Beaufsichtigung von Privatunternehmungen im Gebiete des Versicherungswesens vom 25. Juni 1885 und die Errichtung des Eidgenössischen Versicherungsamtes, welches seine Tätigkeit als Aufsichtsbehörde noch im selben Jahre aufnahm. Die eidgenössische Staatsaufsicht - übrigens die erste Institution dieser Art - machte nicht nur den kantonalen Konzessionen, sondern auch den für die Feuerversicherung einschlägigen gewerbepolizeilichen Vorschriften der Kantone ein Ende. Als die Tätigkeit des Versicherungsamtes einsetzte, besaßen 39 Gesellschaften kantonale Konzessionen, aber nur rund die Hälfte dieser Unternehmungen bewarb sich um die nun notwendig gewordene eidgenössische Konzession, so dass im Jahre 1886 das schweizerische Feuerversicherungsgeschäft nur noch von den vorher erwähnten vier schweizerischen und von fünfzehn ausländischen Gesellschaften betrieben wurde. Diese Wandlung liess damals schon erkennen, wie der Wert der Staatsaufsicht auch darin liegt dass sie sowohl unsolide Unternehmungen fernzuhalten als auch unsolide Gründungen in ihrem Gebiet zu verhindern vermag. Als Beweis sei hierzu angeführt, dass bei der Einführung der Staatsaufsicht von insgesamt 163 in der Schweiz auf allen Versicherungszweigen tätigen Privatgesellschaften deren 66 auf eine Bewerbung um die eidgenössische Konzession verzichtet haben, und gerade von diesen letzteren Unternehmungen war zehn Jahre später die Mehrzahl infolge Verlust der heimatlichen Konzession

(110) Simon, Versicherungswesen in der Schweiz, S. 18

oder infolge Liquidation oder Amalgamierung untergegangen 111)!

Obschon die Vereinfachung der Konzessionierung von den soliden und reellen Privatgesellschaften begrüsst wurde hatte das neue Aufsichtsgesetz doch auch seine vorwiegend finanziellen Kehrseiten. Es verfügte nämlich, dass zur Deckung der Verwaltungskosten von den privaten Versicherungsunternehmen eine Staatsgebühr erhoben werden solle und, was sich als viel einschneidender erwies, den Kantonen es vorbehalten bleibe, 'den Feuerversicherungsunternehmen mässige Beiträge zu Zwecken der Feuerpolizei und des Feuerlöschwesens aufzuerlegen'.

Diese beiden Auflagen überstiegen denn auch in stets zunehmendem Masse die bisher den Kantonen ausgerichteten Gebühren und Taxen. Die Kantone machten von der ihnen zustehenden Befugnis bald Gebrauch und nach einem Jahr hatten schon sieben Kantone die sog. 'Löschsteuer' eingeführt, denen sukzessive weitere nachfolgten, bis schliesslich alle in Betracht fallenden Kantone im Laufe der Zeit diese Steuer einzogen. Die Privatgesellschaften überschätzten die Tragweite dieser neuen Belastung anfänglich und glaubten deshalb, sie auf den Versicherungsnehmer abwälzen zu müssen. Die Versicherten beschwerten sich nicht zu Unrecht, es sei nicht billig, dass sie den Versicherungsgesellschaften zuge dachte Steuern tragen sollten während die Gesellschaften selbst aus den Verbesserungen der Löscheinrichtungen Nutzen zögen, die zudem auch dem Unversicherten zugute komme. In der Folge wurde dieser Argumentation bei den meisten Gesellschaften stattgegeben und die im ersten Schrecken getroffene Massnahme, die viel Unwillen im Volke erregt hatte, wieder aufgehoben, d. h. die Löschsteuer von den Gesellschaften selbst übernommen 112).

111) Bericht des Eidgenössischen Versicherungsamtes vom Jahre 1886 und Festschrift 'Basler Versicherungsgesellschaft gegen Feuerschaden' 1863-1938, S. 35 u. 38

112) Festschrift Schweizerische Mobiliar-Versicherungsgesellschaft, 1826-1926, S. 97

E. Fünfte Periode: Von 1900 an

Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts kennzeichnete sich durch eine rasche Entwicklung des Versicherungsgedankens in der Schweiz, an welcher Erscheinung die Feuerversicherung auch ihren Anteil hat. Andernseits wurde aber diese erfreuliche Entwicklung durch die wirtschaftlichen Auswirkungen zweier Weltkriege wesentlich beeinflusst.

a) Die Entwicklung der öffentlich-rechtlichen Brandversicherung im zwanzigsten Jahrhundert

Dieser Zeitabschnitt weist drei neue Gründungen auf, nämlich diejenigen der 'Vereinigung kantonal-schweizerischer Feuerversicherungsanstalten', 1903; der kantonalen Brandversicherungsanstalt des Kantons Graubünden, 1907 und des Interkantonalen Rückversicherungsverbandes, 1910. Ferner hatten sich nach jedem der beiden Weltkriege die öffentlich-rechtliche Feuerversicherung mit der Frage der Versicherung der durch die Kriegszeit gesteigerten Bauwerte zu befassen und in den dreissiger Jahren trat man an die Bearbeitung der Elementarschadensfrage heran.

aa) Die Gründung der 'Vereinigung kantonal-schweizerischer Feuerversicherungsanstalten'

Wenn bisher nur von der Vor- und der Gründungsgeschichte der einzelnen Brandversicherungsinstitute unseres Landes die Rede gewesen ist, so bietet sich nun an dieser Stelle die Gelegenheit, auch die interkantonalen Beziehungen und deren Entwicklung zu verfolgen.

Die Tätigkeit der kantonalen Anstalten erstreckte sich, wie schon ihre Bezeichnung verrät, von jeher bloss auf das Territorium ihres Kantons, innert dem ihnen dann allerdings ein mehr oder weniger gut ausgebautes Betriebsmonopol, unterstützt durch ein gleichzeitiges Versicherungsobligatorium, zu statten kam. Die Organisation der Versicherung selbst ist durchwegs eine solche auf reiner Gegenseitigkeit der in den Anstalten zusammengeschlossenen Versicherten,

wobei weiter festzustellen ist, dass diesen Gebäudeanstalten zumeist auch wesentliche Kompetenzen im Gebiet der Feuer- und Baupolizei zur Verfügung stehen. Auf dieser Basis, die nur im letzten Punkt von Kanton zu Kanton etwas divergiert, sind heute sämtliche kantonalen Versicherungsinstitute organisiert.

Die räumliche Beschränktheit des der einzelnen Anstalt zur Verfügung stehenden Tätigkeitsgebietes machte beizeiten die Notwendigkeit eines vermehrten Zusammenschlusses und Zusammenwirkens derselben auf breiterem, am besten gesamtschweizerischen Boden fühlbar. Allerdings stand den Anstalten, da ihre Versicherungsverhältnisse auf gesetzlicher Grundlage beruhten und deshalb auch keine 'Vertragsdauer' und keinen 'Vertragsablauf' kannten, von jeher schon ein gewisser Risikenausgleich wenigstens im zeitlichen Sinn zu Gebot. Viel wichtiger aber für das Gedeihen all dieser Institute wäre der Ausgleich im Räume, in örtlicher Beziehung gewesen, ein Ausgleich der Brandschadensziffer von Kanton zu Kanton. Im weiteren kam dazu noch das Bedürfnis nach Zusammenfassung aller brandprophylaktischer Massnahmen, sei es auf dem Wege der interkantonalen Vereinheitlichung oder der blossen Zusammenfassung, alles Tendenzen, die den Gedanken eines gesamtschweizerischen Zusammenschlusses der Anstalten ebenfalls in der gleichen Richtung vorwärts drängten.

Die ersten Anfänge solcher interkantonalen Beziehungen reichen indes bloss bis in die 1860er Jahre zurück; die Bestrebungen allerdings zu gleichem Zwecke sind bedeutend älter. Als solche sind schon die verschiedenen Publikationen des eidgenössischen statistischen Bureaus über die kantonalen Gebäudeversicherungsverhältnisse in den 1850er Jahren, dann 1861 und 1862 wieder, aufzufassen, denen jeweils eine entsprechende Fragenstellung der genannten Amtsstelle bei den einzelnen Anstalten, also eine Art interkantonale Feuerversicherungs-Enquete, voranging. Die weiteren Massnahmen erschöpften sich indes lediglich in einem Versuch des statistischen Bureaus zu einer schweizerischen Statistik der kantonalen Brandversicherungsanstalten, die aber an der

ungleichartigen Rechnungsstellung derselben, wie auch an der Unvollständigkeit und Unregelmässigkeit des gesammelten Materials die grössten Hemmnisse fand. Schon damals aber wurde, ein erstes Ergebnis solcher Statistiken, die territoriale Abgeschlossenheit der kantonalen Anstalten als äusserst schädigend und die Sicherheit der Entschädigungsleistung selbst direkt gefährdend bezeichnet 113)

Die Frage des vermehrten Zusammengehens wurde indes erst durch den Grossbrand von Clarus und die damit in Zusammenhang stehende Bewegung zur Schaffung eines i n t e r k a n t o n a l e n R ü c k v e r s i c h e r u n g s - K o n k o r d a t e s in eigentliche Diskussion gebracht. Die Bewegung, die ursprünglich von bloss kantonalem Boden ausgehend, erhielt ihre gesamtschweizerische Bedeutung, als der Bundesrat mit Kreisschreiben vom 9. September 1861 eine Konferenz kantonalen Feuerversicherungs Fachleute nach Bern einberief, zwecks Festsetzung den nötigen Unterlagen für die sofortige Schaffung einer interkantonalen Rückversicherungsorganisation auf dem Konkordatsweg. Die Konferenz, beschickt von Abgeordneten fast aller Kantonsregierungen, fand am 18. November und 2./3. Dezember 1861 in Bern statt und legte bereits einen eingehenden Konkordatsentwurf fest, der dann vom Bundesrat am 6. August 1862 sämtlichen Kantonsregierungen und Konferenzteilnehmern zur Einsichtnahme zugestellt wurde. Zuvor war das eidgenössische statistische Bureau noch beauftragt worden, eine Zusammenstellung über die in den einzelnen Kantonen vorhandenen Einrichtungen auf dem Gebiet des Gebäudeversicherungswesens durchzuführen. Zu den Ergebnissen dieser Arbeit, wie zu den von den Kantonsregierungen in der Folge eingereichten Abänderungsvorschlägen und Kommentaren nahm dann eine besondere, hierfür eingesetzte Kommission von Sachverständigen in einer zweiten Konferenz vom 2. September 1862 ebenfalls in Bern, Stellung. Die Antworten der Kantone lauteten im Grundsatz mehrheitlich zustimmend, im Einzelnen wurden aber mannigfache Aenderungen am Konkordatsentwurf gewünscht.

113) Festschrift: 'Die Gebäudebrandversicherung des Kts. Luzern', 1810-1920, S. 123

Dieser Konkordatsentwurf sah die Konkordatshilfe bei Brandfällen mit einer Schadenssumme von über Fr. 200 000.- vor und wollte deren Kosten durch verhältnismässige Verteilung des Schadens nach einem bestimmten Schlüssel auf die Assekuranzkapitalien der sämtlichen konkordierenden Stände (mit Inbegriff des ansprechenden) decken 114) Sowohl der Begriff des Brandschadens selbst wie der des Assekuranzkapitals wurden zu diesem Behufe deutlich umschrieben. Als Vollziehungsorgane sah der Entwurf für den Konkordatsfall die Mitwirkung des Bundesrates und eine Konferenz der konkordierenden Stände, von einem Mitglied des ersteren präsi diert, vor. Als Zweck des Konkordates bezeichnete der Entwurf deutlich 'die gegenseitige Unterstützung der Assekuranzenstan talen der eidgenössischen Stände in ausserordentlichen (Brand-) Fällen'.

Der Konkordatsentwurf sah vor, dass das Konkordat für die beitretenden Stände verbindlich werden sollte, wenn eine solche Anzahl von Ständen ihren Beitritt zu demselben erklärt hatten, dass das gesamte Assekuranzkapital derselben wenigstens 1000 Millionen Franken ausmachte. Die bezüglichlichen Feststellungen wären dem Bundesrate obgelegen. Der nächste Schritt der Konkordatsfreunde ging daher dahin, den Konkordatsentwurf sämtlichen interessierten Kantonen und deren Behörden zwecks Annahme oder Verwerfung zuzustellen. Auf diesem Punkt wandelte sich aber der bisherige Erfolg der Aktion in einen raschen Misserfolg derselben. Die wenigsten Stände konnten sich nun in Wirklichkeit dazu entschliessen, dem vorbereiteten Konkordat, dessen Organisation offenbar noch an zuvielen Schwächen litt, beizutreten. Einzig Glarus, St. Gallen und Basel-Stadt fanden eine annehmende Mehrheit bei ihren Behörden. Obwohl sich eine nochmalige Konferenz am 28. Dezember 1863 in Bern neuerdings mit dieser Frage beschäftigte, war das Schicksal derselben doch besiegelt 115).

Nach der Verabschiedung der Konkordatsfrage zeigte sich in der Folge ein längerer Stillstand in der Pflege inter-

114) Vergl. auch Kapitel 'Rückversicherung', S. 112.

115) Helfenstein: Die Gebäudebrandversicherung des Kts. Luzern, 1810-1920, Seiten 123/124.

kantonalen Beziehungen Dies trotz des Umstandes dass die Brandfrequenz fast aller kantonalen Anstalten, auch in den 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts, eine relativ hohe blieb und sich durch zahlreiche Ortschafts- und Grossbrände auszeichnete. An Vorgängen von interkantonaler Bedeutung aus dieser Zeit wären bloss etwa die b u n d e s r ä t l i c h e E n q u e t t e von 1877 über den damaligen Stand der kantonalen Versicherungskontrolle und die Ansichts- äusserung der Kontrollbehörden über das staatliche Versicherungswesen zu erwähnen, die effektiv der Beurteilung des den Privatgesellschaften in den einzelnen Kantonen belassenen Spielraumes im Feuerversicherungswesen galt und als Vorarbeit für die kommende Vereinheitlichung des schweizerischen Versicherungs-Aufsichtsrechtes aufzufassen ist, das dann im schon erwähnten Erlass von 1885 praktische Gestalt annahm. In die gleiche Zeit gehört auch das V o r g e h e n des K a n t o n s Z ü r i c h und dessen Anfrage an sämtliche Kantonsregierungen vom Jahre 1889 betreffend die Errichtung von staatlichen Mobiliarversicherungs-Instituten durch die Kantone, im Anschluss an die bestehenden Gebäudeanstalten und die Rückdeckung beider gegen Brandkatastrophen auf dem Wege des Umlageverfahrens und auf dem 1863 verlassenen Boden des Konkordates Einen Erfolg zeitigte diese Bemühung aber nicht 116).

Der wichtigste und folgenreichste Vorgang für die Entwicklung und Anbahnung besserer gegenseitiger Beziehungen zwischen den kantonalen Brandversicherungsanstalten war die im Jahre 1902 erfolgte Gründung einer festen i n t e r k a n t o n a l e n Z e n t r a l o r g a n i s a t i o n. Die nähere Veranlassung dazu ist ebenso eigenartig wie nachhaltig gewesen und stand mit den damaligen Vorgängen auf dem Gebiete der sog. 'Chömage-Versicherung' im Zusammenhang. Allerdings hatte sich schon längst in weitesten Kreisen der Feuerversicherungsbranche die Erkenntnis der steigenden Isolierung und des mangelnden Zusammenschlusses eingestellt Auch die objektive Lage der Dinge, was seit Verabschiedung des Konkordates in den 1860er Jahren allein in der

116) Helfenstein, Die Gebäudebrandversicherung des Kts. Luzern, 1810-1920, S. 126

Frage der Rückdeckung der Anstalten organisiert und unter-
nommen worden war, mochte die Gedanken in die gleiche Rich-
tung gedrängt haben. Ueberall im Gebiete der Wirtschafts- wie
Versicherungspolitik drängte überdies die Zeit zu besserer
und stärkerer Organisation und Zusammenfassung der einzelnen
Kräfte, was für die kantonalen Anstalten zugleich Vertief-
ung, Bereicherung und Vereinheitlichung ihrer Organisa-
tion heissen musste. Dieser Einsicht folgend hatten sich
beispielsweise die öffentlichen Feuerversicherungsanstalten
('Sozietäten') des damaligen Deutschen Reiches schon längst
zu einem Zentralverband zusammengeschlossen.

Die Ch ô m a g e v e r s i c h e r u n g selbst, deren
Misstände die äussere Veranlassung zu der nun wirklich
erfolgenden Vereinigung der Anstalten wurde, bezweckte den
wirtschaftlichen Schutz des Brandgeschädigten gegenüber
Betriebsverlusten, Mietzinsausfall und dergleichen indi-
rekten Schädigungen bei Brandfällen. In ihrer Durchführung
hatte aber diese Versicherung, die sich zumeist lediglich
an die Taxations- und Schätzungsverhältnisse der ordentli-
chen Feuerversicherer anlehnte, eine fühlbare Schädigung
deren Interessen zur Folge. Da die Chômageversicherung von
englischen und französischen Gesellschaften, welche sie in
der Schweiz eingeführt hatten, auch noch mit einer verwerf-
lichen Geschäftspraxis gehandhabt wurde, indem sie im Scha-
densfall rundweg 10% des Gebäude- und Mobiliarschadens ver-
güteten, ohne festzustellen, ob der Vermögensschaden diesem
Ansatz entsprach, oder ob überhaupt ein Betriebsverlust
eingetreten war, bildete sie damit einen Anreiz zur Brand-
stiftung oder doch zum Nachlassen der gewohnten feuerpoli-
zeilichen Sorgfalt und artete so zu einer Gefährdung der
Oeffentlichkeit und ihrer Anstalten aus. Deshalb band der
Bundesratsbeschluss vom 9. Mai 1902 über diesen Gegenstand
den Abschluss aller Chômageverträge an die ausdrückliche
Zustimmung des ordentlichen Feuerversicherers, also auch
der kantonalen Brandversicherungsanstalten. Die Notwendig-
keit der letzteren nun, hier eine einheitliche Stellung zu
beziehen, ist die Ursache zur Gründung der interkantonalen
Vereinigung geworden.

Schon an der Konferenz vom 22. August 1902 in Aarau, die im übrigen noch der Regelung der Chömageversicherungs-Frage diente, stand ein diesbezüglicher Statutenentwurf zur Diskussion und fand Annahme. Die definitive Konstituierung des Verbandes fand indes erst anlässlich der zweiten Konferenz vom 12. Februar 1903 in Olten statt, nachdem bereits 12 kantonale Anstalten ihren Beitritt dazu erklärt hatten, denen bald auch noch die übrigen Institute folgten 117).

Zweck der 'Vereinigung kantonaler Feuerversicherungsanstalten in der Schweiz', wie die offizielle Bezeichnung der neuen Organisation lautete, ist die Förderung der kantonalen Brandversicherung durch Vermittlung eines regen Kontaktes zwischen den einzelnen Anstalten; das Studium der die Gesamtheit interessierenden Fragen, das Sammeln und Verwerten der Erfahrungen und Ergebnisse der einzelnen Brandasskuranzen sowie das Vorschlagen von Verbesserungen bestehender und Einführung neuer, das Brandversicherungswesen berührender Einrichtungen. Die im nachfolgenden kurz umschriebenen Aufgaben, die sich die Vereinigung seit der Gründung gestellt und auch gelöst hat, dürften die Bedeutung dartun, die diese Institution für die kantonalen Anstalten erlangt hat:

Die erste Arbeit bestand in der Einführung einer einheitlichen Brandstatistik, die seit 1907 regelmässig veröffentlicht wird. Gleichzeitig wurde die allgemeine Gebäudestatistik beschlossen, doch konnte anfangs, mangels genügender technischer Hilfsmittel, das Projekt nicht verwirklicht werden. Das diesbezüglich verarbeitete Material ermöglicht es aber, jetzt die Grundlagen der Gebäudeklassifizierung wissenschaftlich festzustellen. Daneben existiert seit 1920 eine Statistik der finanziellen Ergebnisse der kantonalen Anstalten.

Die 'Vereinigung' war auch bestrebt, den durch die Anstalten gewährten Versicherungsschutz zu erweitern. Sie befasste sich unter anderem mit der Aufstellung von Normen für die Bestimmung des Versicherungswertes, sowie der Abschätzung

117) Helfenstein, Die Gebäudebrandversicherung des Kts. Luzern, 1810-1920, S. 127

der Schäden und prüfte die Möglichkeit, die durch Explosionen oder andere Naturgewalten entstehenden Schäden ebenfalls zu versichern. Diese Vorarbeiten sollten ihren Wert dann in den 30er Jahren zeigen, als die Elementarschadenfrage zur Diskussion stand. Die 'Vereinigung' wandte ihre Aufmerksamkeit auch den Waldbränden sowie der Frage der zivilrechtlichen Haftpflicht in Brandfällen zu. Eine ihrer weiteren Aufgaben besteht darin, die Gesetzgebung zu verfolgen, um nötigenfalls die Interessen der angeschlossenen kantonalen Anstalten zu wahren. Daneben vertritt die 'Vereinigung' die kantonalen Anstalten gegenüber den Behörden und den ausländischen Institutionen, welche einen ähnlichen Zweck verfolgen 118).

Der Erfolg aller dieser Bestrebungen der 'Vereinigung' für die einzelnen kantonalen Anstalten ist deutlich zu sehen. Einmal äusserte er sich in einem vermehrten und einheitlicheren Zusammenarbeiten der verschiedenen Versicherungsorganisationen mit- und untereinander, deren Stosskraft dadurch hauptsächlich auf eidgenössischem Gebiet, bedeutend gewonnen hat. Sodann ist auch eine wesentliche Neubelebung des gesamten öffentlichen Feuerversicherungsgedankens in den Kantonen selbst festzustellen, was sich in zahlreichen Revisionen und Reorganisationen der bisherigen Versicherungs- und Feuerschutzeinrichtungen sowie in der besseren Anpassung derselben an die Verhältnisse des 20. Jahrhunderts äusserte. Die wichtigsten Ergebnisse zeitigte aber die Tätigkeit der Vereinigung auf dem Gebiet der Rückversicherung, deren Besprechung auch wiederholte Jahresversammlungen, schon vom Jahre 1908 an, gewidmet waren, die dann schliesslich im Jahre 1910 zur Gründung eines interkantonalen Rückversicherungsverbandes führten. Mit ihm wurde das schon erwähnte Rückversicherungskonkordat, mit dem sich die kantonalen und eidgenössischen Behörden während mehr als einem halben Jahrhundert beschäftigt hatten, zur Tatsache

118) Separatabdruck aus den 'Mitteilungen kantonal-schweizerischer Feuerversicherungs-Anstalten', 1926, S. 19

bb) Die Rückversicherungsfrage und der interkantonale Rückversicherungsverband

In den früheren Kapiteln dieser Arbeit ist vorwiegend die Entwicklung der einzelnen Feuerversicherungsinstitute und das Brandversicherungswesen überhaupt behandelt worden. Die Frage der Rückversicherung wurde nur fragmentarisch hie und da kurz gestreift, ohne diesen Zweig des Brandversicherungsgeschäftes gesamthaft betrachten zu können. Das Rückversicherungswesen ist heute aber zu einem wichtigen Baustein der Versicherungsorganisation geworden und dieser Bedeutung entsprechend soll etwas ausführlicher darauf eingegangen werden.

Die gewaltige Entwicklung des Versicherungswesens wäre niemals denkbar ohne das feine Instrument der Rückversicherung. Die moderne Wirtschaft mit der umfangreichen Güter- und Kapitalakkumulation bringt hochwertige Risiken auf den Versicherungsmarkt, die selbst finanziell gut ausgerüstete Versicherungsträger nicht auf eigene Rechnung und Gefahr übernehmen können. Wenn wir das Versicherungsgebiet der einzelnen kantonalen Brandversicherungsanstalten betrachten, so sehen wir, dass die Risikoverteilung durch die räumliche Einengung der politischen Kantonsgrenzen ungünstig sein muss. In der Feuer- und Transportversicherung findet zur Aufteilung solcher Risiken die sogenannte Mitversicherung häufig Anwendung. Diese erfolgt meist in der Weise, dass mehrere Erstversicherer einen hochwertigen Risikokomplex unter sich aufteilen, gemeinsame Policen ausgeben und die Haftungsübernahme durch Mitzeichnung des Versicherungsvertrages bekunden. Diese Mitversicherung mag aber die eigentliche Rückversicherung nicht zu ersetzen.

Die von einem Versicherer abgeschlossenen Verträge bilden meist ein buntes Gemisch von leichten, mittleren und schweren Risiken, welche sowohl hinsichtlich der Wertsummen wie nach den einzelnen Gefahren beurteilt, unausgeglichen sind. Solche Versicherungsbestände können Gewinne, aber auch schwere Verluste bringen. Jeder umsichtige Versicherer wünscht sich vor allem gegen die Rückschläge zu sichern, was

durch Abgabe eines Teils seiner Geschäfte auf dem Wege der Rückversicherung geschieht. Durch die Rückdeckung lässt sich jeder noch so heterogen zusammengesetzte Versicherungsbestand zerlegen und aufteilen, so dass finanzielle Rückschläge sozusagen ausgeschaltet werden können. Die Wirkung der Rückversicherung ist also, dass der finanzielle Erfolg oder Misserfolg aus Geschäften auf mehrere Versicherungsträger verteilt wird 119). Diese Wirkung ermöglicht es dem Erstversicherer, Risiken zu übernehmen, die weit über seine eigene finanzielle Tragkraft hinausgehen. Die Rückversicherung ist deshalb auch besonders dazu berufen, die Schwierigkeiten des lokalen, räumlich beschränkten Versicherungsbetriebes, wie wir es bei den kantonalen Brandversicherungsanstalten vorfinden, zu überwinden.

Die O r g a n i s a t i o n der Rückversicherung verlief ursprünglich parallel zu derjenigen der Erstversicherung. Die direkt arbeitenden Versicherungen suchten Rückversicherung bei befreundeten Gesellschaften. Aber solche Austauschgeschäfte unter erstversichernden Gesellschaften haben zu Bedenken Anlass gegeben, weshalb sich das spezielle Rückversicherungsgeschäft in den letzten Jahrzehnten als eigener Versicherungszweig immer mehr durchgesetzt hat. Die erwähnten Bedenken liegen einmal in der Erhöhung der Kumulierungsgefahr, sofern das Austauschcapital in einem Lande gesucht wird, in welchem die Vertragspartner beidseitig arbeiten. Sodann können sich krisenhafte Erscheinungen auf diese Weise verschärfen.

Das Bedürfnis nach professionellen Rückversicherern machte sich deshalb bald geltend. So wurde im Jahre 1863 bekannterweise die 'Schweizerische Rückversicherungs-Gesellschaft' in Zürich gegründet. Im Laufe der Jahre erfolgten dann 7 weitere Gründungen von Rückversicherungsgesellschaften in der Schweiz. Ihr Anteil am Welt- und Rückversicherungsmarkt kann auf ca. 25% geschätzt werden! 120)

Wie dann im geschichtlichen Teil dieses Abschnittes ein-

119) Aeberhard, Allgemeine Versicherungslehre, S. 60/61

120) Aeberhard, Allgemeine Versicherungslehre, S. 62/63/64

gehend gezeigt werden wird, haben die öffentlich-rechtlichen Feuerversicherungsanstalten in der Schweiz einen eigenen Rückversicherungsträger gegründet. Da dieser nur den Interessen der staatlich kantonalen Brandassekuranzen dient - im Gegensatz zu den privaten Rückversicherungsgesellschaften - steht er nicht unter Staatsaufsicht.

Um in der Folge die im Rückversicherungswesen üblichen Geschäftsarten verstehen zu können, seien kurz die einzelnen Vertragsarten beschrieben:

Exzedentenvertrag: Die meisten Geschäfte werden auf Grund von Exzedentenverträgen versichert. Diese Vertragsart lässt sich auf alle Betriebsarten der Erstversicherung anwenden und verkörpert die typische Form der Rückversicherung. Der Exzedentenvertrag erlaubt es diejenigen Risiken, die der Erstversicherer nicht selbst behalten will, in einfacher Weise an den Rückversicherer zu zedieren. Dabei haftet der Rückversicherer mit der anteiligen Summe, die er als Exzedent übernommen hat. Zur Erläuterung ein Beispiel:

Von einem bestimmten Risiko übernimmt der Erstversicherer höchstens Fr. 50 000 - auf eigene Gefahr als sog. Selbstbehalt oder Maximum. Der abgeschlossene Exzedentenvertrag sieht nun vor, dass der Rückversicherer bis zu 20 Maxima des Erstversicherers übernehmen soll, also 20 mal 50 000 = 1 Million Franken. Die Höchstsumme, für die der Erstversicherer auf dieses bestimmte Risiko Deckung gewähren wird be trägt also seine eigenen 50 000 Fr. plus die 1 000 000 -, die er der Rückversicherung mittelst Exzedentenvertrag zediert hat. Man sagt dann, die **Z e i c h n u n g s g r e n z e** betrage Fr. 1 050 000 -.

Q u o t e n v e r t r a g: Auf Grund eines solchen Vertrages wird der Rückversicherer mit einem bestimmten Anteil beispielsweise 25% oder 50% am gesamten oder an einem Teilgeschäft des Erstversicherers beteiligt. Die Beteiligung bezieht sich nicht nur auf Prämien und Schäden, sondern auch auf die Kosten, deren Ausmass lediglich nach oben begrenzt vereinbart werden. Mit Vorliebe schliessen neugegründete

Versicherungsgesellschaften mit Rückversicherern sogenannte Aufbauverträge nach dem Quotensystem ab, um einen Teil der Aufbaukosten dem Rückversicherer überwälzen zu können.

P o o l v e r t r a g: Hier werden die Geschäfte mehrerer Erstversicherer bei einer Zentralstelle gewissermassen in einen gemeinsamen Topf eingebracht und jeder Versicherer ist anteilmässig an Gewinn und Verlust beteiligt. Solche Poolverträge befriedigen, wenn jeder beteiligte dem Pool gesunde Geschäfte zuführt - andernfalls werden sie leicht zu einem Verlustgeschäft aller Beteiligten.

S c h a d e n e x z e d e n t e n v e r t r a g: Solche Verträge werden von finanzkräftigen Versicherungen abgeschlossen, die in der Lage sind, die ordentlicherweise eintretenden Schäden selbst zu tragen, die sich aber gegen Katastrophenrisiken sichern wollen. Der Inhalt dieser Vertragsart bestimmt meist, dass der Erstversicherer den gesamten Jahresschaden bis zu einem gewissen Betrage übernimmt und dass der Rückversicherer nur für den, diese Summe übersteigenden Schaden einzutreten hat.

K o m b i n i e r t e r Q u o t e n - u n d S c h a d e n e x z e d e n t e n v e r t r a g: Dabei beteiligt sich der Rückversicherer mit einer Quote an allen Risiken des Erstversicherers. Ausserdem übernimmt er noch ganz oder teilweise einen bestimmten Schadenexzedenten, der sich aus allen Entschädigungszahlungen des Erstversicherers an diesen Risiken (meist während eines Jahres) ergibt. Der gesamte Jahresschaden wird also zuerst durch die Quote des Rückversicherers abgedeckt und vom verbleibenden Betrage kommt der Schadenselbstbehalt des Erstversicherers in Abzug. Der verbleibende Betrag ist der Schadenexzedent und wird nach Massgabe der vertraglichen Beteiligung wieder vom Rückversicherer übernommen 121).

Soweit die einzelnen Vertragsarten, wobei zu bemerken ist, dass die Feuerversicherung sich aller dieser Varianten je

121) Aeberhard, Allgemeine Versicherungslehre, S.66/67

nach Umständen bedient. Nach diesem Ueberblick über allgemeine Fragen der Rückversicherung, deren Wesen und den Inhalt ihrer Vertragsarten, kommen wir nun zur entwicklungsgeschichtlichen Darstellung der Rückversicherung auf dem Gebiete der Gebäudebrandversicherung in der Schweiz.

Wir haben die Gründungsgeschichte der einzelnen kantonalen und privaten Brandversicherungen durch den Lauf des 19. Jahrhunderts verfolgt; wir haben auch schon einmal festgestellt, dass das Versicherungsgebiet der einzelnen kantonalen Anstalten durch die politischen Grenzen der Kantone eingeengt sei und ihr Risikobestand deshalb sehr unausgeglichen ist. Als erster suchte der von verheerenden Föhnstürmen überaus häufig heimgesuchte Kanton St. Gallen nach einer Abwälzung seines Risikos auf ein grösseres Gebiet. Schon 1840 wurde vom Kleinen Rat das Eingehen einer Rückversicherung in Erwägung gezogen. Er erkundigte sich bei zwei französischen, zwei deutschen, einer englischen und einer italienischen Feuerversicherungsgesellschaft über die Bedingungen einer Rückversicherung von über einen bestimmten Betrag hinausgehenden Jahresbrandschäden (Schadenexzedenten-system!) Auf Grund der bisherigen Brandstatistik wollte aber keine der angefragten Gesellschaften ein solches Risiko übernehmen; sie lehnten einen Vertragsabschluss ab. Der st. gallische Kleine Rat verfolgte den Gedanken trotzdem weiter und liess sich bei der Gesetzesrevision von 1848 in Art. 6 die Vollmacht zum Abschlusse von Rückversicherungen für den ganzen Kanton oder einzelne Teile desselben geben (122).

Einen anderen Weg zur Ausgleichung der Risiken schlug 1845 der kleine, ebenso dem Föhnsturm ausgesetzte Kanton Glarus vor. Er unterbreitete mehreren Kantonen einen Vorschlag auf Zusammenschluss der Brandassekuranzanstalten. Das thurgauische Finanzdepartement beantwortete die Anfrage dahin, dass bei den herwärtigen Verhältnissen nicht anzunehmen sei, dass eine Vereinigung der beiden Brandassekuranzanstalten hierorts Eingang finden würde (123). Auch die st. gallische Re-

122) Eggenberger: Die Geschichte der Brandversicherungsanstalt des Kts. St. Gallen, S. 120.

123) Die Thurgauische Brandversicherungsanstalt für Gebäude, S. 37.

gierung lehnte das Projekt ab 124) Drei Jahre später wurde es aber in erweiterter Form im Grossen Rat gerade dieses Kantons wieder aufgegriffen und der Antrag eingebracht, 'der Rat wolle die Gesandtschaft an der eidgenössischen Tagsatzung beauftragen, dahin zu wirken, dass eine allgemeine schweizerische Brandversicherungsanstalt gegründet werde' 125). Der Rat verwarf indes den Antrag. Die st. gallische Gesandtschaft hatte diesen Entscheid aber nicht abgewartet und am gleichen Tage (6. Juni 1848) in Bern folgenden Artikel zur Aufnahme in die neue Bundesverfassung vorgeschlagen:

Dem Bunde steht das Recht zu, eine allgemein verbindliche Brandversicherungsanstalt für Gebäude einzuführen

Die Errichtung einer schweizerischen Brandversicherungsanstalt, so führte der Vertreter von St. Gallen aus, sei eine Wohlfahrtsmassnahme, wie sie der Bund nach Art. 2 des Verfassungsentwurfes zum Zwecke habe. Kleine Kantone seien nicht in der Lage, ihre Bürger gegen Brandschaden sicherzustellen und auch in grösseren Kantonen sei eine sofortige Leistung des Schadenersatzes oft in Frage gestellt. In denjenigen Kantonen, in denen keine staatlichen Assekuranzen bestehen, würden die Versicherungsnehmer auf bedenkliche Weise ausgebeutet. Die Taxen der ausländischen Versicherungsgesellschaften seien überall höher, als die von den Kantonen erhobenen Beiträge; auch sei es gewöhnlich schwer, von denselben die Brandentschädigung zu erhalten. Zudem fliessen auf diese Weise ungeheure Summen ins Ausland ab. Eine eidgenössische Anstalt aber biete den Versicherten alle wünschbare Garantie und würde infolgedessen auf die Hebung des Kredites sehr vorteilhaft einwirken.

Die Gegner des Antrages wendeten ein, dass bei der Mehrzahl der kantonalen Anstalten kein Bedürfnis nach einem Zusammenschluss bestehe. Auch solle der Bund die Souveränität der Kantone nicht noch mehr beschränken. Grundsätzlich dürfe der Staat nicht die Rolle eines Kaufmannes oder Spekulanten übernehmen und das Versicherungsgeschäft bleibe besser der privaten Unternehmertätigkeit in freier Konkurrenz überlassen. In der Bekämpfung dieses Antrages stellte man nun

124) Eggenberger, a.a.o., Seite 122

125) Eggenberger, a.a.o., Seite 31

also nicht mehr auf versicherungstechnische Argumente allein ab, sondern man erklärte, den aufblühenden liberalen Ideen jener Zeit gemäss, jede Unternehmertätigkeit des Staates für verwerflich. Im weiteren wurde auf die Schwierigkeiten hingewiesen, denen die Organisation einer gesamtschweizerischen Anstalt begegnen würde. Wegen der Verschiedenheit in der Bauart der Häuser müsste dem Bunde das Recht gegeben werden, in die Baugesetzgebung einzugreifen und auch einheitliche feuerpolizeiliche Bestimmungen zu erlassen.

In der Abstimmung erklärten sich für die unbedingte Annahme des Antrages nur die Abordnungen von 7 Kantonen, nämlich Unterwalden, Zug, Solothurn, Schaffhausen, St. Gallen, Aargau und die Waadt. Diejenigen von Uri, Wallis und Appenzell I.-Rh. stimmten unter Ratifikationsvorbehalt ihrer Regierungen zu. Schwyz, Glarus, Freiburg und Basel behielten sich das Protokoll offen, und Graubünden nahm die Verhandlung ad referendum entgegen. Die Kantone Basel-Stadt und Basel-Land erklärten nachträglich, dem Vorschlage nicht zustimmen zu können, während sich die Thurgauer der Stimme enthielten. Die erstrebte eidgenössische Gebäudebrandversicherung kam für einmal wieder nicht zur Verwirklichung (126)

Auf eine die Rückversicherung betreffende Petition vom Februar 1850, die dem st. gallischen Grossen Rate eingereicht worden war, wurde geantwortet, dass erneut versucht worden sei, mit einer privaten Feuerversicherungs-Gesellschaft einen Rückversicherungsvertrag abzuschliessen, doch seien die Verhandlungen wegen zu hohen Prämienforderungen gescheitert. Auf Grund dieser Erfahrung sah der Kleine Rat auch 1855, als nach den grossen, vom Föhn verursachten Dorfbränden von Lienz im Rheintal (93 zerstörte Gebäude) und Kappel im Toggenburg (71 zerstörte Gebäude) die Frage der Rückversicherung wiederum aufgeworfen wurde, von der Einholung von Vertragsofferten von vornherein ab, 'da keine Daten vorliegen, dass die Sache nicht ohne grosse, unverhältnismässige Kosten durchgeführt werden könnte' (127)

126) Abschiede der ordentlichen eidg. Tagsatzung des Jahres 1847, IV. Teil, Seiten 137-139

127) Eggenberger, Die Geschichte der Brandversicherungsanstalt des Kts. St. Gallen, S.32/33 und 121

Nach dem Brand von Glarus kam es zu dem bereits im Zusammenhang mit den interkantonalen Beziehungen besprochenen Konkordatsentwurf von 1861. In Ergänzung des an jener Stelle Gesagten sei hier noch etwas näher auf diesen Konkordatsentwurf eingegangen, soweit er die Rückversicherungsfrage betrifft. Der Bundesrat legte den versammelten Abgeordneten damals folgende drei Möglichkeiten vor:

Einfache F u s i o n der Kantonalassekuranzen in eine einzige eidgenössische Anstalt.

Eine R ü c k v e r s i c h e r u n g der kantonalen Anstalten unter sich selbst oder bei einer anerkannten soliden Gesellschaft oder durch den Bund.

S o w o h l F u s i o n a l s a u c h Rückversicherung (128).

Schon in der ersten Sitzung der Konferenz zeigte es sich, dass die Gründung einer eidgenössischen Anstalt nicht in Frage kam. Dagegen hielten die meisten Teilnehmer eine gegenseitige Rückversicherung der kantonalen Institute für möglich. Sie sollte in der Weise eingerichtet werden, dass, sofern die zur Deckung eines Brandschadens in einem Kanton notwendigen Summen im Verhältnis zum Kapitalwerte der versicherten Gebäude ein gewisses Maximum übersteigen, der Ueberschuss durch gleichmässige Repartition unter die konkordierenden Kantone beigebracht würde (129). Die Ansetzung des Maximums, bis zu welchem jeder Kanton seinen Brandschaden selber zu tragen hatte stiess auf stark voneinander abweichende Meinungen. Im Konkordatsentwurf vom September 1862 wurde die starre Festlegung der Grenze des Selbstbehaltes der Kantone aufgegeben und folgende Regelung vorgesehen:

§1) Uebersteigt die jährliche Brandschadenssumme in einem konkordierenden Stande den Betrag von 5%o des Assekuranzkapitals, so wird der Ueberschuss durch verhältnismässige Verteilung auf die sämtlichen Stände (mit Inbegriff des ansprechenden Standes) gedeckt.

§2) Die unter §1) bestimmte Verteilung tritt im ferneren ein Wenn in drei aufeinanderfolgenden Jahren die totale

128) Bundesblatt der schweizerischen Eidgenossenschaft 1861. Band II, Seiten 644 und 646

129) Protokoll der ersten Sitzung. Siehe Schweiz. Statistik, Mitteilungen über das Brandversicherungswesen, S.VII

Brandschadenssumme mehr als 7,5% des Assekuranzkapitals ausmacht, ohne dass in einem einzigen dieser drei Jahre der unter §1) umschriebene Fall eintritt. Wenn die jährliche Brandschadenssumme Fr. 750'000.- übersteigt, diese Summe aber noch nicht 5% des Assekuranzkapitals des betreffenden Standes ausmacht.

§3) Der ansprechende Stand kann auf Anwendung von §1) oder §2). erster Abschnitt, nur dann Anspruch erheben, wenn im einen oder anderen Fall der Schaden die Summe von mindestens Fr. 200'000.- übersteigt und die Forderung auf die konkordierenden Stände erstreckt sich, wenn diese Voraussetzung eintrifft, dann nur auf den Ueberschuss über diese Summe 130).

Die Kritik des Entwurfes richtete sich vor allem gegen die ungleiche Behandlung der Kantone. Die Ansetzung des Maximums des Selbstbehaltes auf Fr. 750'000.- in §2 habe zur Folge, dass Kantone mit grossem Versicherungsbestand schon bei einer niederen Schadensquote (z.B. Genf 4,6%, Bern 3,5%, Zürich 2,99%) den Ausgleich verlangen können, während §3 die kleinen Kantone nochmals benachteilige, da diejenigen, deren Assekuranzkapital weniger als 20 Millionen Franken betrage, den Brandschaden bis zur Schadensquote von 10% (Fr. 200'000.-) selbst zu tragen hätten 131).

Der Statistiker G. F. Kolb entwickelte dann einen neuen Konkordatsentwurf, wonach unabhängig von der Schadenssumme oder Schadensquote eines Jahres die Konkordatshilfe immer dann eintreten sollte, wenn der Schadensbetrag eines einzelnen Brandfalles Fr. 200'000.- übersteige 132). Auf dieser Grundlage wurde der endgültige Wortlaut des Konkordatsentwurfes aufgebaut mit der Verbindlichkeitsklausel, dass sovieler Stände dem Konkordat beitreten müssten, dass deren gemeinsames Assekuranzkapital total mindestens 1000 Millionen Franken ausmache. Wie an früherer Stelle (Seite 100) schon beschrieben, kam diese Bedingung nicht zustande, so dass das Rückversicherungskonkordat nicht Wirklichkeit werden konnte.

130) Bundesblatt 1862, Bd. III. S. 335

131) G. F. Kolb, Zum Concordatsentwurf über das Cantonalbrandversicherungswesen in der Schweiz, vom 24.X 1862

132) Bundesblatt 1863, Bd. III. S. 535

Auf Grund einer eingereichten Motion versuchte zwei Jahre später der Regierungsrat des Kantons St. Gallen von neuem die Anbahnung der Rückversicherung. Mit Schreiben vom 18. Oktober 1865 fragte er die seinerzeit an den Konkordatskonferenzen beteiligten Stände an, 'ob sie geneigt seien, in Unterhandlungen darüber einzutreten, dass einzelne Gebäude des hiesigen Kantons von ihrer Brandversicherungsanstalt in Rückversicherung genommen und andernseits dortseitige Gebäude von gleicher Feuergefährlichkeit und von gleich hoher Versicherungssumme bei der St. Galler Brandversicherungsanstalt in Rückdeckung gegeben würden'. Auch dieser Versuch scheiterte. Mit Ausnahme von Glarus erteilten alle angefragten Kantone ablehnende Antwort.

Der Kanton St. Gallen war aber dann doch der erste Stand, dessen Brandversicherungsanstalt einen eigentlichen Rückversicherungsvertrag abschloss. Der Grosse Rat hatte in der Novembersession des Jahres 1865 bei der Behandlung der oben erwähnten Motion beschlossen, 'über die Motion zur Tagesordnung zu schreiten, in der Erwartung, dass der Regierungsrat, sei es auf dem Wege des Konkordates, sei es auf dem Wege der Rückversicherung, bessere Garantien für die Sicherung grösserer Ortschaften schaffe' 134). Nach dem Scheitern der Bestrebungen zur Errichtung eines eidgenössischen Konkordates und des Versuches, eine gegenseitige Rückversicherung unter den kantonalen Brandversicherungsanstalten herbeizuführen, sah sich der st. gallische Regierungsrat, um dem erwähnten Grossratsbeschluss Vollzug zu geben, genötigt, die Rückversicherung der Anstalt doch bei privaten Versicherungsgesellschaften unterzubringen. Er beauftragte am 7. März 1866 sein Finanzdepartement, bei Privatgesellschaften eine Anzahl Gebäude der Stadt St. Gallen auf ein Jahr rückzuversichern und ein gleiches Verfahren bei den grösseren Ortschaften des Kantons einzuleiten. So wurde denn im Laufe der Jahre 1866 bis 1869 bei der 'Helvetia', der Schweizerischen Rückversicherungsgesellschaft',

133) Eggenberger, Die Geschichte der Brandversicherungsanstalt des Kts. St. Gallen, S. 127

134) Eggenberger, Die Geschichte der Brandversicherungsanstalt des Kts. St. Gallen, S. 127

der 'Basler', der englischen Northern Assurance Company, der Riunione Adriatica in Triest, der französischen Phönix und der Urbaine in Paris ausgewählte Einzel-Risiken in Rückdeckung gegeben 135).

Diesem Vorgehen der Gebäudebrandversicherungs-Anstalt des Kantons St. Gallen folgte bald eine Reihe weiterer Kantone mit ihren Assekuranzanstalten. Ende des Jahres 1907 hatten 11 kantonale Anstalten bei 6 Privatgesellschaften, worunter nur zwei schweizerischen, einen Versicherungsbestand von rund 1850 Millionen Franken rückversichert. Auf diesen Rückversicherungen ist während der Dauer ihres Bestandes (bis Ende 1907) nach einem Bericht des damaligen Präsidenten der 'Vereinigung kantonaler Feuerversicherungsanstalten' ein Gewinn von vielen Millionen Franken erzielt worden, der zum grössten Teil seinen Weg ins Ausland genommen hatte 136). Die kantonalen Anstalten konnten aber wegen ihrer viel zu geringen territorialen Ausdehnung, ihres zu kleinen Versicherungsbestandes und ihrer ungenügenden Risikenmischung die Rückversicherung trotz der grossen Opfer, welche diese erforderte, nicht entbehren. Durch die Rückversicherung, welche die staatlichen Anstalten notgedrungen bei Privatgesellschaften suchen mussten, kamen erstere aber in ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis zu letzteren, das sich namentlich in den Prämienforderungen der Rückversicherer geltend machte.

Die Gründung eines gegenseitigen Rückversicherungsverbandes unter den kantonalen Brandversicherungsanstalten entsprach also einem tatsächlichen Bedürfnis. Ihrem Zweck entsprechend befasste sich seit 1908 die 'Vereinigung kantonaler Feuerversicherungsanstalten' mit dem Gedanken der Gründung eines solchen Rückversicherungsverbandes (vergl. S. 104 unten). Als Vorbild diente die im Jahre 1875 gegründete Rückversicherungsabteilung des Verbandes öffentlicher Feuerversicherungsanstalten in Deutschland. Dabei war man sich zum vor-

135) Eggenberger, a. a. O., S. 128.

136) Eggenberger, a. a. O., S. 145.

neherein darüber einig, dass der künftige Rückversicherungsverband in die Form der Genossenschaft gekleidet werden müsse, hatte sich aber auch auf die Schwierigkeiten gefasst zu machen, die hierzu erforderlichen mindestens sieben Mitglieder zusammenzubringen. Die von der Rückversicherung Gebrauch machenden Anstalten waren nämlich durch ihre Verträge mit den Privatgesellschaften gebunden, die nicht alle zur gleichen Zeit abliefen.

Zur Gründung des Rückversicherungsverbandes fanden am 29. Juli 1909 und am 20. Januar 1910 vorbereitende Konferenzen in Olten statt, wobei ein Verbands-Statut ausgearbeitet wurde, welches dann an alle kantonalen Anstalten zum Studium abgegeben wurde. Die sieben Anstalten der Kantone Bern, Glarus, Solothurn, Basel-Land, Schaffhausen, Aargau und St. Gallen erklärten ihren Beitritt, so dass am 15. September 1910 in Solothurn die konstituierende Generalversammlung stattfinden und das Zustandekommen der Genossenschaft nach Art 678 u. ff. altes O.R. verkündet werden konnte. Mit dieser Form des Zusammenschlusses konnte die Selbständigkeit der einzelnen Anstalten in weitgehendem Masse aufrecht erhalten bleiben. Die Bestimmung über die Höhe der zu nehmenden Rückversicherung blieb jedem Kanton vorbehalten. Nach ihr bemass sich sodann die Grösse des Genossenschaftsanteils und das Stimmrecht an der Generalversammlung der Genossenschaftler. Es wurde bestimmt, dass der Verband eigene Reserven anlegen könne und berechtigt sei, seinen Rückversicherungsbestand selbst wieder rückzuversichern und sich auch an auswärtigen Feuerversicherungen öffentlichen Charakters zu beteiligen. Etwelche Schwierigkeiten bereitete die Festlegung der Art der vom Verbandsverband zu gewährenden Rückversicherung und die Bestimmung der von den Genossenschaftlern zu leistenden Prämien. Es sollte einerseits eine Gleichbehandlung sämtlicher Anstalten erfolgen, die aber andererseits dennoch deren ganz verschiedenartige Risikobestände berücksichtigen würde. Man einigte sich schliesslich auf die Quotenrückversicherung und berechnete die Prämie anhand der Brandstatistik jeder einzelnen Anstalt. Der Geschäftsbetrieb wurde auf diesen allgemeinen Grundlagen ab 1. Januar 1911 aufgenommen (137).

137) Eggenberger, Die Geschichte der Brandversicherungs-

Noch im Laufe dieses ersten Betriebsjahres sind dann auch die Anstalten der Kantone Neuenburg und Graubünden dem Ver-
bände beigetreten, diesen folgten 1915 die Anstalten von
Luzern und Waadt. 1918 Basel-Stadt, 1919 Appenzell A.-Rh.,
Zug und Nidwalden. 1921 Freiburg und 1928 Zürich und Thur-
gau. Der Kanton Zürich mit seinem grossen und guten Risiko-
bestand hatte bis dahin auf eine Rückversicherung überhaupt
verzichtet. Er gab dem Rückversicherungsverband nach seinem
Beitritt nur eine sehr kleine Quote in Rückversicherung,
weshalb dieser 1933 wieder zur Auflösung des Vertrages
schritt. Heute sind mit Ausnahme von Zürich sämtliche rest-
lichen 17 kantonalen Gebäudebrandversicherungs-Anstalten
und die 3 öffentlich-rechtlich organisierten Mobiliarversi-
cherungen der Kantone Glarus, Waadt und Nidwalden beim
Rückversicherungsverband beteiligt.

Aus der seitherigen Entwicklung des Rückversicherungsverban-
des seien einige der wesentlichsten Merkmale festgehalten.
1913 erweiterte er seinen Geschäftskreis durch Aufnahme
der kombinierten Quoten- und Schadenexzedentenrückversiche-
rung, eines Rückversicherungssystems, das die privaten Rück-
versicherer bis dahin nicht kannten, das sich in der Folge
aber steigender Beliebtheit erfreuen durfte (Vergl. Vertrags-
schema Seite 108). 1917 wurde die gewöhnliche Exzedenten-
rückversicherung auf einzelne ausgewählte Risiken einge-
führt. Nach dem Aufkommen der Elementarschadenversicherung
die an späterer Stelle noch einlässlich behandelt werden
wird, gewährte der Verband auch für diesen Versicherungs-
zweig den Brandversicherungsanstalten Rückdeckung. Die gün-
stigen finanziellen Verhältnisse und der Abschluss eines
vorteilhaften Retrozessionsvertrages (Rückversicherung eines
Rückversicherers) erlaubten es, die Prämien zu verbilligen.
Als Prämienverbilligung müssen auch die erstmals von 1918-
1925 und später wieder von 1928 an ausgerichteten Beiträge
an das Löschwesen der Kantone angesehen werden (138). Sie be-
trugen 1920 - 25 je 3.5 Rappen, 1928 bis 1932 je 2.5 Rappen

anstalt des Kts. St. Gallen, S. 145/146 und 'Die thur-
gauische Brandversicherungsanstalt für Gebäude', S. 66
138) Die Thurgauische Brandversicherungsanstalt für Ge-
bäude, S. 67

und ab 1933 erneut je 3,5 Rappen auf Fr. 1000.- des von den einzelnen Anstalten rückversicherten Quotenkapitals und erreichten bis 1944 die Summe von Fr. 3'675'618,15. Vom Gesamtversicherungsbestand der ihm angeschlossenen Anstalten von 40'573 Millionen Fr. deckte er Ende 1945 in der Quotenrückversicherung Fr. 8'341 Millionen und in der Schadenexzedentenrückversicherung Fr. 15'426 Millionen. Gegen Elementarschaden hatte er Gebäude im Werte von Fr. 7'864'586'767 in Rückversicherung. Seine Reserven sind auf Fr. 7'500'000 angewachsen und das Genossenschaftskapital, das 1921 vollständig zurückbezahlt wurde und durch eine beschränkte Haftung der Mitglieder ersetzt ist, beläuft sich auf Fr. 8'430'000 139). Die Tragfähigkeit des interkantonalen Rückversicherungsverbandes beträgt heute rund das zwanzigfache eines jährlichen Normalfeuerschadens, so dass gesagt werden kann, dass diese Institution die 1900 in sie gesetzten Erwartungen voll erfüllt hat.

cc) Die Gründung der kantonalen Brandversicherungsanstalt in Graubünden und die Verstaatlichungsfrage im allgemeinen

Während im ersten Dezennium des zwanzigsten Jahrhunderts einige kantonale Anstalten bereits ihr 100 jähriges Jubiläum feiern konnten, schloss sich durch Gesetz vom 25. Oktober 1907 den bestehenden 17 öffentlich-rechtlichen Feuerassekuranzen diejenige des Kantons Graubünden an, deren Vorgeschichte skizziert werden soll.

Wie in allen andern bereits betrachteten Kantonen suchte man auch in Graubünden jeweils die Not brandgeschädigter Mitbürger durch eingesammelte Brandsteuern zu lindern. Bei der Ausstellung eines solchen Brandbriefes benützte in der Mai-Session 1812 ein Grossratsmitglied die Gelegenheit, um auf den Wert einer Brandassekuranzkasse, wie sie schon die Kantone Aargau, Thurgau, Bern, Basel, St. Gallen, Zürich, Solothurn, Luzern, Schaffhausen, Neuenburg, Glarus, Freiburg und Waadt eingeführt hatten, hinzuweisen. Der Kleine Rat legte am 12. April 1813 in der Grossratssitzung ein

139) Gafner, Interkantonaler Rückversicherungsverband, 1910 - 1944, S. 16 ff.

diesbezüglich ausgearbeitetes Projekt vor. Allein die Behandlung wichtiger Verfassungsfragen nahm die Räte in den folgenden Sessionen so stark in Anspruch, dass die Versicherungsfrage immer mehr in den Hintergrund gerückt wurde. Erst in den 20er Jahren beschäftigte sich der Kleine Rat Graubündens neuerdings mit der Brandversicherungsfrage. Am 4. Juli 1822 genehmigte der Grosse Rat einen Plan über die Einführung einer Feuerversicherungsanstalt, worauf der Kleine Rat am 3. August des gleichen Jahres ein Begleitschreiben erliess, in dem die Vorlage der Annahme empfohlen wurde. Nachdem eine zweimonatige Eingabefrist verstrichen war, teilte die Prüfungskommission dem Grossen Rat mit, dass von manchen Gemeinden überhaupt keine Beitrittserklärungen eingegangen seien (140).

Nach diesem Misserfolg blieb die Versicherungsfrage bis zum Katastrophenjahr 1861 ruhen. Als der Bundesrat unter dem Vorsitz von Bundesrat Pioda Ende 1861 die schon erwähnte Konferenz der kantonalen Brandversicherungsanstalten einberief, befasste man sich auch im Kanton Graubünden erneut wieder mit der Feuerversicherungsfrage. 1864 nahm dann das Bündner Volk ein Gesetz über die obligatorische Versicherung von Gebäuden an. Den äusseren Anstoss zum Erlass dieses Gesetzes gaben die Dorfbrände von Seewis und Reams. Die Gemeinden hatten zukünftig dafür zu sorgen, dass alle Gebäude auf ihrem Gebiet, mit Ausnahme abgesonderter Höfe und alleinstehender Gebäulichkeiten, gegen Feuerschaden versichert und die Prämien pünktlich entrichtet wurden. Der Kanton behielt sich die Gründung einer eigenen Gegenseitigkeitsanstalt vor, bis dahin durfte die Gebäudeversicherung bei keiner andern, als der im Kanton konzessionierten Privatgesellschaft stattfinden.

Seit 1866 unterstand das Versicherungswesen der kantonal-graubündnerischen Gesetzgebung, d. h. die privaten Versicherungsgesellschaften hatten unter Vorlegung ihrer Statuten und Tarife ein Konzessionsbegehren einzureichen. Diese Regelung wurde dann am 13. Juni 1872 aufgehoben, in der Er-

140) Kunz, Die Feuerversicherung im Kanton Graubünden, S 6/7

wartung, dass durch die freie Konkurrenz aller Gesellschaften eine Prämienreduktion erzielt werden könne 141). An die Stelle der kantonalen Aufsichtsgesetze trat dann aber 1885 wie schon bekannt das Bundesgesetz betreffend Beaufsichtigung von Privatunternehmungen im Gebiet des Versicherungswesens.

Inzwischen war auch das Gesetz vom Jahre 1864 betreffend die obligatorische Versicherung wiederum aufgehoben und ersetzt worden durch ein Obligatorium für harte Bedachung von Neubauten 142). Dieser Zustand ohne Versicherungsobligatorium und ohne Aufsichtsgesetz über die Privatversicherungen konnte natürlich nicht von langer Dauer sein, da die Gebäude einerseits überhaupt nicht mehr versichert zu werden brauchten und andererseits die Privatfeuerversicherung in der Festlegung ihrer Prämiensätze von jeglicher einschränkenden Kontrolle befreit war, bis dann 1885 das eidgenössische Aufsichtsgesetz in Kraft trat. Im Jahre 1880, als beim Dorfbrand Riein die Brandgeschädigten vom gänzlichen oekonomischen Untergang bedroht wurden, wurde die Versicherungsfrage erneut aufgegriffen. Ein Ratsmitglied erachtete es für den Kanton Graubünden als ein Gebot der absoluten Notwendigkeit und zugleich der Ehre vor der übrigen Eidgenossenschaft, endlich die allgemeine Gebäudeversicherung einzuführen und die Errichtung einer kantonalen Anstalt in die Hand zu nehmen.

Eine Spezialkommission studierte den diesbezüglichen Fragenkomplex, so dass schon im Jahre 1881 in der Frühjahrs-session der Gesetzesentwurf betreffend die Errichtung einer allgemeinen kantonalen Brandversicherungsanstalt für Gebäude durchberaten werden konnte. Als aber auf die Defizite der privaten Feuerversicherungsgesellschaften, die während der Jahre 1866 bis 1880 im Kanton Graubünden Fr. 400 000.- ausmachten, hingewiesen wurde, fand man es ratsamer dass die Frage der obligatorischen Gebäudeversicherung nach jeder Beziehung nochmals einer reiflichen Beratung zu unter-

141) Kunz, Die Feuerversicherung im Kanton Graubünden, S.7

142) Kunz, Die Feuerversicherung im Kanton Graubünden, S.9

ziehen sei (143).

Damit wurde es um die Versicherungsfrage wieder einmal für längere Zeit still. Eine Motion betreffend die Gebäudeversicherung vom Jahre 1887, sowie eine Motion des Jahres 1899 betreffend Umwandlung der weichen Bedachung in feuerfeste Dächer waren die nächsten Vorstösse auf dem Gebiet der Feuerrassekuranz. Was den letzteren Punkt anbelangt, so kam die Rhätische Bahn diesen Wünschen insofern entgegen, indem sie ab 1. April 1900 für Dachziegeltransporte einen Ausnahmetarif einführte. Unterdessen hatte die Regierung eine Gebäudetaxation durchführen lassen, womit eine Basis für die Prämienberechnung einer allfälligen zukünftigen kantonalen Brandversicherungsanstalt geschaffen werden sollte (144).

Im November 1905 wurde die Versicherungsfrage bei der Behandlung einer Interpellation, die über den Stand der Vorarbeiten zur Einführung der kantonalen Gebäudeversicherung Auskunft verlangte, im Grossen Rat neuerdings aktuell. Der Interpellant mahnte unter Hinweis auf die grossen Brände von Tamins und Rottenbrunnen neuerdings dazu, dass der Kanton nun endlich seine Hand anlege. Auf die erhaltene Zusicherung hin, dass der Kleine Rat im kommenden Jahre die Gesetzesvorlage ausarbeiten werde, erklärte sich der Interpellant befriedigt. Der Gesetzesentwurf wurde denn auch 1906 fertiggestellt und am 12. November 1906 wurde im Grossen Rat einstimmig das Eintreten auf die Vorlage sowie deren Behandlung in einer ausserordentlichen Januarsession des folgenden Jahres beschlossen (145).

Durch Gesetz vom 25. Oktober 1907 wurde dann die kantonale Brandversicherungsanstalt für Gebäude ins Leben gerufen und die Geschäftstätigkeit am 1. Dezember 1912 aufgenommen. Mit dieser Anstalt des Kantons Graubünden war die Zahl der Gebäudeasskuranzen öffentlich rechtlicher Richtung auf 18 angestiegen.

143) Kunz, Die Feuerversicherung im Kanton Graubünden, S. 9/10

144) Kunz, Die Feuerversicherung im Kanton Graubünden, S. 10/11

145) Kunz, Die Feuerversicherung im Kanton Graubünden, S. 12

Soweit die Tatsachen zur Gründung dieser letzten staatlichen Brandversicherungsanstalt. Es bietet sich damit im Zusammenhang an dieser Stelle die Gelegenheit, das Verstaatlichungsproblem der Brandversicherung mit seinem pro und contra kurz zu behandeln, denn gerade im Kanton Graubünden wogte der Kampf lange Zeit hin und her. Die Privatgesellschaften hatten sich fünfzig Jahre lang dort einarbeiten und verbreiten können, so dass sie ihre Positionen nur hartnäckig aufzugeben bereit waren. Bei denjenigen kantonalen Anstalten, die in der Zeit vor 1860 gegründet worden waren, konnte man ja von einer Verstaatlichung nicht reden, weil überhaupt keine private Versicherungstätigkeit vorhanden war, die verstaatlicht werden konnte. Es kann natürlich nicht Aufgabe einer entwicklungsgeschichtlichen Arbeit sein. Spezialfragen wie das Verstaatlichungsproblem einlässlich zu behandeln oder irgendwie politisch für oder gegen die Verstaatlichung Stellung zu beziehen, sondern es seien hier lediglich objektiv die grundsätzlichen Argumente beider Seiten zu diesem Problem dargelegt.

Was b e d e u t e t überhaupt V e r s t a a t l i c h u n g ? In der Regel wird dabei ein Zweig der Volkswirtschaft vom Staat an sich gezogen, der zuvor in den Händen der Privatwirtschaft gelegen ist. Da aber Art. 31 der Bundesverfassung die Gewerbefreiheit auf dem ganzen Gebiet der Eidgenossenschaft gewährleistet, ist die Verstaatlichung nicht etwa nur eine rein administrative Angelegenheit. Der Nachweis, dass der Staat ebensogut in der Lage wäre, das betreffende Gebiet zu kultivieren, als die Privatwirtschaft es getan hat, würde allein nicht genügen, um einen solchen Eingriff in die Tätigkeit der letzteren zu rechtfertigen. Vielmehr muss aus der Uebernahme durch den Staat hervorgehen, dass der eigentliche Zweck, der dem zur Verstaatlichung vorgesehenen volkswirtschaftlichen Zweige zugrunde liegt, unter der neubestimmten Leitung besser zur Erfüllung gelangt. Es soll deshalb die Verstaatlichung nur dann angestrebt werden, wenn man der Ueberzeugung ist, dass durch dieselbe dem allgemeinen Interesse besser gedient wird (146).

146) Vergl. auch 'Die Verstaatlichung der Mobiliarversicherung in der Schweiz' von H. Lanz-Stauffer, S. 18 ff.

Die V e r s t a a t l i c h u n g s g e g n e r führen meist einmal die Tatsache an, dass der Gedanke der verstaatlichten Gebäudeversicherung eigentlich nur in zwei Staaten, nämlich in Deutschland und in der Schweiz, Fuss fassen konnte. In der Tat haben wir im historischen Teil dieser Arbeit gesehen, dass in England, Frankreich, Belgien, Holland, Italien, Oesterreich, Dänemark und Skandinavien, sowie in den nord- und südamerikanischen Staaten die Feuerversicherung ausschliesslich in Händen privater Gesellschaften liegt.

Weiter wird den kantonalen Anstalten der Vorwurf gemacht, dass sie mit der modernen Versicherungstechnik in ihren Betrieben nicht Schritt gehalten hätten. Im Bestreben, die Volkswirtschaft zu fördern, d. h. den darniederliegenden Hypothekarkredit zu heben und den unwürdigen Brandbettel zu beseitigen, seien die kantonalen Brandkassen mit Beitrittszwang entstanden. Angesichts dieses guten Zweckes hätten sich die Anstalten samt und sonders darüber nicht weiter Rechenschaft gegeben, ob sie nach Anlage, Betrieb und Finanzierung ihrer Aufgabe gewachsen seien. Die Anstalten stützten sich auf ihr gesetzliches Monopolrecht und hätten demzufolge keine Konkurrenz zu fürchten. Ueberhaupt versichere der Staat seine Angehörigen nicht um deren Wohlfahrt willen, sondern damit sie steuerfähig blieben! Dies sei aber Steuerpolitik und nicht mehr Versicherung. Es sei ein volkswirtschaftliches Gesetz, dass der Staat mit der produzierenden Privatkraft nicht konkurrenzieren könne, der Staat sich nie kaufmännisch, sondern stets nur bürokratisch gebare und stehe damit in unlöslichem Widerspruch zur privaten Feuerassekuranz, für welche die Berücksichtigung der Individualität jedes Risikos oberstes Gesetz sei.

Die räumliche Beschränktheit, die ungünstige Risikenmischung, sowie das Versagen einiger Anstalten bei Katastrophen (Glarus) sind weitere Argumente, die die Verstaatlichungsgegnr ins Feld führen.

Die Verstaatlichungs b e f. ü r w o r t e r weisen demgegenüber darauf hin, dass zur Gründungszeit für die Sicherung des Hypothekarkredites und Beseitigung des Brandbettels die

zu ergreifenden Massnahmen gezwungenermassen auf staatliche Selbsthilfe hinauslaufen mussten, da die Kantone ein privates Feuerversicherungsgewerbe vor Anfang der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts in der Schweiz nicht vorfanden, wie dies namentlich in England und Frankreich der Fall war. Die Struktur des schweizerischen Gebäudeversicherungswesens sei eben historisch bedingt und schliesslich hätten die privaten lokalen Institutionen in der Schweiz seinerzeit versagt, so dass der Staat gezwungenermassen einzugreifen hatte.

Die kantonalen Anstalten führen weiter an, dass sie ursprünglich nur auf dem Prinzip der reinen Solidarität aufgebaute Gemeinschaften zur Verteilung der Brandschäden waren und sich erst im Laufe ihres teils 140 jährigen Bestehens sowie durch Verwertung von Erfahrungen zu eigentlichen Versicherungsunternehmen entwickelt hätten, wobei sie in versicherungstechnischer Hinsicht, speziell was die Rückversicherung anbelange vollständig auf der Höhe der Zeit seien. Die natürliche räumliche Risikenverteilung sei durch eine starke Rückversicherung ersetzt worden.

Ferner weisen die Befürworter der kantonalen Anstalten darauf hin, dass dieselben zugunsten der Allgemeinheit verwaltet werden und einen gemeinnützigen wertproduzierenden Zweck verfolgen indem sie nicht einfach durch Aufteilung der Brandschäden den Einzelnen vor dem Ruin bewahren, sondern weil sie zu ~~Lionieren des Feuerschadens~~ geworden seien. Da die kantonale Versicherung auf dem Gegenseitigkeitsprinzip beruhe, führe sie zu einer in sozialer Hinsicht billigen Verteilung der Versicherungslasten

Des weiteren habe die öffentlich-rechtliche Versicherung wesentlich zu einer Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse beigetragen, indem sie insbesondere durch die Feststellung des Versicherungswertes durch amtliche Schätzungen auf dem Hypothekarmarkt die denkbar grösste Sicherheit geschaffen habe.

Soweit die hauptsächlichsten Argumente beider Lager, die abschliessend noch durch eine zahlenmässige Gegenüber-

stellung von Versicherungsbestand und Prämieinnahmen pro 1944 ergänzt werden sollen 147).

	Versicherte Summen 1944 Fr.	Bezogene Beiträge Fr.	Mittlerer Prämien- satz in % der Versi- cherungssumme
8 kantonale Anstalten 148)	36'714'805'717	26'039'003	0,709
Feuerversi- herung der konzessionier- ten privaten Gesellschaften 149)	39'823'167'696	33'267'888	0,835

dd) Die Elementarschadenversicherung für Gebäude bei den kantonalen Anstalten

Die versicherungsmässige Deckung der Elementarschäden war von jeher ein umstrittenes Problem, denn Schäden infolge Hochwasser, Sturm, Lawinen, Bergstürzen u. a. m. sind versicherungstechnisch schwer erfassbar. Die Aufstellung von Wahrscheinlichkeitsberechnungen als Grundlage für die Prämienbemessung wird erschwert, da weder das zeitliche Auftreten, noch der Umfang der Elementarschäden die bei andern versicherbaren Ereignissen zu beobachtende, verhältnismässige Regelmässigkeit aufweisen. Auch das Moment des räumlichen Gefahenausgleiches fällt hinweg, da z. B. Ueberschwennungen immer dieselben Landstriche heimsuchen, während andere Gebiete durch ihre Lage dauernd davon verschont bleiben. Deshalb sind an einer Elementarschadenversicherung nur dieje-

147) Bericht des Eidg. Versicherungsamtes für 1944, S. 55*/56* und Tabellen B3 und D4

148) Ohne die drei kantonalen Mobiliarversicherungsanstalten von Nidwalden, Glarus und Waadt, sowie ohne Elementarschadenversicherungs-Ziffern.

149) 11 inländische, 13 ausländische Gesellschaften, exclusive die drei lokalen Brandkassen von Appenzell, Ob- und Untersteckholz, sowie ohne Elementarschadenversicherung. Dabei ist noch zu beachten, dass die Privatgesellschaften eine Ausscheidung des Versicherungsbestandes auf Gebäude und Mobiliar nicht vornehmen! Schätzungsweise beträgt der Anteil der Gebäudeversicherung am Gesamtbestand 55%

nigen Leute interessiert, deren Besitz besonders gefährdet erscheint, so dass selbst bei verhältnismässig hohen Prämien das erforderliche Aliment nicht aufzubringen ist.

Aus diesen Gründen gab es bis in die 20er Jahre dieses Jahrhunderts in der Schweiz - wie übrigens auch anderwärts - eine Versicherungsmöglichkeit für Elementarschäden an Gebäuden und Fahrhabe lediglich gegen die Folgen des Hagel schlagcs. Von dieser wurde ausserdem meist nur Gebrauch gemacht bei Fabrikanlagen mit ausgedehnten Glasdächern oder bei Treibhäusern etc. Die heutige Lösung, welche dieses Problem in der Schweiz, die infolge ihrer geographischen und klimatischen Verhältnisse Schäden durch Elementarereignisse verhältnismässig stark ausgesetzt ist, gefunden hat, ist nur verständlich, wenn die historische Entwicklung verfolgt wird.

Die ersten Versuche zur Einführung einer Elementarschadenversicherung finden wir in der Zeit der Helvetik, als bei der Beratung des am 29. August 1798 erschienenen Dekretes betreffend eine allgemeine Brandassekuranzanstalt für ganz Helvetien 150) die Vergütung von Wasser-, Hagel- und Seuchenschäden zur Sprache kam. Es wurde damals sogar die Errichtung einer eigentlichen Wasserassekuranzkasse gefordert 151). Des weiteren wies seinerzeit im Aargau der die Vorlage des Brandversicherungsgesetzes an den Kleinen Rat begleitende Bericht des Vorstehers des Polizeidepartementes vom 17. April 1805 152) noch darauf hin, dass es nicht weniger gemeinnützig und wünschbar wäre, die vorgeschlagene Assekuranz-Einrichtung auch auf den Verlust von Schaden auszudehnen, den man durch Windstösse und Ueberschwemmungen an Gebäuden, oder durch Hochgewitter an den Feldfrüchten erleide 153).

Zur Einführung einer solchen Elementarschadenversicherung

150) Vergl. auch Seite 56

151) Die Thurgauische Brandversicherungsanstalt für Gebäude, S. 9

152) Vergl. auch Seite 63

153) Festschrift: Die Aargauische Brandversicherungs-Anstalt, 1806 - 1906, S. 7

kam es aber nirgends. Bei vorkommenden erheblichen Elementarschaden wurde im 19. Jahrhundert - wie seinerzeit vor dem Aufkommen der Feuerversicherung - an die Hilfsbereitschaft der Mitmenschen appelliert. Einzig das Bedürfnis nach einer Hagelversicherung wurde durch die 1880 erfolgte Gründung der auf genossenschaftlicher Grundlage beruhenden 'Schweizerischen Hagelversicherungsgesellschaft' befriedigt. Im Jahre 1903 wurde dann durch die Schweizerische gemeinnützige Gesellschaft ein 'Schweizerischer Fonds für Hilfe bei nicht versicherbaren Elementarschäden' ins Leben gerufen, der Unterstützungen auszahlte, welche aber nach ihrer prozentualen Höhe zum Schaden je nach der ökonomischen Lage des Geschädigten abgestuft wurden und bei einer gewissen Vermögens- oder Erwerbslage desselben überhaupt aufhörten.

Daneben konstituierten sich in verschiedenen Kantonen besondere Elementarschadenfonds (Kantonshilfsskassen), die z. T. noch heute bestehen, aus denen an bedürftige Elementargeschädigte, sofern es sich um einen nicht versicherbaren Schadenfall handelte, Unterstützungen ausgerichtet wurden (154).

Die finanzielle Beschränktheit der ersten Institution und die räumliche der zweiten stempelten diese Einrichtungen zu blossen Teillösungen, die vom gesamtschweizerischen Standpunkt aus nicht befriedigen konnten. Allein bereits 1916 hatte die 'Vereinigung kantonalschweizerischer Feuerversicherungsanstalten' die Sache aufgegriffen und nach eingehendem Studium des Problems 1922 empfohlen, die Elementarschadenversicherung an Gebäuden durch Ausdehnung des Tätigkeitsgebietes der kantonalen Anstalten zu verwirklichen, während die verschiedenen vorhandenen eidgenössischen und kantonalen Fonds sodann für 'Erdbeben- und andern von der kantonalen Versicherung ausgeschlossenen Schäden an Grundstücken und Fahrhabe zu reservieren wären'. Zudem stellte die 'Vereinigung' über die Art des Vorgehens der Anstalten einige nähere Richtlinien auf (Umfang der zu deckenden Ge-

154) Kamer, Sachversicherung, S. 77/78, und Zeitschrift: 'Die öffentlich-rechtliche Versicherung', Jahrgang 64, Nr. 18, S. 209/210, und 'Die Thurgauische Brandversicherungsanstalt für Gebäude', S. 91/92

fahren, Nichtvergütung der Kleinschäden, Selbstbehalt, Abstufung der Prämie je nach Risiko, Schadenstatistik) und machte auch darauf aufmerksam, dass es 'unerlässlich sei, gleichzeitig mit der Einführung der Elementarschadenversicherung für Rückdeckung dieser Risiken zu sorgen' 155).

Verschiedene in den Jahren 1919 bis 1925 vorgekommene ausserordentlich schwere Elementarereignisse, namentlich Föhn- und Gewitterstürme, die nicht nur an Waldungen und Kulturen, sondern auch an Gebäuden einen in die Millionen Franken gehenden Schaden anrichteten, liessen den Wunsch nach Einführung einer Versicherungsmöglichkeit immer lauter werden. 1922 und 1924 wurde sie durch Postulate in der Bundesversammlung aufgeworfen; 1924 veranstaltete der 'Schweizerische Fonds für Hilfe bei nicht versicherbaren Elementarschäden' eine diesbezügliche Umfrage bei den Kantonsregierungen und der Rückversicherungsverband der kantonalen Anstalten nahm ausgedehnte statistische Untersuchungen vor. Durch Gesetz vom 19. Mai 1925 wagte dann die waadtländische Brandversicherungsanstalt den entscheidenden Schritt und führte die Elementarschadenversicherung ein 156). In rascher Folge schlossen sich diesem Vorgehen andere kantonale Anstalten an, so am 30. Oktober 1927 Bern, am 17. Dezember 1928 St. Gallen, 1929 Glarus (Gebäude), 1930 Solothurn, Neuenburg, 1931 Glarus (Mobiliar), 1932 Graubünden, 1933 Thurgau. Heute haben von den 18 kantonalen Gebäudeversicherungen nur 3 die Gefahrendeckung nicht direkt auf Elementarschäden ausgedehnt. Nidwalden, Appenzell A.-Rh. und Schaffhausen. Der Kanton Nidwalden hat aber eine besondere kantonale Hilfskasse für Elementarschäden und der Kanton Appenzell A.-Rh. schritt 1930 zu einer besseren Ausgestaltung seiner bereits 1922 errichteten obligatorischen Hilfskasse und hat seit 1942 die Elementarversicherung für Gebäude an eine spezielle kantonale Elementarschadenkasse ausgeschieden.

Dem bei allen diesen Anstalten bestehenden Versicherungs-

155) Mitteilungen der Vereinigung kantonal-schweizerischer Feuerversicherungsanstalten, 1922, S. 153

156) Zeitschrift 'Die öffentlich-rechtliche Versicherung', Jahrgang 64, Nr. 18, S. 210

obligatorium entsprach es, dass auch die Elementarschadenversicherung für alle feuerversicherten Gebäude zwangsweise erfolgte. Die Einführung dieser Versicherung auf dem Gesetzeswege begegnete nirgends Widerstand. Das Volk sah die Notwendigkeit umso williger ein, als fast ausnahmslos die Ausdehnung des Versicherungsschutzes auf Elementarschäden ohne irgendwelche Erhöhung der Beitragspflicht erfolgen konnte.

Die versicherten Gefahren sind nicht bei allen Anstalten die selben. Uebereinstimmend gelten als versichert Elementarschäden aus Lawinen, Schneedruck, Sturmwind, Bergsturz, Erdbeben, Steinschlag, Hochwasser und Ueberschwemmung. Von der Ueberlegung ausgehend, dass Sturm- und Hagelschäden einander vielfach begleiten und die getrennte Ausmittlung dieser Schäden am Gebäude schwierig sei, haben eine Anzahl kantonaler Anstalten den Hagelschaden in ihre Haftung mit eingeschlossen, während andere denselben ausschlossen und argumentierten, dass gegen Hagelschaden bisher schon ausreichende Versicherungsmöglichkeiten bestanden hätten, sowie dass gerade der Hagelschaden den Anstalten die unberechenbarsten Belastungen bringe.

Uebereinstimmend ausgeschlossen sind bei allen Anstalten die Schäden infolge Erdbeben (Ausnahme Kanton Zürich!), kriegsrischen und revolutionären Ereignissen, schlechten Baugrundes, mangelhafter Fundamente, fehlerhafter Baukonstruktion, schlechten Unterhaltes des Gebäudes oder durch vorgenommene Erdbewegungen. Grundwasser- oder Bodenabsenkungen, durch Wasserleitungsbruch oder durch das Eindringen von Regen- und Schneewasser durch Dächer, Fenster und Lukarnen 157).

Eine besondere Art der Elementarschadenversicherung besitzen die Kantone Appenzell A.-Rh. und Basel-Land, in welchen eine solche Versicherung nicht nur für Gebäude, sondern auch für Kulturland und Kulturen besteht.

157) Zeitschrift: 'Die öffentlich-rechtliche Versicherung', Jahrgang 64, Nr. 18, S. 210

Ab 1928 machten die kantonalen Gebäude-Brandversicherungsanstalten für die eingeführte Elementarschadenversicherung von der Rückversicherungsmöglichkeit beim interkantonalen Rückversicherungs-Verband Gebrauch, so dass per 31. Dezember 1945 das Rückversicherungskapital in der Elementarbranche (nur Luote) auf Fr. 7'864'586.767.- angewachsen ist.

ee) Einflüsse der beiden Weltkriege

Eine der vielen empfindlich einschneidenden Begleiterscheinungen der beiden Weltkriege war die starke Verteuerung der Produktionskosten auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens, welche sich auch im Baugewerbe und im Zusammenhang damit für die Gebäudeversicherung durch eine entsprechende Steigerung der Arbeitslöhne und Verteuerung der Baumaterialien aller Art auswirkte. Dieser Umstand hatte zur notwendigen Folge, dass die Assekuranzschätzungen der Gebäude in keinem Verhältnisse mehr standen zu den im Brandfalle erforderlichen Wiederherstellungskosten. Bei jeder Brandschadenschätzung ergab sich die Tatsache, dass die Schadensausmittlung auf Grund und nach Massgabe der bestehenden Assekuranzwerte zu einem bedeutenden Verlust für den vom Brande Betroffenen führte. Diese Erscheinungen zwangen die kantonalen Anstalten sowohl während wie nach dem ersten und dem zweiten Weltkriege zu entsprechenden Massnahmen.

Die Durchführung von sofortigen Schätzungsrevisionen zum Zwecke der Anpassung der Versicherungssummen an die gestiegenen Baupreise konnte schon deshalb nicht in Frage kommen, weil solche Revisionen einen oft mehrjährigen Zeitaufwand bedingen und in ihrem Endergebnis durch die fortwährend im Flusse befindliche weitere Steigerung der Baupreise wieder überholt worden wäre. Man suchte sich deshalb auf andere Weise zu helfen.

Beim ersten Weltkrieg war 1917 die Geldentwertung bereits dermassen fortgeschritten, dass die alten Versicherungssummen nicht mehr genügten, um die Gebäudebesitzer im Brandfalle vor Schaden zu bewahren, indem die Entschädigungen zum Wiederaufbau nicht mehr ausreichten. 1918 waren deshalb

sämtliche kantonale Brandversicherungsanstalten gezwungen, auf dem Wege von Noterlassen der immer noch fortschreitenden Teuerung und der dadurch entstandenen Unterversicherung zu begegnen. Es geschah dies meist durch Einführung von sogenannten *Z u s a t z -* oder *N a c h v e r s i c h e r u n g e n*. Obwohl die Grosszahl der Kantone im Bereiche der Gesetzgebung schon zu einer Revision ihrer rechtlichen Grundlagen geschritten war, so waren diese neuen Erlasse doch nicht ausreichend und auch nicht dazu bestimmt gewesen, den durch den Krieg geschaffenen aussergewöhnlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Was die schon erwähnten besondern Massnahmen an betrifft, so befanden sich die öffentlich-rechtlichen, mit dem Monopol ausgestatteten Gebäudeversicherungsanstalten in einer weit schwierigeren Lage als die Privatgesellschaften. Denn wo der Staat den Bürger zwingt, nur bei seiner Anstalt Versicherung zu nehmen, liegt dieser auch die Verpflichtung ob, für ausreichenden Versicherungsschutz zu sorgen.

Den ersten Anlauf zur Einführung dieser kriegsbedingten Notmassnahmen unternahm die Brandversicherungsanstalt des Kantons Zug, der bezügliche Beschluss datiert vom 24. Januar 1917. Noch im selben Jahre folgten Aargau, Graubünden und Schaffhausen, während die restlichen Anstalten im Jahre 1918 folgten. Unterwirft man die einzelnen Verordnungen einer Analyse, so kommt man, rein formell betrachtet, zu einer Unterscheidung von 4 Systemen. Es waren dies:

- 1) Automatische Erhöhung des gesamten Versicherungsbestandes in und ohne Verbindung mit der Wiederaufbauklausel (d h. bei Wiederaufbau trat die Erhöhung in Kraft und die Entschädigung war grösser als bei Nichtwiederaufbau).
- 2) Automatische Erhöhung des gesamten Versicherungsbestandes mit gleichzeitiger Einführung der Möglichkeit einer fakultativ-Zusatzversicherung. Dabei war die erstere in der Regel nach allgemeinen Grundsätzen entschädigungsberechtigt, letztere nur gültig für den Fall des Wiederaufbaues.
- 3) Nur fakultative Zusatzversicherung in Verbindung mit der Wiederaufbauklausel (d h. Wiederaufbaupflicht als Voraussetzung für den Bezug der höheren Brandentschädigung).
- 4) Keine Erhöhung der versicherten Summen, dagegen Entschä-

digungsanspruch auf die Differenz zwischen dem gesetzlichen Brandschaden und den Wiederherstellungskosten.

Diesen Leistungen der Brandversicherungsanstalten standen folgende 4 Modalitäten von Gegenleistungen der Versicherten gegenüber:

- 1) Die volle Beitragspflicht mit und ohne Rückgewähr im Falle des Nichtwiederaufbaues.
- 2) Reduzierte Beitragspflicht ohne jegliche Rückgewähr.
- 3) Beitragspflicht im Umlageverfahren.
- 4) Die Gratisversicherung.

Dies die wichtigsten Vorkommnisse innerhalb schon bestehender kantonalen Anstalten, die in der Folge auch während der Zwischenkriegszeit in Kraft blieben oder durch allgemeine Schätzungsrevisionen und Neubewertungen ersetzt wurden. Als Folgeerscheinung des ersten Weltkrieges sind aber auch noch einige Ereignisse zu verzeichnen, die den Zweck hatten, neue Gebilde zu schaffen und die Feuerversicherung in noch vermehrter Masse in die Hände des Staates zu legen. Es betrifft dies die Kantone Aargau, Graubünden, Appenzell A.-Rh. und Schwyz. Bei den drei erstgenannten handelte es sich um die Ausdehnung der Brandversicherung auf das Mobiliar, bei Schwyz um die Einführung der kantonalen Gebäudeversicherung. Die Befragung des Souveräns fiel aber überall negativ aus. Auch in den Kantonen Tessin und Wallis ging man in den ersten Nachkriegsjahren mit dem Gedanken um, eine kantonale Gebäudeversicherungsanstalt zu gründen; doch ist man hier nie über das Stadium der Gesetzesentwürfe hinausgekommen. Dagegen hat der Kanton Bern durch Volksentscheid vom 11. Juni 1922 das Obligatorium der Mobiliarversicherung eingeführt - überliess die Versicherung aber den Privatgesellschaften (158).

Aber auch im zweiten Weltkrieg wurden die Gefahren der Unterversicherung und die Notwendigkeit der Nachversicherung von Industrie, Handel und Landwirtschaft erkannt. Die kantonalen Feuerversicherungsanstalten trafen ähnlich

158) Vergl. auch 'Jahrbuch für die öffentlichen Feuerversicherungsanstalten in Deutschland' 1923, S. 442 ff.

wie beim ersten Weltkrieg die entsprechenden Massnahmen und führten Teuerungszusatzversicherungen bzw. -entschädigungen ein, die sich in folgender Systematik zusammenfassen lassen:

- 1) Obligatorische Zusatzversicherung, die je nach Alter des Gebäudes zwischen 10 und 75% der früheren Versicherungssumme ausmacht.
- 2) Freiwillige Zusatzversicherung bis zum Werte der Wiederherstellungskosten oder mit Begrenzung nach oben (max. 75%).
- 3) Automatische Teuerungszusatz-Entschädigungen, die generell oder im Rahmen der jeweiligen Baupreise, mit oder ohne Maximallimite ausbezahlt werden.
- 4) Allgemeine Erhöhung der Versicherungssummen unter oder ohne Berücksichtigung des Einschätzungsjahres.
- 5) Automatische Vergütung der Wiederaufbaukosten.
- 6) Generalrevision der Einschätzungen, verbunden mit limitierter Erhöhung der Versicherungssummen oder fortwährende Revisionsschätzungen, die eine angemessene Erhöhung der Versicherungssummen zur Folge haben.

Die Modalitäten der Gegenleistungen der Versicherungsnehmer sind wie beim ersten Weltkrieg dieselben geblieben. einzig die Brandversicherungsanstalt des Kantons Glarus macht die Beitragsfreiheit von einem gewissen Minimalbestand des Reservefonds abhängig.

Ein besonderes Problem der Kriegszeiten war die Deckung von Schäden, die an Gebäuden durch Bombardemente oder sonstige Neutralitätsverletzungen entstehen. Grundsätzlich sind Kriegsrisiken ihrem Wesen nach unversicherbar, wie alle Risiken, die der freien Einwirkung der Menschen überlassen sind. Diese Schäden sind ja nicht mehr zufälliger Natur und in ihrer Ausdehnung und Häufigkeit nicht mehr voraussehbar. Auch erscheint es äusserst schwer, unter Kriegsgeschädigten den zu einem versicherungsmässigen Cefahrenausgleich erforderlichen Zusammenschluss herbeizuführen. Die Zerstörungen durch Kriegshandlungen können ferner dadurch, dass sie sich nur auf gewisse Länder oder bestimmte Gebiete konzentrieren, ausserordentlich schwer sein. Diese während des Krieges

so äusserst schweren Risiken verschwinden indessen wieder mit ihm, und es ist deshalb kaum möglich, sie zweckmässig in zeitlicher wie in räumlicher Beziehung auszugleichen. So erscheint gerade das Kriegsrisiko der Gebäude umso schwerer, weil man sie nicht wie Fahrhabe dislozieren kann und sie daher dem Zerstörungsrisiko während der ganzen Dauer eines Krieges ausgesetzt sind. Die Schäden in einer einzigen Stadt können schon ein derartig grosses Ausmass annehmen, dass niemand in der Lage wäre, die Mittel zu ihrer Wiedergutmachung zu beschaffen.

Diese Frage der Deckung von Kriegsschäden hat die Feuerversicherungskreise schon lange vor dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges intensiv beschäftigt. Die Schadenfälle, die auf kriegerische Ereignisse zurückgehen, d.h. eigentliche Kriegsschäden, sind sowohl bei der öffentlich-rechtlichen, wie auch bei der privat organisierten Feuerversicherung praktisch von der Deckung ausgeschlossen. Da der Grossteil der dem Risiko ausgesetzten Güter (Immobilien, Mobilien und Warenlager) gegen Feuer versichert ist und sich die Feuerversicherung nicht nur auf Feuerschäden allein bezieht, sondern unter gewissen Voraussetzungen auch Schäden anderer Art, wie Explosions- und Elementarschäden mitdeckt, ist es verständlich, dass die Kriegsschadendeckung ganz besonders in Verbindung mit der Feuerversicherung gebracht wurde.

Veranlasst durch die im Jahre 1940 erfolgten Neutralitätsverletzungen und Bombardierungen von Genf, Renens, Basel, Binningen und Zürich kam es am 28. Februar 1941 zum Erlass des Bundesratsbeschlusses über die Beteiligung des Bundes durch Vorschüsse an der vorläufigen Vergütung von Bombardierungsschäden (159). Dieser sah vor, dass als Hilfe an die durch Bombenabwürfe entstandenen Schäden der Bund ohne Anerkennung einer Verpflichtung und unter Wahrung aller Ersatzansprüche gegenüber dem Verursacher des Schadens Vorschüsse bis zum Höchstbetrage von 40% im Einzelfall, unter der

159) Bericht des Eidgenössischen Versicherungsamtes pro 1941, Verzeichnis der gesetzlichen Erlasse.

Voraussetzung gewähre, dass der Kanton ebenfalls 40% leiste. 20% des Schadens verblieben demnach dem Geschädigten 160)

Diese damals getroffene Regelung mochte aber auf die Dauer nicht zu befriedigen, da sie den berechtigten Interessen der Geschädigten zuwenig entgegen kam. Es wurde nun in Zusammenarbeit der zuständigen Bundesstellen mit der Vereinigung der öffentlich-rechtlichen und derjenigen der privaten Feuerversicherung nach einer gerechteren Lösung gesucht, die wenigstens für allfällige Bombardierungsschäden an den gegen Feuer versicherten Objekten die geltend gemachten Mängel des Bundesratsbeschlusses vom 28. Februar 1941 ausschalten sollte. Als ein Werk der gegenseitigen Verständigung kam dann die sogenannte 'Fonds-Lösung' zustande, die nicht eine Versicherung darstellt, sondern den Charakter einer Hilfs- und Notstandsaktion trägt. Dabei wird unter finanzieller Deanspruchung der Feuerversicherer und ihrer Versicherten, sowie der Kantone und des Bundes Vorsorge getroffen, dass den aus Neutralitätsverletzungen Geschädigten zur Deckung von Schäden an ihren gegen Feuer versicherten Objekten aus einem Fonds wirksame und insbesondere rasche Hilfe geleistet werden kann. Dieses Hilfswerk hat seine gesetzliche Grundlage im Bundesratsbeschluss über die Errichtung eines Fonds zur Deckung der Neutralitätsverletzungs-Schäden an den in der Schweiz gegen Feuer versicherten Objekten vom 3. Juli 1942 gefunden 161)

Demnach wurden also Neutralitätsverletzungs-Schäden je nach der Art des Schadens, entweder gemäss Bundesratsbeschluss vom 28. Februar 1941 bevorschusst, wenn es sich um Personenschäden oder um Sachschäden an gegen Feuer nicht versicherten Objekten handelte; oder gemäss Bundesratsbeschluss vom 3. Juli 1942, wenn es Sachschäden an gegen Feuer versicherten Objekten betraf.

Bald danach wurden aber Bestrebungen unternommen, um den

160) In diese Vorschussgewährung wurden neben den Sachschäden auch die durch Tötung oder Verletzung von Personen entstandenen Schadenfolgen mit einbezogen.

161) Bericht des Eidgenössischen Versicherungsamtes pro 1942, Verzeichnis der gesetzlichen Erlasse.

Beschluss vom 28. Februar 1941 soweit als möglich der 'Fonds-Lösung' anzugleichen. Am 21. August 1942 wurde dann durch einen erneuten Bundesratsbeschluss 162) un-mehr auch für die nicht unter die 'Fonds-Lösung', d. h. unter den Bundesratsbeschluss vom 3. Juli 1942 fallenden Schäden eine befriedigende Regelung geschaffen. Die Lösung war zur rechten Zeit gekommen, denn schon Ende 1942 musste erstmals der 'Fonds' zu Leistungen für Bombenschäden herangezogen werden. Seither sind bis ans Kriegsende weitere schwere Verluste an Leib und Gut durch Fliegerbomben verursacht worden, die aber dank diesen rechtzeitig getroffenen Massnahmen gelindert werden konnten. Das Studium der Deckung der eigentlichen Kriegsschäden ist durch diese Bestrebungen zur Einrichtung einer Hilfeleistung bei Neutralitätsverletzungs-Schäden etwas in den Hintergrund gedrängt worden. Eine Lösung des Problems der Kriegsschadendeckung in der Feuerversicherung ist daher in der Schweiz bis heute noch nicht verwirklicht worden

b) Die Entwicklung der privat organisierten Feuerversicherung im zwanzigsten Jahrhundert

Wir haben die Entwicklung der vor 1900 bestehenden vier schweizerischen Privatfeuerversicherungen, sowie die Auswirkungen des Aufsichtsgesetzes von 1885 in der vierten Epoche kurz in ihren Hauptzügen resümiert. Analog der Behandlung der öffentlich-rechtlichen Brandversicherung seien hier ebenfalls die Neugründungen, die gemeinsame Entwicklungstendenz aller Gesellschaften, die Rückversicherung und Elementarschadenversicherung sowie die Einwirkungen der Kriegsjahre betrachtet

aa) Neugründungen von privaten Feuerversicherungs-gesellschaften in der Schweiz

Nachdem der Kanton Graubünden 1907 ebenfalls zur Staats-anstalt übergegangen war, erstreckte sich auf dem Gebiet der Gebäudebrandversicherung der Geschäftsbereich der Pri-

162) Der den alten vom 28. Februar 1941 ersetzt.

vatgesellschaften noch auf die folgenden Kantone Uri, Schwyz, Obwalden, Appenzell I. Rh., Tessin, Wallis und Genf. Neben den bereits erwähnten vier bestehenden schweizerischen privaten Feuerversicherungsgesellschaften nahm im Jahre 1912 die 'Eidgenössische Versicherungs-Aktien-Gesellschaft' in Zürich den Betrieb der Feuerversicherung in der Schweiz auf. Es folgten dann 1922 die 'Schweizerische National-Versicherungs-Gesellschaft' in Basel, die 'Allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft' in Bern, die 'Allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft La Neuchâteloise' in Neuenburg, 1923 die 'Union Suisse' in Genf und die 'Alpina Versicherungs-Aktien-Gesellschaft' in Zürich. Im Jahre 1927 erhielt auch die 'Schweiz', allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Zürich, die Konzession zur Aufnahme des Feuerversicherungsgeschäftes. Von diesen elf das Feuerversicherungsgeschäft betreibenden schweizerischen Privatversicherungsgesellschaften haben neun die rechtliche Form der Aktiengesellschaft, während die Mobiliar in Bern und die Emmentalische in Zäziwil Genossenschaften sind.

Neben diesen schweizerischen Gesellschaften ist auch ausländischen Gesellschaften für das Feuerversicherungsgeschäft in der Schweiz die Konzession erteilt worden. Ihre Zahl und Verteilung nach Nationalität hat sich im Laufe der Jahre öfters geändert. Wie wesentlich sich dieses Verhältnis im Laufe der Jahren verschoben hat, zeigt die Zusammenstellung in folgender Uebersicht:

In der Schweiz arbeiteten Gesellschaften folgender Nationalitäten:

Nationalität	1863	1915	1925	1937	1944
Schweizerisch	2	5	9	11	11
Deutsch	7	11	2	1	1
Französisch	11	11	11	10	10
Englisch	4	2	2	2	1
Italienisch	1	1	1	1	1
Oesterreichisch	2	-	-	-	-
Schwedisch	-	-	1	-	-

Noch deutlicher sprechen die Zahlen der Prämieeneinnahmen der Gesellschaften. Im Jahre 1886, dem ersten Jahre der Tätigkeit des Eidgenössischen Versicherungsamtes, nahmen die damals bestehenden 4 schweizerischen Gesellschaften in der Schweiz

4'137'054 Fr. Prämien ein, denen

1'630'700 Fr. Prämien der damals in unserem Lande konzessionierten ausländischen Gesellschaften gegenüberstanden.

Im Jahre 1935 betrug die Prämieeneinnahme der 11 schweizerischen Gesellschaften

21'492'033 Franken, gegenüber

1'323'259 Franken der ausländischen Gesellschaften.

1944 verschob sich das Verhältnis noch einmal zugunsten der einheimischen Gesellschaften, die am Feuerversicherungsgeschäft in der Schweiz mit

31'977'120 Fr. Prämieeneinnahmen beteiligt waren, gegenüber

1'290'768 Fr. Prämieeneinnahmen der ausländischen Gesellschaften.

Aus einem Vergleich dieser Zahlen 163) ergibt sich, dass in der Schweiz im Laufe der Jahre die einheimischen privaten Feuerversicherungs-Gesellschaften stete und erhebliche Fortschritte gemacht haben. Da in der Schweiz gegenwärtig 24 Privatgesellschaften für den Betrieb der Feuerversicherung konzessioniert sind, ist es heute jedermann möglich, seine Immobilien gegen Brand zu versichern, auch wenn er nicht in einem der Kantone mit staatlicher Brandversicherung niedergelassen ist. Man hat die Auswahl zwischen Gegenseitigkeits-Gesellschaften und Aktiengesellschaften sowie zwischen Gesellschaften schweizerischer oder ausländischer Nationalität. Wenn es sich bei Brandfällen trotzdem immer wieder zeigt, dass Einzelne ihre Immobilien nicht oder ungenügend versichert haben, so kann das jedenfalls nicht den Gesellschaften zur Last gelegt werden, denn die Konkurrenz um den Erwerb selbst ganz kleiner Versicherungsabschlüsse ist eine sehr intensive.

163) Sämtliche Zahlenangaben zusammengestellt auf Grund der entsprechenden Jahrgänge der 'Berichte des Eidgenössischen Versicherungsamtes'.

Es liegt zum Teil im System der F r e i w i l l i g k e i t der privaten Brandversicherung begründet, dass bei grösseren Brandkatastrophen Unzulänglichkeiten auftreten können, wie es sich erst jüngst wieder bei den Dorfbränden von Mayen und Unterbäch im Kanton Wallis gezeigt hat. Eine Vorlage, welche die Einführung einer kantonalen Brandassekuranz vorsah, ist vor einigen Jahren vom Walliser Volk verworfen worden. Eine Hauptursache der Ablehnung war, dass die vorgesehene Versicherung nicht einer autonomen Anstalt, sondern einfach der allgemeinen kantonalen Verwaltung übertragen werden sollte, ausserdem bestand nach dem Gesetzestext wenig Klarheit über die Höhe der Prämien, welche durch die Gebäudeeigentümer hätten entrichtet werden sollen.

Bekanntlich werden die Brandversicherungsprämien der Privatsellschaften abgestuft nach dem zu versichernden Risiko angesetzt; die Walliser Bergdörfer bieten aber ein Maximum an Risiken, so dass sich manche kleine Eigentümer keine Versicherung leisten können oder einfach keine Neigung zeigen, ihr Geld zum Schutze gegen eine abstrakte Brandgefahr auszugeben 164). In diesem Moment bleibt keine andere Lösung mehr, als die staatliche Brandversicherung mit Obligatorium einzuführen, wobei bei der Festsetzung der Prämien Erwägungen sozialer Art dazu führen müssten, den schlechten Risiken, die sich im Besitze der minderbemittelten Eigentümer befinden (Alpdörfer etc.), einigermaßen Rechnung zu tragen. Der Versicherungszwang allein nützt eben noch nichts, wenn nicht alle Bürger in der Lage sind, die Versicherung finanziell zu tragen.

Durch den ablehnenden Volksentscheid gebunden, bleibt der Regierung im Kanton Wallis vorläufig nichts anderes übrig, als den Kampf gegen die wirtschaftlichen Nachteile der Brandkatastrophen mit andern Mitteln durchzuführen. Der Walliser Staatsrat hat die Subventionen zur Bekämpfung der Brände für das Jahr 1947 wesentlich erhöht. Die Gemeinden

164) Das zeigte sich im Falle des Weilers Mayen, wo von der rund Fr. 660'000.- betragenden Schadensumme nur Fr. 230'000.- durch Versicherung gedeckt waren (Berner Tagblatt, Nr. 345/1946).

erhalten 20 bis 30% an die Herstellungs- oder Reparaturkosten von Wasserzuleitungen, Reservoirren, Feuerwehrscluppen; 30% an die Kosten für Motorspritzen. Privatpersonen haben einen Anspruch auf eine Subvention von 10% an die Kosten von Hydrantenanlagen, Löschapparaturen u. s. w. Alles in allem macht die Walliser Regierung gegenwärtig grosse Anstrengungen, um dem alten Landesübel auf den Leib zu rücken, aber trotzdem ist sie durch das herrschende Versicherungssystem gezwungen, in diesem Kampf zu einem grossen Teil auf die Wohltätigkeit der Walliser Mitbürger und der übrigen Eidgenossen abzustellen, um die Brandgeschädigten zu befriedigen 165).

bb) Die Entwicklung der privaten Feuerversicherung in der Schweiz

Wir haben schon im vorangegangenen Abschnitt durch Zahlenunterlagen belegt, dass sich die einheimischen Gesellschaften eines stetigen Aufschwunges erfreuen. Ueber diese allgemeine Feststellung hinaus ist im Besonderen noch auf einige Punkte der Entwicklungsgeschichte der privaten Feuerversicherungs-Gesellschaften näher einzugehen:

Parallel dem Aufschwung und der Zunahme der Zahl der Gesellschaften zeigte sich naturgemäss auch eine Verschärfung der Konkurrenzverhältnisse und damit in Zusammenhang ein starker *P r ä m i e n z e r f a l l*. Diese letztere Erscheinung nahm einen solchen Umfang an, dass sich sogar die Aufsichtsbehörde in ihren Publikationen wiederholt mit dieser Frage befasste. Der Bericht des Eidgenössischen Versicherungsamtes spricht schon 1891 von diesem Zerfall, bezeichnet 1900 die Lage der Gesellschaften als nicht beneidenswert, hält 1912 die Gewinnmöglichkeiten als in Frage gestellt und sagt 1923, dass die Gesellschaften sozusagen über keine Gewinnmarge mehr, sondern nur noch über die Erträgnisse aus ihren Kapitalien verfügen. Dabei seien zu knapp bemessene Prämien auf die Dauer kein Gewinn für den Versicherungsnehmer, denn die Gesellschaften würden gezwungen,

165) Zeitungsartikel 'Der Bund', Nr. 12, 9. Januar 1947

sich an der Regulierung der Brandereignisse schadlos zu halten. Ein wirksamer Versicherungsschutz sei nur gegen eine ausreichende Prämie zu beanspruchen. Im Bericht von 1925 braucht das Versicherungsamt wörtlich den Ausdruck 'Schundprämien'! 1926 heisst es, der Wettbewerb habe Formen angenommen, die die Grundlagen eines Versicherungsbetriebes zu erschüttern drohten, die Prämienansetzung richte sich nicht mehr nach objektiven Tatbeständen, sondern nach Konkurrenzumständen und dieser rücksichtslose Wettbewerb trage die Schuld an der kritischen Lage der privaten Feuerversicherung.

Deutlicher als es das Eidgenössische Versicherungsamt in seinen Publikationen getan hat, lässt sich die präkäre Lage, in welcher sich die privaten Gesellschaften befanden, nicht schildern; aber es hat trotzdem Jahrzehnte gebraucht, bis endlich eine Verständigung erzielt werden konnte.

Mittlerweile zog der mitleidslose Wettbewerb seine Bahn. Die Versicherungsnehmer begnügten sich dabei nicht nur mit stetigen Begehren nach noch billigeren Prämienansätzen, sondern sie stellten auch Forderungen, die zur Verwässerung der Versicherungsbedingungen führten, und die Konkurrenzverhältnisse sorgten ihrerseits für die Befriedigung dieser Begehren.

War 1885 die Schweiz schon mit der gesetzlichen Regelung der Staatsaufsicht vorangegangen, so hatte sie auch als erste mit der Gesetzgebung über den **V e r s i c h e r u n g s v e r t r a g** Neuland betreten. Bei der Kodifikation des Obligationenrechtes hatte man aus Gründen der Opportunität die versicherungsrechtlichen Bestimmungen zurückgelegt, aber im Jahre 1891 gab der schweizerische Juristenverein in einer Petition an den Bundesrat der Auffassung Ausdruck, die gesetzliche Ordnung dieser Rechtmaterie würde nicht nur ein dringendes Bedürfnis der interessierten Kreise befriedigen, sondern auch die notwendige Ergänzung zum Aufsichtsgesetz bilden. Es wurde in der Folge eine Expertenkommission bestellt und diese hat als Ergebnis ihrer Beratungen im Juli 1893 den damaligen juristischen Experten des Eidgenössischen Versicherungsamtes,

Professor Roelli mit der Ausarbeitung eines Entwurfes zu einem Bundesgesetz über den Versicherungsvertrag samt Motiven betraut. Der Entwurf lag 1896 fertiggestellt vor, pas- sierte eine Reihe von Beratungen in den verschiedenen für die Angelegenheit geschaffenen Subkommissionen sowie in der gesetzgebenden Behörde, wurde am 2. April 1908 zum Ge- setz erhoben und trat auf den 1. Januar 1910 in Kraft 166)

Damit wurde nun das Eidgenössische Versicherungsamt ermäch- tigt, die Versicherungsbedingungen zu prüfen und nur dieje- nigen zu genehmigen, die mit dem Versicherungsvertragsgesetz in Einklang stehen und ihm angemessen und billig erscheinen. Der Grundgedanke dabei war, dass der Versicherungsnehmer selten imstande ist, die Tragweite der Bedingungen seines Vertrages richtig zu verstehen. Es ist daher von Nutzen, dass deren Prüfung durch eine unabhängige Instanz ihn so weit als möglich vor unangenehmen Ueberraschungen bewahrt.

Soweit in aller Kürze die Entstehung und der Zweck des Ver- sicherungsvertragsgesetzes von 1908. Was uns aber im Zu- sammenhang mit der Entwicklung der privaten Feuerversiche- rung besonders interessiert, ist, dass die Staatsaufsicht nach und nach zu einer wesentlichen Verbesserung der Ver- sicherungsbedingungen geführt hat und so die gefährliche Tendenz, durch den Konkurrenzkampf die Prämien immer mehr zu senken, um sich dafür durch schärfere Bedingungen zu erholen, auffangen konnte. Auf alle Fälle machte das Ver- sicherungsvertragsgesetz, wie seinerzeit das Aufsichtsgesetz Epoche in der Geschichte der schweizerischen Assekuranz. Den besten Beweis für die Nützlichkeit der Staatsaufsicht dürfte die Tatsache bilden, dass uns das Ausland nachge- ahmt hat. Die Schweiz war das erste Land, das die privaten Versicherungsgesellschaften beaufsichtigte und den Versi- cherungsvertrag kontrollierte. Heute tun dies fast sämtli- che Staaten.

166) Bericht des Eidgenössischen Versicherungsamtes pro 1908, Verzeichnis der gesetzlichen Erlasse; und Fest- schrift: 'Basler Versicherungsgesellschaft gegen Feuer- schaden', S. 45

Aehnlich wie bei der öffentlich-rechtlichen Versicherung wurde auch unter den Privatgesellschaften ein Zusammenschluss in einer Vereinigung angestrebt, um die gemeinsamen Interessen besser vertreten zu können. Die ersten Bestrebungen in dieser Richtung gehen auf das Jahr 1880 zurück. Es war nämlich den Gesellschaften hie und da der Vorwurf gemacht worden, dass ihre Tätigkeit nicht allen Schichten der Bevölkerung zugute komme und zwar werde den sozial schwachen kleinen Leuten der Versicherungsschutz zu wenig leicht zugänglich gemacht. Schon damals hatten die schweizerischen privaten Feuerversicherungs-Gesellschaften (Schweizerische 'Mobiliar', 'Helvetia', 'Bâloise') den Versuch unternommen, durch die Einführung von Gemeinde-Kollektivversicherungen diesen Vorwurf zu entkräften. Es wurde aber von dem Anerbieten der Gesellschaften sozusagen kein Gebrauch gemacht, trotzdem es im Jahre 1889 wiederholt worden war. Mehr Erfolg hatten dann die Erleichterungen (Gebührenfreiheit, Erweiterung der Freizügigkeit), welche die Gesellschaften im Jahre 1906 für das kleine Geschäft einführten.

Diesen Abmachungen unter den schweizerischen Privatgesellschaften folgte wenig später ein engerer Zusammenschluss aller in der Schweiz tätigen privaten Feuerversicherungs-Gesellschaften, als sich die Verstaatlichungstendenzen immer mehr verstärkten. Als Abwehr gegen diese Bestrebungen konstituierte sich im Jahre 1907 die 'Vereinigung von in der Schweiz arbeitenden Feuerversicherungs-Gesellschaften', der von Anfang an elf Gesellschaften angehörten. Ausser der Bekämpfung der Verstaatlichungsbewegung hat sich die 'Vereinigung' im Laufe der Jahre auch andern Aufgaben zugewandt. Der Verwilderung in der Prämienpolitik suchte man mit der Aufstellung bindender Bestimmungen zu begegnen. Es hatte aber immerhin noch zwei Jahrzehnte gedauert, bis der Prämienzerfall aufgefangen werden konnte und sich die allgemeine Erkenntnis Bahn brach, dass ein Geschäft, welches mittelst Ausspannung durch Prämienunterbietung oder andern Zugeständnissen abgeschlossen wird, auf die Dauer keinen Erfolg bringen kann. Aus dieser Einsicht heraus schuf die

‘Vereinigung’ schliesslich ein den Umständen angepasstes Tarifwerk, verbunden mit einer Zusammenstellung von Konkurrenzgrundsätzen, die, ohne den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen zuwider zu laufen, den Ansprüchen eines gesunden Wettbewerbes gerecht wurden 167).

Obwohl die Vereinigung in einer Zeit schärfster Konkurrenzkämpfe und stärksten Prämiendruckes entstanden war, machte man den privaten Feuerassekuranzen den Vorwurf, sie hätten einen Ring gebildet zur Hochhaltung der Prämien und zur Steigerung ihrer Gewinne. Wie es sich aber in Tat und Wirklichkeit mit diesen Gewinnen verhält, darüber spricht das Eidgenössische Versicherungsamt in seinem Bericht von 1933:

‘In weiten Volkskreisen ist die Meinung verbreitet, dass das Versicherungsgewerbe aussergewöhnliche Gewinnmöglichkeiten biete und eine unversiegbare Quelle der Bereicherung seiner Träger bilde. Ein summarischer Ueberblick der von den schweizerischen Versicherungsunternehmungen jährlich ausgewiesenen Geschäftsergebnisse scheint diese Auffassung auch zu bekräftigen. Hohe Ziffern, die sich namhaft machen lassen, springen in die Augen, werden verallgemeinert und bilden den Nährboden für eine solche Beurteilung. Einige wenige Feststellungen zeigen schon, dass diese abwegig ist. Wir gehen von der Tatsache aus, dass in der Schweiz seit dem Jahre 1920 zwölf neue Versicherungsunternehmungen gegründet wurden. Davon ist die Hälfte bis heute (1933) dividendenlos geblieben. Die übrigen verzinsen ihre einbezahlten Aktienkapitalien zwischen 5 - 8%. Gleichzeitig bleibt hervorzuheben, dass zwei dieser Neugründungen die Hälfte ihrer ursprünglich bereitgestellten Gesellschaftskapitalien infolge von Verlusten abschreiben mussten, obschon diesen bei Eröffnung des Geschäftsbetriebes erhebliche Mittel à fonds perdu mitgegeben wurden. In der gleichen Zeitspanne mussten fünf schweizerische Versicherungsunternehmungen, die sich nicht durchzusetzen vermochten, teilweise mit schweren Einbussen der Kapitalgeber liquidiert werden. Diese Vor-

167) Festschrift: ‘Basler Versicherungsgesellschaft gegen Feuerschaden’, Seiten 50 und 53

kommissionen deuten an, dass im privaten Versicherungsgewerbe die Gewinne ebenso schwer verdient werden müssen, wie in jedem anderen Zweig der Wirtschaft'.

Soweit die Stellungnahme von amtlicher Seite zu diesem Punkte. Es ist eine eigentümliche psychologische Erscheinung, dass, was heute die Zeitungen in gross gedruckten Zeilen mit den Schlagwörtern Grossfeuer und Brandkatastrophe verkünden - übermorgen schon dem Bewusstsein der Öffentlichkeit entschwunden ist und der Alltag mit seiner felsenfesten Ueberzeugung von der Einträglichkeit des Feuerversicherungsgeschäftes wieder in sein Recht tritt.

Wir dürfen nicht ausser Betracht lassen, dass die schweizerischen privaten Feuerversicherungsunternehmen sich sozusagen alle stark im Ausland betätigen und dass diese Gesellschaften Weltgeltung besitzen. Wir dürfen ruhig behaupten, dass sich in der Welt kein grosses Unglück ereignet - sei es das Erdbeben und der Brand von San Francisco (April 1906), seien es die Elementarschäden durch Sturm und Ueberschwemmungen in Florida oder in Mississippigebiet oder die Explosion des Salpeterschiffes in Texas City - , ohne dass letzten Endes die schweizerischen Feuerversicherungsgesellschaften dabei beteiligt wären.

cc) Die Auswirkungen der Kriegszeiten auf das private Feuerversicherungsgewerbe

Es hat sich gezeigt, dass Kriegsjahre für die private Feuerversicherung keine Krisenjahre sind. Steigende Preise führten allgemein zu einer Abnahme der Brandfälle und gleichzeitig zu einer aussergewöhnlichen Zunahme des Versicherungsbestandes, verbunden mit der entsprechenden Prämienzunahme, denn die Versicherten erachteten es oft als angezeigt, wegen der inländischen Geldentwertung ihre Feuerversicherungs-Verträge den neuen Verhältnissen anzupassen. Als eine Folge des ausländischen Währungszersfalls und des dadurch bedingten wachsenden Zutrauens der Versicherungsnehmer zu den schweizerischen Gesellschaften erfolgte eine deutliche Wendung in den Prämieinnahmen im schweizerischen

Feuerversicherungsgeschäft zugunsten der einheimischen Unternehmungen 168)

Hatten schon beim Kriegsausbruch 1914 eine Reihe zivilrechtlicher Bestimmungen vor dem Zwang der Wirklichkeit kapitulieren müssen, so ist es nicht zu verwundern, dass auch das neugeschaffene Versicherungsvertragsrecht nicht in allen Punkten standhielt. Diejenigen Artikel, welche der Wahrung der Interessen der Gesellschaften dienen sollten, wurden vielfach durchlöchert und nebenher schritt eine bedauerliche Verwilderung in der Praxis. Die kriegsbedingte internationale Zerrüttung griff auch in die damals ohnehin nicht besonders erquicklichen Konkurrenzverhältnisse in der Schweiz ein und machte die Verständigung, welche die 'Vereinigung' angestrebt hatte, auf lange Zeit hinaus unmöglich.

Die wachsende Steigerung der Sachwerte und die zunehmende Anhäufung grosser Lagerbestände nahm im Jahre 1917 derartige Dimensionen an, dass es den in der Schweiz tätigen privaten Feuerversicherungsunternehmen eine zeitlang nicht mehr möglich war, die Versicherung all dieser Bestände zu bewältigen. Es mussten daher vorübergehend und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde notgedrungen ausländische, nicht konzessionierte Gesellschaften beigezogen werden, bis nach kurzer Zeit diese Erscheinung wieder verschwand 169)

Im entsprechenden Abschnitt über die öffentlich-rechtlichen Brandversicherung wurden die grundsätzlicher Fragen zum Problem der Deckung des Kriegsrisikos schon behandelt. Auch die Privatgesellschaften hatten sich naturgemäss mit diesen Dingen zu befassen. Aber sie kamen ebenfalls zum Schluss, dass das Kriegsrisiko zu Lande unversicherbar sei, bedingt durch die moderne Kriegsführung, zu deren Zielen es gehört, den Gegner nicht nur strategisch, sondern auch wirtschaftlich niederzuzwingen. Ueber die Lösung, welche die Frage der Neutralitätsverletzungs-Schäden gefunden hat, wurde schon an früherer Stelle berichtet und da sie in

168) Vergl. auch Zusammenstellung auf Seite 137

169) Festschrift 'Basler Versicherungsgesellschaft gegen Feuerschaden', S. 49

Zusammenarbeit der öffentlich-rechtlichen mit der privaten Feuerversicherung entstanden ist erübrigt sich ein erneutes Eingehen auf dieses Problem an dieser Stelle

dd) Die Rückversicherung der privaten Feuerversicherungsunternehmen

Die Verhältnisse sind insofern von denen der öffentlich rechtlichen Brandversicherung verschieden, als sich bei den privatrechtlich organisierten Feuerversicherungen der Geschäftsbetrieb neben dem hauptzweig der Feuerversicherung meist noch auf mehrere verwandte Nebenzweige erstreckt. Der Grad der Kumulation von Versicherungszweigen ist heute bei den privaten Gesellschaften soweit fortgeschritten dass die Schadenversicherungsgesellschaften auch die Unfall und Haftpflichtversicherung als Betriebszweig eingeführt haben. Aus diesen Gründen gibt sich für ein einzelnes Versicherungsunternehmen in seiner Gesamtheit betrachtet eine viel ausgeglichene Risikoverteilung als bei den spezialisierten kantonalen Brandversicherungsanstalten. In dem sich die privaten Versicherungsgesellschaften an Gefahren vieler Art beteiligen, in vielen Ländern, bewerkstelligen sie die grösstmögliche Gefahrenverteilung und ermöglichen gleichzeitig die Kompensation der schlechten Ergebnisse der einen Gefahrenkategorie durch das bessere Resultat der anderen, sei es an und für sich, sei es je nach dem Lande, und stellen so einen Gefahrenausgleich her

Wir haben gesehen dass sich bei den kantonalen Brandversicherungsanstalten der Rückversicherungsgedanke erst in den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts, besonders aber nach dem Brand von Glarus Bahn brach. Aber auch die Privatgesellschaften beschäftigten sich nicht eher mit dem selben Problem. Das ist nicht verwunderlich wenn man bedenkt, dass die Direktversicherung, deren Ausfluss das Rückversicherungswesen ja ist damals selbst in ihren Anfängen steckte. Wohl gab es damals schon vereinzelt eigentliche Rückversicherungsgesellschaften, doch waren die privaten Feuerversicherer, um eine wirksame Rückdeckung zu erreichen, noch in ausgedehntem Masse gezwungen, zu Austauschverträgen mit

andern Direktversicherern Zuflucht zu nehmen. Daneben wurden von den damals bestehenden wenigen Gesellschaften auch Verträge mit ausländischen Gesellschaften abgeschlossen, wie das beispielsweise die 'Helvetia' 1863 mit der 'Kölnischen Rückversicherungs-Gesellschaft' tat 170).

Als dann im Herbst 1863 in Zürich die 'Schweizerische Rückversicherungs-Gesellschaft' gegründet worden war, richteten sich die Blicke dorthin, denn bei einem schweizerischen Rückversicherungsinstitut fiel ohne weiteres das Bedenken dahin, ein allfälliger Gewinn desselben wandere ins Ausland ab. Mit der fortschreitenden Entwicklung des Rückversicherungswesens in der Schweiz wurden die Zessionen der privaten Feuerversicherungsunternehmen mehr und mehr von den Austauschverträgen auf reine Rückversicherungsgesellschaften übergeleitet, ohne dass indessen Austauschgeschäft je ganz aufgegeben worden wäre.

Im allgemeinen erzielten die Rückversicherer ausgezeichnete Ergebnisse, und es fehlte nicht an Stimmen bei den verschiedenen Feuerversicherungsgesellschaften, die das Geld für die Rückdeckung lieber behalten und in die eigenen Gesellschaftsreserven gesteckt hätten. Die vorwiegend guten Resultate der Rückversicherer und ein Bedürfnis nach weniger grosser Abhängigkeit der Feuerversicherungsgesellschaften von denselben führte zur sogenannten 'Selbstrückversicherung'. Dabei wird der Eigenbehalt des Erstversicherers erhöht und diese Quote in eigene Rückversicherung genommen, indem das aus dem erhöhten Selbstbehalt erwachsene zusätzliche Prämienaliment nicht dem laufenden Geschäft einverleibt wird, sondern einem neu zu bildenden und selbständig verwalteten Rückversicherungs-Fonds zugewiesen wird. Diese 'Rückversicherung im eigenen Hause' hat sich allgemein gut bewährt. Aber trotzdem steht das passive Rückversicherungsgeschäft immer noch im Vordergrund, da die Uebernahme hochwertiger und gefährvoller Risiken, wie dies das heutige Wirtschaftsleben verlangt, nur mit Hilfe der Rückversicherung möglich ist.

170) Festschrift: '75 Jahre Helvetia-Feuer', Seite 21

ee) Die Elementarschadenversicherung bei den privaten Feuerversicherungsgesellschaften

Für die kantonalen Brandversicherungsanstalten, die sich in ihre Monopolstellung und das Obligatorium stützen könnten und die kraft gesetzlicher Bestimmungen jederzeit in der Lage sind, ihre Prämien den tatsächlichen Bedürfnissen anzupassen, war die Uebernahme der Elementarschadenversicherung, wie wir gesehen haben, bedeutend einfacher als für die privaten Feuerversicherungsunternehmungen. Die Konsolidierung der 'Schweizerischen Feuerversicherungs Vereinigung' hat aber auch zur Lösung dieses Problems beigetragen. Die Forderung nach Deckung der Elementarschäden durch die privaten Feuerversicherer war nicht mehr zur Ruhe gekommen, als 1929 das Eidgenössische Versicherungsamt in seinem Bericht feststellte, es habe sich herausgestellt, dass sich die Elementarschäden an gegen Feuersgefahr versicherten Gütern in tragbaren Grenzen hielten und somit versicherbar seien. Zudem hatten seit 1925 einzelne kantonale Anstalten den Versicherungsschutz schon auf Elementarschäden ausgedehnt ohne schlechte Erfahrungen zu machen.

1933 führten Verhandlungen zwischen den beiden Dachorganisationen, der 'Vereinigung kantonal schweizerischer Feuerversicherungsanstalten' und der 'Schweizerischen Feuerversicherungs Vereinigung' zum Abschluss einer Vereinbarung, in welcher die Grundsätze für die Durchführung der Elementarschadenversicherung in der Schweiz niedergelegt wurden. Dieses Abkommen ist jedoch toter Buchstabe geblieben, weil seine Durchführung die Einführung des Versicherungsobligatoriums zur Voraussetzung hatte und diejenigen Kantone, welche nicht schon in besseren Zeiten Vorsorge getroffen hatten, unter dem Drucke der bald darauf einsetzenden Wirtschaftskrise nicht mehr in der Lage waren, die notwendigen gesetzgeberischen und finanziellen Massnahmen zu treffen.

Für die öffentlich-rechtliche Brandversicherung blieb es damit beim Zustande, nach welchem es jedem Kanton freistand, den Versicherungsschutz auch auf Elementarschäden auszudehnen was auch bei der grossen Mehrzahl geschehen

ist, wie wir gesehen haben, Die privaten Feuerversicherungsunternehmen dagegen sahen sich vor die Alternative gestellt, entweder die Sache auf sich beruhen zu lassen oder für ihren Sektor eine Lösung des Problems auf anderer Grundlage zu suchen 171).

Nachdem die schweren Sturm- und Hochwasserschäden des Jahres 1934, anlässlich welcher von den meisten Feuerversicherungsgesellschaften freiwillige Entschädigungen ausgerichtet worden waren, neuerdings die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer dauernden und wirksamen Hilfe gegen Elementarschäden dargetan hatten, taten die privaten Feuerversicherungsunternehmen den entscheidenden Schritt. Nach jahrelanger Prüfung und nicht endenwollenden Verhandlungen wurde nun eine Regelung geschaffen in Form einer freiwilligen Vergütung, wie sie die 'Schweizerische Mobiliar-Versicherungs-Gesellschaft' schon vor Jahren eingeführt hatte. Diese Abmachung, die am 1. Januar 1936 in Kraft getreten ist, besteht darin, dass Elementarschäden an gegen Feuersgefahr versicherten Objekten und innerhalb der Versicherungssumme bis zu 50 bzw. 70% des festgestellten Verlustes, höchstens aber mit Fr. 10'000.- ohne jegliche Gegenleistung des Versicherungsnehmers vergütet werden. Der Höchstbetrag ist inzwischen auf 80% bzw. Fr. 15'000.- 172) ausgedehnt und in der Folge auch die Möglichkeit geboten worden, diesen Betrag übersteigende Verluste gegen entsprechenden Prämienzuschlag versichern zu können. Um Tagelohnschäden auszuschliessen, deren Regulierung Zeitverlust und unverhältnismässige Kosten verursachen, ohne dass für die Vergütung ein soziales Bedürfnis besteht, wurde ein Selbstbehalt des Geschädigten von Fr. 100.- festgesetzt.

Zur Finanzierung dieser unentgeltlichen Elementarschadenversicherung und zur Verteilung des Risikos haben die privaten Gesellschaften einen Pool gebildet. Dabei stellt jedes Mitglied des Pools jährlich einen bestimmten Prozentsatz seiner Prämieinnahmen aus dem direkten schweize-

171) Kamer, Sachversicherung, Seiten 79/80

172) Für die Gebäude blieb die bisherige Höchstgrenze bestehen.

rischen Feuerversicherungsgeschäft für die Vergütung von Elementarschäden zur Verfügung 173).

Mit der Lösung der Elementarschadenfrage, einem nach bisher herrschender Anschauung unlösbarem Problem, hat die schweizerische private Feuerversicherung einen praktischen Versuch und ein Wagnis unternommen, das sonst nirgends in der Welt eingegangen worden ist und damit ihre Fähigkeit, auch schwierigste versicherungstechnische Probleme zu lösen, neuerdings unter Beweis gestellt.

4. SCHLUSSBETRACHTUNGEN

Aufbauend auf den für die Gebäude Brandversicherung in der Schweiz wichtigen historischen Grundsteinen und in einem epocheweisen Zusammentragen der Hauptpunkte deren Entwicklung, haben wir diesen volkswirtschaftlich so bedeutenden Versicherungszweig bis in die Gegenwart verfolgt. Als Abschluss dieser entwicklungsgeschichtlichen Darstellung sei der heutige Stand der Feuerversicherung in einer Uebersicht zusammengefasst, verbunden mit einem Hinweis auf die wirtschaftliche Bedeutung und ergänzt durch einige Zahlentabellen, welche das Entwicklungsbild vervollständigen sollen.

A. Die gegenwärtige Ordnung der Feuerversicherung in der Schweiz

a) Die Feuerversicherung wird in der Schweiz sowohl öffentlich rechtlich als auch privatwirtschaftlich betrieben.

b) Öffentlich-rechtlich organisiert haben sich von 25 Kantonen und Halbkantonen deren 18, die alle ihre eigene Gebäudeversicherungsanstalt besitzen. Es sind dies die Kantone Zürich, Bern, Luzern, Nidwalden, Glarus, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Land, Schaffhausen, Appenzell A.-Rh., St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Waadt und Neuenburg. Jede An-

173) Kamer, 'Sachversicherung', Seiten 80/81; und Festschrift: 'Basler Versicherungsgesellschaft gegen Feuerschaden', S. 60

stalt ist zur Erreichung ihres Zweckes mit Monopol und Versicherungszwang ausgestattet. Drei Kantone: Waadt, Glarus und Nidwalden, haben auch eigene Mobilienversicherungsanstalten; Monopole besitzen davon nur die waadtländische und die nidwaldnerische Anstalt.

c) Die kantonalen Gebäude- und Mobiliarversicherungsanstalten haben sich 1903 als 'Vereinigung kantonal-schweizerischer Feuerversicherungsanstalten' konstituiert mit dem Zwecke, das staatliche Feuerversicherungswesen zu fördern.

d) Die öffentlich-rechtliche Feuerversicherung der Schweiz besitzt seit 1911 im 'Interkantonalen Rückversicherungsverband' einen ausschliesslich für ihre Zwecke geschaffenen Rückversicherer.

e) Privatwirtschaftlich arbeiten in der Schweiz 11 inländische und 13 ausländische Gesellschaften, sowie 3 lokale Brandkassen (Ländliche Feuerversicherungsgesellschaft in Appenzell, Bezirksbrandkasse Oberegg/Appenzell I.-Rh., Mobiliarversicherung Ober- und Untersteckholz). Soweit der Versicherungsbetrieb nicht kantonal ausgeübt wird, sind die Gesellschaften im Rahmen des Aufsichtsgesetzes in ihrer Tätigkeit unbehindert. Ihr Geschäftsgebiet erstreckt sich demnach auf die Kantone: Uri, Schwyz, Obwalden, Appenzell I.-Rh., Tessin, Wallis und Genf. Versicherungszwang haben von diesen Kantonen: Schwyz, Appenzell I.-Rh. und Obwalden (nur für Wohngebäude).

f) Das private Feuerversicherungskapital, exclusive die 3 lokalen Brandkassen, belief sich nach dem letzten Bericht des Eidgenössischen Versicherungsamtes vom 31. Dezember 1944 auf insgesamt 39'823 Millionen Franken und hat damit erstmals seit 1931 den Bestand der kantonalen Brandversicherungsanstalten um rund 373 Millionen Franken überflügelt. Der Grund hierfür ist darin zu suchen, dass einzelne kantonale Anstalten der herrschenden Teuerung im Versicherungskapital nicht Rechnung tragen und den Ausgleich in Form blosser Entschädigungen vorgesehen haben. Ferner ist zu bemerken, dass für die Privatassekuranz eine rechnerische

Die privaten Feuerversicherungsge

Gesellschaft	Gründung 174)	Form	Sitz	
Schweizerische				
Schweizer. Mobiliarvers. Gesell.	1826	Genoss.	Bern	E
Helvetia, Schweiz. Feuervers. Gesellschaft	1861	A.G.	St. Gallen	E
Basler, Vers. Gesell. gegen Feuerschaden	1863	A.G.	Basel	E
Neuenburger, Schweiz. Allg. Vers. Gesellschaft	1869	A.G.	Neuenburg	E
'Schweiz' Allg. Vers. Gesellsch.	1869	A.G.	Zürich	E
Emmentaler Mobiliar-Vers. Gesell.	1874	Genoss.	Zürichwil	K
Eidgenössische Versicherungs A.G.	1881	A.G.	Zürich	A
Schweizerische National Versi- cherungs Gesellschaft	1883/98	A.G.	Basel	A K
Schweizer Union, Allg. Vers. Gesellschaft	1887	A.G.	Genf	A P
Allgemeine Versicherungs-Aktien- Gesellschaft in Bern	1909/22	A.G.	Bern	A K
Alpina Versicherungs-Aktien Gesellschaft	1923	A.G.	Zürich	A P
Ausländische				
Leipziger Feuer Vers. Anstalt	1819	A.G.	Leipzig	E
Compagnia di Assicurazione di Milano	1826	A.G.	Mailand	K
The Northern Assurance Company, Ltd.	1826	A.G.	London	A
Compagnie d'Assurances générales contre l'incendie et les explosions	1819	A.C.	Paris	E
Compagnie Française du Phénix, S.A. d'Assurances contre l'incendie	1819	A.G.	Paris	F
La Nationale - Incendie	1820	A.C.	Paris	K
L'Union-Incendie, accidents et risques divers.	1828	A.C.	Paris	A
Compagnie du Soleil - Incendie	1829	A.C.	Paris	F
La France, Compagnie d'Assurances contre l'Incendie	1827	A.C.	Paris	K
La Providence, Compagnie d'Assurances contre l'Incendie	1828	A.C.	Paris	F
L'Urbaine, Compagnie d'Assurances contre l'Incendie	1828	A.C.	Paris	F
L'Aigle - Incendie	1843	A.G.	Paris	K
La Foncière - Incendie	1877	A.C.	Paris	K

174) Das Gründungsjahr stimmt nicht immer überein mit dem Jahr der Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf die Feuerversicherung. Vergl. diesbezüglich Seite 137

gesellschaften

[illegible]

Ausscheidung des Versicherungsbestandes nach Gebäuden und Mobiliar nicht stattfindet.

g) Die Privatfeuerversicherung ist in der 'Schweizerischen Feuerversicherungs-Vereinigung' zusammengeschlossen.

Ueber die einzelnen kantonalen Anstalten gibt die Tabelle I., über die einzelnen privaten Feuerversicherungsunternehmen Tabelle II nähere Auskunft.

B. Die wirtschaftliche Bedeutung der Brandversicherung

Die Hauptaufgabe der Feuerversicherung auf wirtschaftlichem Gebiet ist die Wiederbeschaffung der durch Brand zerstörten Güter und damit verbunden die Sicherung des Realkredites. Der Aufwand zur Wiedergutmachung von Brandschäden beläuft sich in der heutigen Zeit in Anpassung an die veränderten Preisverhältnisse auf durchschnittlich 30 Millionen Franken pro Jahr, während die versicherten Bestände einen Wert von rund 80 Milliarden Franken erreicht haben. Dies zeigt, in wie grossen Masse die Brandversicherung zur Erhaltung des Volksvermögens beiträgt, und dass sie auch einen wichtigen Faktor in der Arbeitsbeschaffung darstellt.

Das Bedürfnis nach Sicherung des Hypothekarkredites war, wie wir gesehen haben, einer der Hauptgründe, die zur Entstehung der kantonalen Brandversicherungsanstalten führten. Aber natürlich beruht der Realkredit auch dort, wo keine staatliche Brandversicherung existiert, auf den durch die private Feuerversicherung geschaffenen Garantien, welche durch gesetzliche und vertragliche Sicherungen noch verstärkt sind.

Als K a p i t a l g e b e r ist die Feuerversicherung als einer der bedeutendsten Versicherungszweige dazu berufen, in bedeutendem Masse auf den Geld- und Kapitalmarkt Einfluss zu nehmen, was sie, wie das Versicherungsgeschäft ganz allgemein, in gewissem Umfang in Konkurrenz zu Banken und Sparkassen bringt. Andernseits aber werden die Verwaltung der Gelder selbst vielfach den Banken übertragen und die Anla-

gebedürfnisse durch die Banken befriedigt, so dass die Versicherungsträger zur gesuchten Kundschaft der nationalen und internationalen Kreditorganisationen zählen. Als Geldgeber können sich aber die Interessen mit den Banken kreuzen, was nicht zuletzt der Kapitalnehmerschaft zum Vorteil gereicht

Bei den kantonalen Brandversicherungsanstalten variiert die Finanzpolitik je nach Kanton, die einen bevorzugen die Anlage in staatlichen Anleihen, andere die Hypotheken, manche vertrauen ihre Gelder einer staatlich garantierten Bank an und einige übergeben sie zum Teil der Staatskasse. Den grössten durchschnittlichen Umfang weisen die Anlagen in staatlichen Wertpapieren und Bankguthaben auf, womit eine genügende Liquidität sichergestellt ist. Diese Verteilung der Anlagen trifft ohne grosse Unterschiede auch für die privaten Gesellschaften zu. So macht die Feuerversicherung ihren Einfluss auf dem Geld- und Kapitalmarkt geltend und ist damit zu einem nicht zu unterschätzenden Faktor im nationalen und internationalen Wirtschaftsverkehr geworden.

Wie schon an anderer Stelle dargelegt wurde, hat sich die schweizerische Privatfeuerversicherung mit Erfolg in das internationale Versicherungsgeschäft eingeschaltet und nimmt in der Welt eine der ersten Stellen ein. Auf diese Weise ist die private Feuerversicherung auch mit der Weltwirtschaft verbunden. Die mit dem Auslandsgeschäft zusammenhängende Geld- und Kapitalbewegung beeinflusst naturgemäss die Zahlungsbilanz unseres Landes. Bei günstigem Schadenverlauf im Ausland können zufolge aktiver Ergebnisse Beträge in unser Land transferiert werden, um daraus in erster Linie die Kosten der Zentralverwaltung zu decken. Falls der Geschäftsverlauf eines ausländischen Tätigkeitsgebietes Zuschüsse aus der Zentrale erfordert, tritt die umgekehrte Wirkung ein. Normalerweise aktiviert aber die schweizerische Privatassekuranz unsere Zahlungsbilanz in erheblichem Masse. Das Ausmass ist natürlich schwankend und wird heute durch die Einschränkungen im Devisen- und Kapitalverkehr nachhaltig beeinträchtigt.

Als S t e u e r o b j e k t sind nur die privaten Feuer-

versicherungsunternehmen zu würdigen, da die öffentlich-rechtlichen Brandversicherungsanstalten bis heute von allen eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Steuern befreit geblieben sind. Dieses Privilegium ist wohl im Hinblick auf die historische Entwicklung der kantonalen Anstalten zu verstehen, aber vom Standpunkt der heutigen Wirtschaft lässt es sich kaum noch rechtfertigen und es sind auch Bestrebungen im Gange, eine diesbezügliche Gesetzesinitiative einzureichen.

Der privaten Feuerversicherung werden in Form öffentlicher Abgaben recht hohe Leistungen zugemutet, die in die Millionen Franken gehen. Die Organisation der Versicherungsgesellschaften wird aber von den Steuerbehörden auch herangezogen, um öffentliche Abgaben zu erheben, denn bekanntlich ist die Versicherungsprämie in der Schweiz seit 1917 mit einer Stempelabgabe belastet (175). Die Erhebung der eidgenössischen Stempelgebühr ist dem Versicherer überbunden worden, ohne dass für diese Dienstleistung eine Vergütung erfolgt. Damit sei lediglich angedeutet, wie weitgehend das Feuerversicherungswesen auch mit dem öffentlichen Interesse verbunden ist.

Genauere zahlenmässige Angaben über die in der Gebäudebrandversicherung der Schweiz investierten Kapitalien können leider nicht ermittelt werden, da die für die Feuerversicherung konzessionierten Privatgesellschaften daneben noch andere Versicherungszweige betreiben und eine rechnerische Ausecheidung der Immobilienbranche nicht durchführen. Zudem erstreckt sich ihr Tätigkeitsgebiet neben dem Schweizergeschäft meist auch noch ins Ausland, so dass leider Schätzungen in einigen der folgenden Zusammenstellungen nicht zu umgehen waren. Allerdings beruhen diese Schätzungen auf Angaben des Eidgenössischen Versicherungsamtes, das dabei auf eine mehr als sechzigjährige Erfahrung aufbauen kann. Diese Zahlen werden also trotzdem einen Begriff vermitteln können, welche Bedeutung der Feuerversicherung für die schweizerische Volkswirtschaft zukommt.

175) Aeberhard, 'Allgemeine Versicherungslehre', S.107 ff.

Das bereitgestellte Eigenkapital (ohne das nichteinbezahlte Aktienkapital und die technischen Rückstellungen) der 11 schweizerischen privaten Feuerversicherungsunternehmen betrug am 31. Dezember 1944 98'475'916.- Franken, die gesamten Garantiemittel (inklusive nichteinbezahltes Aktienkapital und technische Rückstellungen) 278'921'882.- Franken. Das Vermögen (Reserven) aller kantonalen Brandversicherungsanstalten belief sich auf den gleichen Zeitpunkt auf 218'404'368.- Franken.

Ueber den Stand des gesamten Feuerversicherungsgeschäftes in der Schweiz, ohne Elementarschäden, per Ende 1944, gibt nachstehende, dem am 22. Juli 1946 erscheinenden letzten Bericht des Eidgenössischen Versicherungsamtes entnommene Tabelle Aufschluss:

Versicherungs- träger	Versicherungs- bestand auf En- de 1944 in Fr.	Eingenomme- ne Prämien in Fr.	Bezahlte Schäden in Fr.
Private Gesell- schaften	39'823'167'696	33'267'888	15'487'076
Kantonale An- stalten	39'450'253'875	27'457'389	17'908'718
3 lokale Brandkassen	60'458'752	46'427	16'421
T o t a l	79'333'880'323	60'789'704	33'412'215

Ihren Anteil der eigentlichen Gebäudebrandversicherung an den Gesamtversicherungsbestand von rund 79 Milliarden Franken schätzt das Eidgenössische Versicherungsamt auf 'gut 55%, oder rund 44 Milliarden' (176).

Nach diesen Angaben über den heutigen Stand der Feuerversicherung in der Schweiz folgen im Nachstehenden einige statistische Unterlagen, welche die Entwicklung, wie sie durch die vorliegende Arbeit hindurch verfolgt wurde, etwas an-

176) Bericht des Eidgenössischen Versicherungsamtes pro 1944, S. 56*

schaulicher gestalten sollen 177). Die einzelnen Jahrgänge der Entwicklung zu verfolgen wäre aber nicht am Platze, da sonst die Uebersicht über die grossen Linien verloren geht. Die Zahlen sollen ja nicht ihrer selbst willen dienen, sondern sind als Illustration und Orientierung hinsichtlich des Umfanges und der Grössenordnung gedacht. Teilweise lassen sich die Zahlenangaben, besonders wenn sie über grössere Zeiträume getrennt sind, nicht absolut miteinander vergleichen, da sich die Ausgangsverhältnisse durch die Vermehrung der Anstalten oder Gesellschaften verändert haben können.

a) Die Entwicklung der Verhältnisse bei den kantonalen Brandversicherungsanstalten

aa) Versicherungsbestände

Jahr	Zahl der Anstalten incl. die kant. Mobiliarversicherungen	Versicherungsbestand in Millionen Franken
1821	15	514
1825	15	710
1850	18	1'460
1861	18	1'660
1875	17	3'040
1900	19	6'560
1910	20	9'340
1920	20	17'200
1930	21	25'530
1940	21	30'330
1945	21	40'570

bb) Das Sicherheitsvermögen (Reservefonds)

Vor 1861 wurden keine methodischen Reserven angelegt, da durch Umlageverfahren die Schäden gleich nach Eintreffen oder auf Schluss des Rechnungsjahres durch Erhebung von

177) Sämtliche Angaben sind den Berichten des Eidgenössischen Versicherungsamtes 1888-1944 und dem Sonderabdruck aus den 'Mitteilungen kantonal-schweizerischer Feuerversicherungsanstalten', 1926: S.22 ff. entnommen.

entsprechenden Prämien getilgt werden

Jahr	Reserven	in %des Versicherungsbestandes
1861	1 682 246	1.01
1886	10 373 634	2.45
1900	27 071 511	4.15
1910	50 686 647	5.42
1920	92 907 924	5.40
1930	157 348 000	6.17
1940	202 857 901	6.68
1945	224 081 000	5.52

cc) Die Prämieinnahmen

Jahr	Prämien in 1000 Fr.	Prämien in %des Versicherungsbestandes
1821	354	0.69
1825	370	0.52
1850	1 711	1.17
1861	1 677	1.01
1875	4 353	1.43
1900	7 462	1.14
1910	9 322	1.00
1920	16 845	0.98
1930	20 655	0.81
1940	22 148	0.73

dd) Schadenauszahlungen 178)

Jahre	Schaden in % des Versicherungsbestandes	Schaden in % der Prämien
1805 - 1820	0,57	97,9
1821 - 1830	0,69	96,6
1831 - 1840	0,96	95,6
1841 - 1850	1,19	99,2
1851 - 1860	0,93	92,5
1861 - 1870	1,41	105,2
1871 - 1880	1,19	86,2
1881 - 1890	1,00	78,1
1891 - 1900	0,85	73,6
1901 - 1910	0,65	61,4
1911 - 1920	0,49	49,1
1921 - 1930	0,49	53,7
1931 - 1940	0,41	52,4
1941 - 1945	0,40	56,8

Die Kolonne rechts aussen zeigt sehr deutlich, wie sich das Umlageverfahren bis 1861 auswirkte. Die Zahlen bewegen sich durchwegs fast um 100%, was zeigt, dass die Prämien nur gerade zur Schadensdeckung und nicht etwa auch zur Reservenbildung herangezogen wurden. Der Höhepunkt von 105,2% ist durch die verschiedenen Katastrophen jenes Dezenniums bedingt (Glarus!). Im übrigen zeigt Tabelle dd) auch die günstigen Auswirkungen des Feuerschutzes und des Löschwesens ab 1870. Diese Aufwendungen der kantonalen Anstalten für die Feuerprophylaxe betrugen für die Jahre 1896-1945 die Summe von rund 140 Millionen Franken oder durchschnittlich 0,18 vom Tausend des Versicherungsbestandes pro Jahr.

178) Betrifft nur die 18 Gebäude-Brandversicherungsanstalten

b) Die Entwicklung der Verhältnisse bei den privaten Gesellschaften

aa) Versicherungsbestände

Jahr	Zahl der in der Schweiz arbeitenden Gesellschaften	Versicherungsbestand in Millionen Fr. 179)
1886	18	4'123
1890	18	4'814
1900	18	7'407
1905	19	8'916
1910	23	12'036
1915	30	13'860
1920	29	22'785
1925	26	22'600
1930	27	25'886
1935	25	27'052
1940	23	29'406
1944	24	39'823

bb) Prämieeneinnahmen im direkten Schweizergeschäft

Jahr	Prämieeneinnahmen in 1000 Fr.	Prämien in % des Versicherungsbestandes
1887	6'018	1,37
1890	6'443	1,34
1900	8'985	1,21
1905	11'070	1,24
1910	13'121	1,09
1915	13'736	0,99
1920	23'268	1,05
1925	22'835	1,01
1930	23'177	0,90
1935	22'815	0,84
1940	24'591	0,84
1944	33'268	0,84

179) Inklusive in Rückversicherung übernommene Werte von kantonalen Anstalten und den 3 lokalen Brandkassen.

cc) Schadensauszahlungen

Jahr	Schaden in % des-Ver- sicherungsbestandes	Schaden in % der Prämieinnahmen
1887	0 82	59,8
1890	0,87	64,9
1900	0,70	57,8
1905	0,70	56,4
1910	0,59	54,1
1915	0,46	46,5
1920	0,46	41,5
1925	0,57	56,1
1930	0,36	39,8
1935	0,47	56,3
1940	0,32	38,4
1944	0,39	46,6

Ein Leistungsvergleich zwischen den Staatsbetrieben und den privaten Feuerversicherungsunternehmungen an Hand des angegebenen Zahlenmaterials ist nicht ohne weiteres schlüssig, da sich der Wettbewerb nicht unter gleichen Voraussetzungen vollzieht, weil die öffentlich-rechtliche Brandversicherung oft Vergünstigungen genießt, welche die privaten Unternehmungen nicht eingeräumt erhalten, so dass letztere deswegen mit anderen Kosten zu rechnen haben, welche teilweise in der Prämie enthalten dem Versicherungsnehmer überwält werden.

Gesamthaft orientiere über die Entwicklung der Gebäudebrandversicherung in der Schweiz in grossen Zügen eine Zusammenstellung über das Total der bei der kantonalen und der privatrechtlichen Feuerversicherung versicherten Werte 180).

Jahr	Total-Versicherungsbestand des gesamten schweizerischen Feuerversich. Geschäftes.	Geschätzter Versicherungs- bestand der Gebäudebrand- versichg. in der Schweiz
	Milliarden Fr.	Milliarden Fr. (181)
1886	7'827	4,0
1890	8'748	4,5
1900	12'788	6,8
1905	14'850	7,9
1910	18'966	10,0
1915	22'827	12,1
1920	36'872	19,5
1925	43'940	23,3
1930	51'418	27,3
1935	55'726	29,5
1940	59'789	32,0
1944	79'334	44,0

Dabei ist die ausserordentlich starke Zunahme in den letzten Jahren nicht nur durch die ziemlich rege Bautätigkeit, sondern auch durch die zeitbedingten Revisionen und Neueinschätzungen des Bauwertes zu erklären

Der wirtschaftliche Wert der gesamten schweizerischen Feuerversicherung sei zum Schlusse noch in einigen Zahlen zusammenfassend dargestellt

Die P r ä m i e n e i n n a h m e n betrugen bei allen kantonalen Anstalten von 1805 bis 1944 total Fr. 950'000'000.-, bei allen in der Schweiz die Feuerversicherung betreibenden Privatgesellschaften von 1886 bis 1944 total Fr. 961'000'000.-, so dass unter Einbezug der Prämieeneinnahmen der Privatgesellschafter von 1885 bis heute fast 2 Milliarden Franken an Prämien für die Feuerversicherung vom Schweizer Volk aufgewendet worden sein dürften.

Dem gegenüber stehen die V e r s i c h e r u n g s l e i-

- 181) Das Eidgenössische Versicherungsamt legt seinen Schätzungen einen durchschnittlichen Ausscheidungssatz von 53% für die Gebäude aus dem Total zugrunde.

s. t u n g e n, welche in den selben Zeiträumen bei der öffentlich-rechtlichen Brandversicherung Fr. 575'000'000.- und bei der Privatassekuranz Franken 467'000'000.- betragen, was total rund 1 Milliarde an ausbezahlten Entschädigungen bei Brandfällen ausmacht.

Am Schluss dieser entwicklungsgeschichtlichen Darstellung der Gebäudebrandversicherung in der Schweiz haben wir nun noch die Frage zu beantworten, ob nicht eine der beiden behandelten Organisationsformen - öffentlich-rechtliche Brandversicherung oder Privatfeuerversicherung - für unser Land genügen könne und, wenn beinenden Falles, warum nicht? Die Antwort erteilt uns in weitestem Masse die Geschichte der Feuerversicherung in der Schweiz selbst:

Die lokalen Brandversicherungsvereine waren von der letzten Periode des Mittelalters an während Jahrhunderten in Europa die einzige Form der Brandversicherung und sie wären es sicher geblieben, wenn diese Versicherungsform eine genügende, den Zweck erfüllende gewesen wäre. Was kann aber dieses reinste Gegenseitigkeitsprinzip ausrichten, wenn die ganze den Versicherungsverein bildende Ortschaft abbrennt? Gar nichts; jeder Versicherte müsste alsdann gerade soviel zusammensteuern, als er als Entschädigung selbst beziehen sollte. Darum haben in einzelnen Ländern, in Deutschland, Dänemark schliesslich auch in der Schweiz die Regierungen die lokalen Vereine durch grössere (kantonale oder im Ausland provinzielle) Verbände zu ersetzen versucht

Natürlich wäre es denkbar, dass sich auch eine rein lokale, z B städtische Brandversicherungsanstalt bewähren könnte, wenn dabei die Risiken so voneinander getrennt liegen, dass kein Brand mehr als ein versichertes Gebäude zugleich gefährdet, die Zahl dieser Gebäude von genügender Grösse ist und glückliche Anfangsjahre die Bildung eines Reservefonds ermöglicht haben.

Aber abgesehen davon, dass diese Idealzustände nirgends zu finden sein werden, ist gleichwohl am Grundsatz festzuhalten, dass eine Brandversicherungsanstalt umso gesi-

cherter dasteht, eine je breitere Grundlage sie besitzt. Provinzielle oder kantonale Anstalten, welche ein ganzes Land umfassen, waren deshalb ein grosser Fortschritt gegenüber den bisherigen lokalen Institutionen und die Schweiz hatte alle Ursache, auf diese ersten kantonalen Anstalten stolz zu sein.

Aber der Brand von Glarus am 10. Mai 1861 zerstörte den Glauben, dass auch Landesanstalten, welche den Kredit des Staates zur Verfügung haben, einen genügenden Schutz bieten. Mit Ausnahme von Genf hat zwar damals kein Kanton auf seine bestehende staatliche Gebäudebrandversicherungs-Anstalt zugunsten einer Versicherung durch Privatunternehmungen verzichtet. Doch die meisten Kantone haben damals eingesehen, dass eine kantonale Anstalt für die gehäuften Risiken der Rückversicherung bedürfe und sie hatten dieselbe, nachdem das angestrebte Rückversicherungskonkordat zwischen den kantonalen Anstalten gescheitert war, zunächst bei den privaten Feuerversicherungsgesellschaften gefunden. Auch die den kantonalen Anstalten als zu gefährlich erscheinenden Risiken wurden der Privatassekuranz überwiesen.

Indem die Kantone in ihren Gesetzen über die Brandversicherung die Rückversicherung vorgesehen hatten, wurde von dieser Seite her offiziell anerkannt, dass man sich nicht allein auf die staatlichen Gebäudeversicherungsanstalten verlassen könne, sondern zur Entlastung und Ergänzung auch die private Versicherung benötige.

Wenn daher unmittelbar nach dem Brand von Glarus die Feuerversicherungsgesellschaften 'Helvetia', die 'Basler Feuerversicherungsgesellschaft' und die 'Schweizerische Rückversicherungsgesellschaft' entstanden sind, so hatten diese Gründungen ihre volle historische Berechtigung. Die Gefahr der Risikenanhäufung in einer kantonalen Anstalt und die Notwendigkeit, dieselbe durch die Rückversicherung abzuwälzen, hatten die Privatfeuerversicherung somit selbst da, wo für kleinere räumliche Gebiete öffentliche Gebäudeversicherungsanstalten bestanden, zu einem Bedürfnis werden lassen. Sie sind es natürlich noch mehr, wo keine staatliche Brand-

versicherung besteht. Auf dem Gebiet der Mobiliarversicherung vollends haben die Privatgesellschaften das Verdienst der Initiative und einer hohen Ausbildung der Versicherungstechnik, weshalb ihnen auf diesem Versicherungszweig auch fast allgemein der Betrieb überlassen wurde.

Die Situation änderte sich, als die kantonalen Anstalten sich näher zusammenschlossen und eine eigene Rückversicherungsorganisation ins Leben riefen. Aber abgesehen davon, dass der interkantonale Rückversicherungsverband Teile seines Versicherungsbestandes wiederum an private Gesellschaften retrozessiert, bleibt die historische Tatsache bestehen, dass die Feuerversicherung in der Schweiz zur Hauptsache durch zwei Gruppen von Versicherungsträgern ausgeübt wird, die staatlichen Brandversicherungsanstalten einerseits und die privaten Feuerversicherungsunternehmungen andernseits.

Während es Zeiten gegeben hatte, wie nach dem Brand von Clarus oder um 1907, als die graubündnerische Brandversicherungsanstalt gegründet wurde, wo die Vorwürfe nur so von einem Lager ins andere hinüber und herübergeschleudert wurden, bahnt sich heute, wenn auch noch nicht der definitive Friedenszustand, so doch eine gegenseitige Anerkennung vernünftiger Teilung der Arbeit und teilweise sogar schon gemeinschaftliches Wirken an.

QUELLENVERZEICHNIS

L I T E R A T U R:

- Aeberhard: Allgemeine Versicherungslehre. Bern. 1940
- Brämer H.u.K.: Das Versicherungswesen. Leipzig. 1894
- Dahlmann: Geschichte von Dänemark bis zur Reformation mit Inbegriff von Norwegen und Island. Hamburg. 1843
- Gafner: Interkantonaler Rückversicherungsverband 1910 - 1944 Bern. 1944
- Goetze: Französische öffentliche Feuerversicherungsanstalten, in 'Wirtschaft und Recht der Versicherung', Jahrg. 1915, Kiel. 1915
- Hahn: Geschichte der grossherzoglich-badischen Gebäudebrandversicherungsanstalt. Hannover. 1912
- Helmer: Die Geschichte der privaten Feuerversicherung in den Herzogtümern Schleswig und Holstein. Berlin. 1925
- Koib: Zum Concordatsentwurf über das Cantonalbrandversicherungswesen in der Schweiz vom 24. Oktober 1862
- Kamer: Sachversicherung. Bern. 1943
- Kropotkin: Gegenseitige Hilfe in der Menschen- und Tierwelt. 1904
- Kunz: Die Feuerversicherung im Kanton Graubünden Diss. Hamburg. Chur 1924
- Lanz-Stauffer: Die Verstaatlichung der Mobiliarversicherung in der Schweiz. Bern. 1911
- Leimdörfer: Entwicklung und Organisation der Brandversicherung in Oesterreich 1700/1848 Wien. 1905
- Loosli: Zur Geschichte des Immobiliarkreditwesens der Stadt und des Kantons Zürich. Diss. Zürich. 1915
- Manes: Versicherungslexikon. Band I und II Tübingen. 1919
- Riebesell: Geschichte der Hamburger Feuerkasse 1676 bis 1926. Hamburg. 1926
- Roelli: Zur Frage der Verstaatlichung der Gebäudeversicherung im Kanton Graubünden. Zürich. 1907
- Schaefer: Urkundliche Beiträge und Forschungen zur Geschichte der Feuerversicherung in Deutschland. Hannover. 1911
- Schibler: Die Brandversicherungsanstalt des Kantons Zürich mit besonderer Berücksichtigung der Rückversicherungsfrage. Diss. Zürich. Uster. 1920

- Schickert: Ostpreussens Feuersozietäten im Wandel zweier Jahrhunderte. Berlin, 1924
- Schwab: Der Rückversicherungsverband kantonal-schweizerischer Feuerversicherungsanstalten. Bern, 1918
- Simon: Das Versicherungswesen in der Schweiz. Bern, 1925
- Waser: Betrachtungen über die zürcherischen Wohnhäuser, vornehmlich in Absicht auf die Brandkasse und Bürgerprotokoll samt einigen dahin eingeschlagenen oekonomischen und politischen Betrachtungen. Zürich, 1778

Jubiläumsschriften

- Die Aargauische Brandversicherungsanstalt 1806-1906. Aarau, 1907
- Bachmann: Die thurgauische Brandversicherungsanstalt für Gebäude 1806-1930. Frauenfeld, 1936
- Die kantonale Gebäudeversicherung in Baselland 1833-1906. Liestal, 1907
- Basler Versicherungsgesellschaft gegen Feuerschaden 1863-1938. Basel, 1939
- Festschrift der Brandversicherungsanstalt des Kantons Bern 1807-1906. Bern, 1908
- Eggenberger: Die Geschichte der Brandversicherungsanstalt des Kantons St. Gallen 1807-1932. St. Gallen, 1932
- Helfenstein: Die Gebäude-Brandversicherung des Kantons Luzern 1810-1920. Luzern, 1921
- 75 Jahre Helvetia Feuer. St. Gallen, 1938
- La chambre d'assurance de la république et canton de Neuchâtel 1810-1910. Neuchâtel, 1910
- Jahresberichte der kantonalen Brandversicherungsanstalt von Nidwalden. Jahrgänge 1 bis 62. Stans.
- Ochsenbein: Geschichte der Schweizerischen Mobiliar-Versicherungs-Gesellschaft 1826-1926. Bern, 1926
- Schwab: Denkschrift der Brandversicherungsanstalt des Kantons Bern. Bern, 1896
- Die Gebäude-Brandversicherungsanstalt des Kantons Solothurn. 1810-1910. Solothurn, 1911
- Strübin: Die Gebäudeversicherungsanstalt des Kantons Basellandschaft. Separatabdruck aus Heft 2/1933 der 'Mitteilungen kantonal-schweizerischer Feuerversicherungsanstalten'. Bern, 1933
- Die St. Gallische Gebäude-Brandversicherungsanstalt 1807-1932, zweites Buch: Die Rückversicherung.
- Bericht und Rechnung der Gebäudeversicherungsanstalt des Kantons Zug. Diverse Jahrgänge. Zug.

Festgabe für Hermann Lanz-Stauffer, Beiträge zur Feuer- und Elementarschadenversicherung. Bern, 1937.

Zeitschriften und andere Publikationen

Ehrenzweig: Assekuranz-Jahrbuch, 3. Jahrgang. Wien, 1882.

Jahrbuch für die öffentlichen Feuerversicherungsanstalten in Deutschland. Berlin, 1923.

Helfenstein: Öffentliche Feuerversicherungsanstalten und Privatversicherungsgesellschaften. Referat gehalten in Lausanne, 1920.

Höpfner: Helvetische Monatsschrift, 1799. Heft II.

Oesterreichische Revue, Organ für Versicherung und Volkswirtschaft. Wien.

Schweizerische Blätter für Wirtschafts- und Sozialpolitik Bern.

Mitteilungen der Vereinigung kantonalschweizerischer Feuerversicherungsanstalten. Bern.

Schweizerische Versicherungszeitschrift. Bern.

Die öffentlichrechtliche Versicherung. Berlin.

Das Versicherungswesen in der Schweiz. Sonderabdruck aus der Zeitung 'Der Bund'. Bern, 1927.

Repertorium der Abschiede der eidgenössischen Tagsatzungen von 1803 - 1813.

Abschiede der eidgenössischen Tagsatzungen des Jahres 1847.

Mitteilungen über das Brandversicherungswesen in der Schweiz. Schweizerische Statistik. Bern, 1862.

Darstellung der cantonalen Gebäudebrandversicherungsanstalten in der Schweiz. Bearbeitet von der Redaktion des Archivs für schweizerische Statistik. Zürich, 1861.

Die Freigebung der Gebäudeassekuranz in der Schweiz vor den gesetzgebenden Räten 1862 - 1875 (Konrad Meyer). III. Auflage.

Bundesblatt der Schweizerischen Eidgenossenschaft.

Berichte des Eidgenössischen Versicherungsamtes. Jahrgänge 1 bis 59.

Berner Tagblatt. Nr. 345/1946. Bern.

Der Bund. Nr. 12/1947, Bern.

